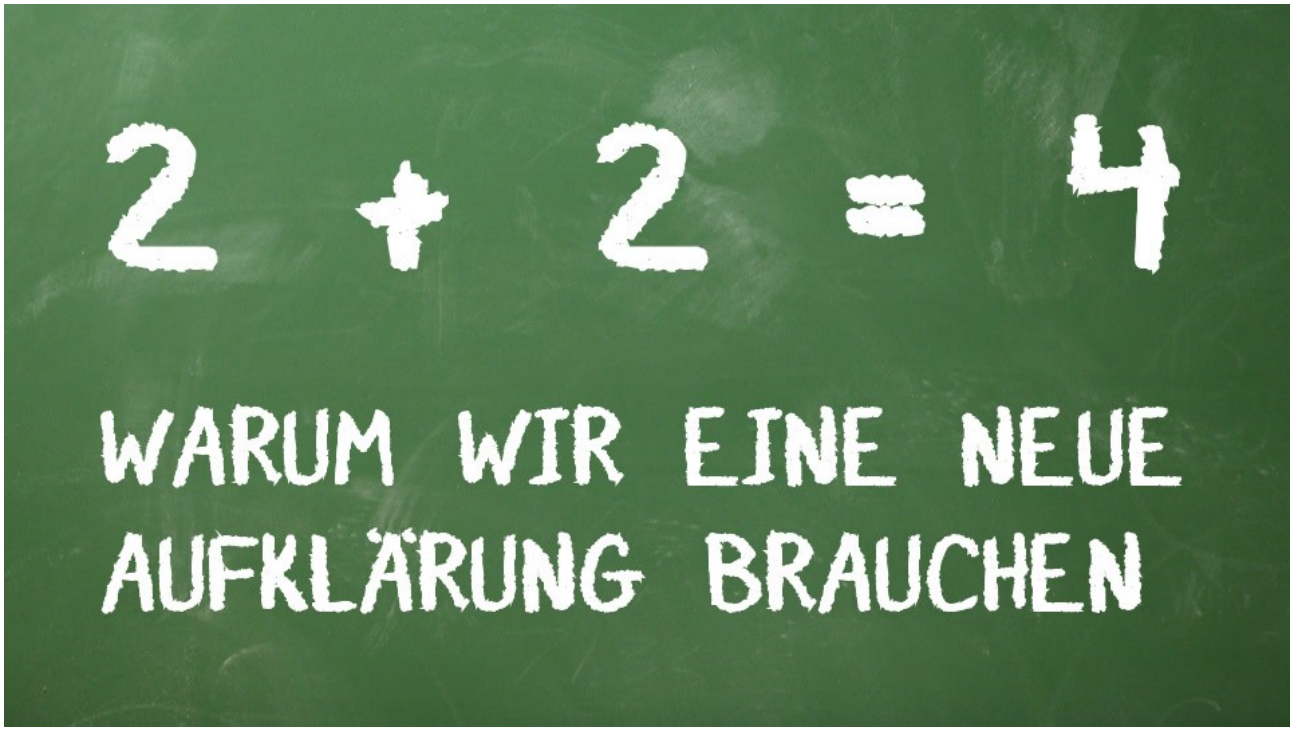


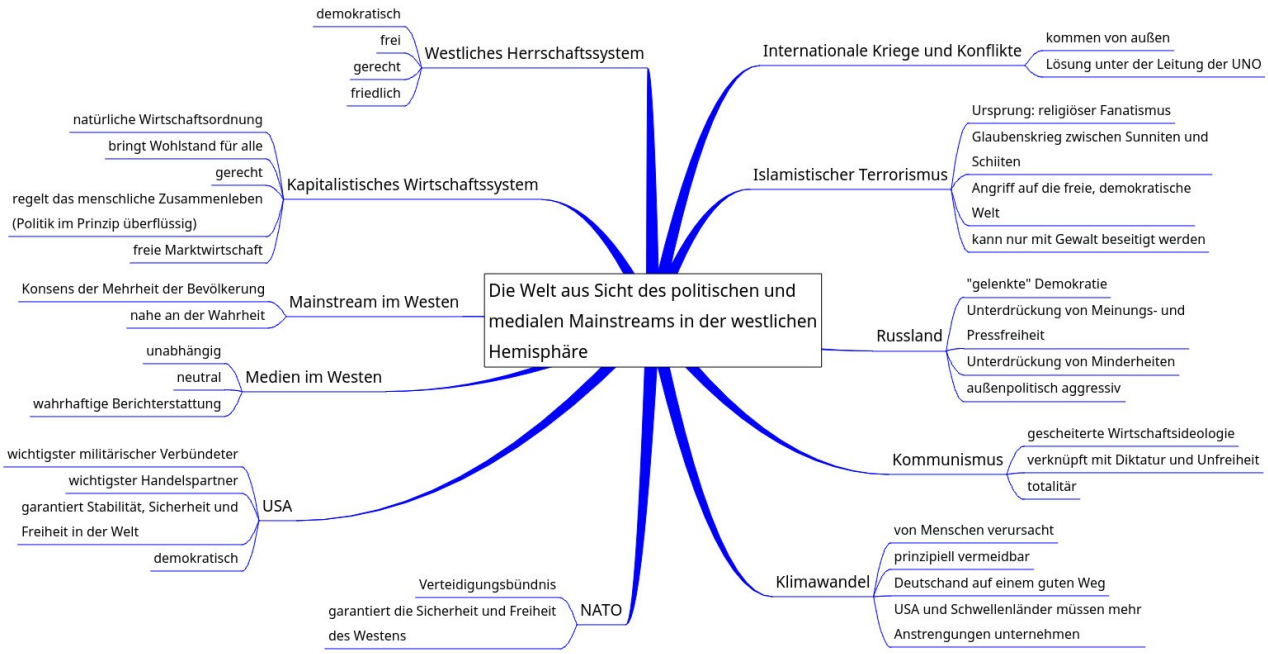

**Ein E-Book von Karsten Montag**

# Inhaltsverzeichnis

Warum wir eine neue Aufklärung brauchen....3
Das westliche Herrschaftssystem....6
Das kapitalistische Wirtschaftssystem....9
Die Vereinigten Staaten von Amerika....17
Mainstream und Medien im Westen....22
North Atlantic Treaty Organization (NATO)....32
Internationale Kriege und Konflikte....37
Islamistischer Terrorismus....43
Russland....48
Kommunismus....52
Klimawandel....62
Eine andere Kultur ist möglich – jederzeit....69

# Warum wir eine neue Aufklärung brauchen

Folgt man dem politischen und medialen Mainstream in Deutschland, dann leben wir in einer freien, demokratischen und aufgeklärten Welt. Unser Wirtschaftssystem ist stabil und bringt den Segen der Industrialisierung und des nachfolgenden allgemeinen Wohlstands auch in den letzten Winkel der Erde. Derzeit haben wir zwar ein kleines Problem mit dem Klimawandel, doch in Zukunft nutzen wir hauptsächlich regenerative Energieträger und fahren alle Elektroautos. Die einzige Gefahr für „die Art, wie wir leben“ kommt von außerhalb. Böse islamistische Terroristen bedrohen nicht nur die muslimische Hemisphäre, sondern attackieren auch immer wieder unschuldige Zivilisten in Europa und den USA. Doch unsere Demokratien sind wehrhaft. Wir verstärken die Überwachung, um jeden Anschlagsversuch zu vereiteln, und machen mit unserem Militär an der Seite der USA den bösen Terroristen in ihren Heimatländern den Garaus. Ganz nebenbei bieten wir auch noch den Russen Paroli, die nach dem Zerfall der Sowjetunion nun wieder außenpolitisch expandieren wollen.




*Die Welt aus Sicht des politischen und medialen Mainstreams in der westlichen Hemisphäre*

Viele Menschen haben jedoch mittlerweile das Gefühl, dass irgendetwas in der Welt nicht stimmt. Vielen fällt es schwer zu glauben, dass ein einfaches „Weiter so“ zu einer positiven Zukunft führen wird. Die schwer zu bändigende Atomenergie mit folgenschweren Reaktorunfällen sowie die weltweite mangelnde Abkehr davon sind ein Signal. Militärische Aufrüstung, Atomwaffen und ein neuer kalter Krieg zwischen den immer noch bis an die Zähne bewaffneten ehemaligen Kontrahenten USA und Russland bedrohen weiterhin die Existenz der gesamten Menschheit. Die Veränderungen des menschengemachten Klimawandels haben mittlerweile eine Geschwindigkeit erreicht, in der wir ihre Auswirkungen hautnah spüren können, und obwohl uns die fatalen Folgen

dieser Entwicklung bewusst sind, sehen wir, dass der weltweite Verbrauch von fossilen Brennstoffen weiterhin kontinuierlich ansteigt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird besonders in den Wohlstandsländern immer größer, und Spekulationsblasen erschüttern unser Wirtschaftssystem. All dies sind Anzeichen einer äußerst negativen Entwicklung. Doch der Einzelne steht ohnmächtig davor und weiß nicht, was die eigentlichen Ursachen sind und wie man diesen immensen globalen Bedrohungen beikommen kann.

George Orwell verwendete den Ausdruck „2 + 2 = 5“ in seiner düsteren Dystopie „1984“, um die Macht eines totalitären Regimes zu verdeutlichen, selbst das Ergebnis einfacher logischer Zusammenhänge nach Belieben verändern zu können. Während des Mittelalters konnte die Kirche Zweifler an der reinen katholischen Lehre der Ketzerei bezichtigen und in der Hochzeit der Inquisition foltern und umbringen. Selbst Wissenschaftler, die nachweisen konnten, dass sich die Erde um die Sonne dreht und nicht umgekehrt, mussten mit der Todesstrafe rechnen. Erst das Zeitalter der Aufklärung bereitete diesem Spuk ein Ende. Die Aufklärer setzten auf den gesunden Menschenverstand und die Fähigkeit eines Jeden, einfache, logische Operationen durchführen zu können, wie zum Beispiel die Addition von zwei und zwei. Gegen die Kirche und ihre weltfremde Indoktrination haben sie gewonnen. Heute glauben wir, in einer aufgeklärten Gesellschaft zu leben, in der Vernunft und gesunder Menschenverstand die obersten Leitlinien des sozialen Zusammenlebens darstellen. Bei dem Wort Totalitarismus denken wir an den Faschismus in Deutschland und Italien in den 1930er und 40er Jahren oder an den Kommunismus in der Sowjetunion. Dass auch der Neoliberalismus Züge einer totalitären Ordnung in sich trägt, ist für die meisten Menschen ein absurder Gedanke.

**Die Ursachen der aktuellen Missstände kennen wir längst**

Allerdings nur implizit. Jeder weiß, dass eine demokratische Entscheidung in einer Familie durch das Familienoberhaupt überstimmt werden kann, und ist sich auch bewusst, dass dies keine echte Demokratie ist. Jeder, der schon einmal ein Computer-Strategiespiel gespielt hat, weiß, dass derjenige, der sich am schnellsten die begrenzten Ressourcen eines Spielszenarios sichert, sich auch die größte Armee zulegen kann und — bei nicht allzu ungeschicktem taktischen Verhalten — die anderen Mitspieler besiegt. Jedem Monopoly-Spieler ist bewusst, dass zwar alle Spieler mit den gleichen Voraussetzungen beginnen, am Ende jedoch immer derjenige alle anderen über den Mietzins enteignet, der über die meisten und teuersten Straßen mit den teuersten Immobilien verfügt. Und jeder, der schon einmal versucht hat, einen Streit zu schlichten, weiß, dass man sich mit der Sichtweise und den Positionen aller am Konflikt Beteiligten auseinandersetzen muss. Wer nur eine Seite des Konfliktes sieht, ist Teil davon. Zwei und zwei ergibt nun einmal vier. Wenn man diese einfachen Zusammenhänge jedoch auf das reale Leben, in dem durchaus die gleichen Regeln gelten, überträgt, dann erscheint alles plötzlich sehr kompliziert, relativ und undurchsichtig. Auf einmal ist das Ergebnis der Addition von zwei und zwei nicht mehr so klar, obwohl es bei näherem Hinsehen ganz deutliche Hinweise gibt, dass der gesunde Menschenverstand nicht trügt. Jeder von uns ist in der Lage, die wahren Missstände in der Welt zu erkennen. Doch das Gehirn ist wie ein Fallschirm. Es funktioniert nur, wenn es offen ist.

Was die Menschheit benötigt, ist nicht noch mehr Krieg, noch mehr Aufrüstung, noch mehr Klimawandel und noch mehr Beeinflussung durch Medien. Was wir brauchen, ist eine neue Aufklärung, in der wir wieder lernen, unseren gesunden Menschenverstand zu benutzen, anstatt der Meinung Anderer zu vertrauen. Meinung sollte auf Fakten beruhen und nicht auf dem Glauben, dass die Medien wahrhaftig berichten. Wer einen wachen Geist hat, der stellt Fragen, anstatt sich berieseln zu lassen. Und wer in der Lage ist, sein vernunftbegabtes Denkzentrum zu benutzen, sieht sofort die überall deutlich sichtbaren Widersprüche, auf denen die westliche Gesellschaft aufgebaut ist. Wenn wir in einer echten Demokratie leben würden, hätten wir dann Hartz IV, die Rente ab 67 oder Militäreinsätze der Bundeswehr in völkerrechtswidrigen Kriegen? Wenn der Kapitalismus tatsächlich Wohlstand für alle bringen würde, wieso steigt die Anzahl derjenigen in Deutschland, die am Existenzminimum leben? Wenn die Anzahl der Todesopfer des Krieges gegen den Terror in Afghanistan, im Irak und in Pakistan über eine Millionen liegt, und die Anzahl der Opfer islamistischen Terrors in allen westlichen Ländern zusammen unter 1.000, wer ist dann der wahre Aggressor? Wenn die Folgen des Klimawandels nur halb so schlimm wären, wie Forscher es vorhersagen, wieso ist das Ausstoßen von Kohlendioxid nicht längst verboten? Und wie kann man von freien und unabhängigen Medien in Deutschland sprechen, wenn die öffentlich-rechtlichen von den Regierungsparteien und die wichtigsten und einflussreichsten privaten Medien von gerade einmal vier Milliardären kontrolliert werden?

# Das westliche Herrschaftssystem

Auszug aus Wikipedia:
*Demokratie (von altgriechisch δημοκρατία, deutsch ‚Herrschaft des Staatsvolkes'; von δῆμος dēmos „Staatsvolk" und altgriechisch κρατός kratós „Gewalt", „Macht", „Herrschaft") bezeichnet Herrschaftsformen, politische Ordnungen oder politische Systeme, in denen Macht und Regierung vom Volk ausgehen. Dieses wird, entweder unmittelbar oder durch Auswahl entscheidungstragender Repräsentanten, an allen Entscheidungen, die die Allgemeinheit verbindlich betreffen, beteiligt. In demokratischen Staaten und politischen Systemen geht die Regierung durch politische Wahlen aus dem Volk hervor. Typische Merkmale einer modernen Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheits- oder Konsensprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte, Schutz der Bürgerrechte und Achtung der Menschenrechte. Da die Herrschaft durch die Allgemeinheit ausgeübt wird, sind Meinungs- und Pressefreiheit zur politischen Willensbildung unerlässlich.*

Deutsches Grundgesetz, Artikel 20, Abs. 2:

*Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.*

Nimmt man die Bezeichnung Demokratie wörtlich, stellt sich die Frage, ob man eine Herrschaft des Volkes mit repräsentativer Demokratie gleichsetzen kann? Die Antwort muss aus logischen Gründen Nein lauten, denn die Volksvertreter können den Willen des Volkes prinzipiell überstimmen. Dies ist aus der Definition aus Wikipedia direkt zu entnehmen. Im ersten Satz steht, dass die Macht vom Volk ausgeht. Direkt im Anschlusssatz wird hingegen nur noch von einer Beteiligung an allen Entscheidungen gesprochen. Wer einen wachen Geist besitzt, der erkennt hier einen Widerspruch, der in Artikel 38 des Grundgesetzes (Die Abgeordneten des Bundestages sind nur ihrem Gewissen unterworfen) noch genauer heraustritt und sich auch in der Realität manifestiert. Bei den Themen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Agenda 2010 und Rente ab 67 gibt es aufgrund von repräsentativen Umfragen unter der Bevölkerung deutliche Hinweise darauf, dass die Volksvertreter den Willen des Staatsvolkes zum Teil regelmäßig ignorieren.

Umfragen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr:
https://de.statista.com/statistik/daten/studie/188269/umfrage/meinung-zur-ausweitung-der-auslandseinsaetze-der-bundeswehr/, https://yougov.de/news/2015/03/02/bevolkerung-deutschland-sollte-sich-nicht-starker-/

Umfrage zur Agenda 2010:
http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2004/PB_April_I_2004/

Umfragen zur Rente bis 67:
https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12996/umfrage/beibehaltung-oder-ruecknahme-der-

rente-ab-67/, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/214818/umfrage/meinung-zur-rente-mit-67/

Es liegt zudem sehr nahe, dass Unternehmen über Parteispenden und Nebeneinkünfte von Politikern direkten Einfluss zur ihren Gunsten auf die Entscheidungsfindung des Parlaments ausüben. Das Portal Lobbypedia (vgl. https://lobbypedia.de/) informiert hierzu sehr detailliert und ausführlich.

Wenn man zwei und zwei zusammenzählt, muss man daher davon ausgehen, dass in einer repräsentativen Demokratie nicht alle Gewalt vom Staatsvolk ausgeht. Die Möglichkeit ist theoretisch gegeben und lässt sich an vielen Stellen auch nachweisen. Echte Demokratie wäre eine direkte Demokratie, in der das Volk über Volksentscheide seinen Willen äußert, oder eine Rätedemokratie, in der die Ratsmitglieder von der Meinung ihrer Basis abhängig sind und von dieser jederzeit wieder abberufen werden können. Insbesondere so folgenschwere und alle Bürger betreffende Entscheidungen wie Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Agenda 2010 und die Rente ab 67 eignen sich hervorragend für Volksabstimmungen. Obwohl laut Umfragen eine große Mehrheit der Bevölkerung für die Einführung dieses echten demokratischen Instruments ist (vgl. https://yougov.de/news/2016/10/18/grosse-mehrheit-fur-bundesweiten-volksentscheid-un/) und es viele prominente Befürworter unter den Politikern gibt, findet sich trotz diverser Gesetzesentwürfe verschiedener Parteien keine Mehrheit im Bundestag für die notwendige Änderung im Grundgesetz. Dies ist im Umkehrschluss ein weiterer deutlicher Hinweis, dass das Parlament nicht den Volkswillen vertritt.

Wenn das Volk in einer repräsentativen Demokratie an Entscheidungen nur beteiligt wird, wenn es bei wichtigen, weichenstellenden und alle Bürger betreffenden Beschlüssen außen vorbleibt und Umfragen darauf hindeuten, dass die Mehrheit mit den Beschlüssen ihrer Repräsentanten überhaupt nicht einverstanden ist, wer herrscht dann eigentlich in den westlichen Demokratien? Was ist das für eine Freiheit, in der man 11 Monate im Jahr den Anweisungen seines Vorgesetzten folgen muss, um dann einen Monat über seinen Tagesablauf frei verfügen zu können? Kann man wirklich von einer echten Gewaltenteilung sprechen, wenn der Bundestag die Regierung wählt, und der Bundestag sowie die Justizminister der Länder die obersten Richter am Bundesgerichtshof bestimmen? Was nützt einem Land eine Opposition, wenn diese von den Medien ignoriert oder gering geschätzt wird? Wo bleibt die Achtung der Menschenrechte, wenn der Bundestag beschließt, die Bundeswehr bei völkerrechtswidrigen Angriffen und Besetzungen fremder Länder einzusetzen? Und welchen Wert haben Meinungs- und Pressefreiheit, wenn die öffentlich-rechtlichen Medien von den Regierungsparteien kontrolliert werden und die einflussreichsten privaten von gerade einmal vier Milliardären?

Diese Fragen sind mehr als nur akademisch. Wir befinden uns in einer Vorform der Demokratie. Das Mitbestimmungsrecht, das die repräsentative Demokratie dem Volk garantiert, haben unsere Vorfahren über die letzten 200 Jahre der Elite abgestritten. Das Volk wird auch dieses Recht verlieren, wenn es dem Neoliberalismus keinen Riegel vorschiebt. Wer in der Demokratie schläft, der wacht in der Diktatur auf. Mit dem Neoliberalismus sind wir auf dem besten Weg dorthin. Totalitarismus wird definiert als eine diktatorische Form der Herrschaft, die in alle sozialen Verhältnisse hinein zu wirken strebt. Eine totalitäre Diktatur fordert von den Beherrschten eine

äußerst aktive Beteiligung am Staatsleben sowie dessen Weiterentwicklung in eine Richtung, die durch die jeweilige Ideologie angewiesen wird (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Totalitarismus). In diesem Sinne ist der Neoliberalismus totalitär, denn er fordert die Unterwerfung des Einzelnen unter die Regeln des so genannten freien Marktes, welche nicht vom Staat, sondern den einflussreichsten Unternehmen und Menschen bestimmt werden. Werden die Regeln jedoch nur noch von wenigen einflussreichen Personen gemacht, dann haben wir keine Demokratie mehr, sondern eine Oligarchie. Die scheinbar alternativlose Ideologie des Neoliberalismus hat Einfluss auf unser Zusammenleben bis in den kleinsten Winkel hinein. Sie ist u.a. verantwortlich für die Deregulierung der Wirtschaft von seiten des Staates, Privatisierung von staatlichen Einrichtungen, Sozialabbau, Entsolidarisierung einzelner Bevölkerungsgruppen, Notwendigkeit eines immerwährenden Wachstums, Fokussierung auf Leistungsträger, Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von Verlusten (vgl. http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/090923_m_neoliberal_kurz_text.pdf).

# Das kapitalistische Wirtschaftssystem

„Wohlstand für alle“, so lautete der Titel eines von Ludwig Erhard 1957 erschienen Buches. Der damalige Bundeswirtschaftsminister formulierte darin seine Überzeugung, nur eine freie, nicht regulierte Wirtschaft könne einer breiten gesellschaftlichen Schicht Wohlstand zukommen lassen. 60 Jahre später zeigt sich, dass unser Wirtschaftssystem, welches in den Wirtschaftswunderjahren in Deutschland zu Zeiten Erhards eine Wohlstandsmehrung aller Gesellschaftsschichten ermöglicht hat (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Fahrstuhleffekt), nun dafür verantwortlich ist, dass die Armutsgefährdungsquote (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrdungsquote-in-deutschland/) sowie die Ungleichheiten bei Vermögen (vgl. http://www.nachdenkseiten.de/upload/bilder/140704_01.png) und Einkommen (vgl. https://oecafe.wordpress.com/2011/12/07/deutschland-wirtschaftsriese-und-gini-oecd-divided-we-stand-teil-2/) immer weiter steigen. Wie ist das möglich? Um diesen Effekt zu verstehen, muss man sich mit arbeitslosen Einkommen aus Bodenverpachtung, Vermietung, Unternehmensdividenden und Geldverleih sowie mit dem Wesen des Geldes, Geldschöpfung, Schulden, Zinsen und Zinseszinsen und dem Wirtschaftswachstum beschäftigen.

**Arbeitslose Einkommen**

Die Keimzelle menschlichen Wirtschaftens ist die Subsistenzwirtschaft, in der eine relativ kleine Gemeinschaft die natürlichen Ressourcen ihrer Umgebung nutzt, um das eigene Überleben zu sichern. Ursprünglichen menschlichen Gesellschaften war das Konzept des privaten Landbesitzes unbekannt. Noch heute sind für die verbliebenen Naturvölker rund um den Globus die natürlichen Grundlagen der Existenzsicherung größtenteils Allgemeingut. Irgendjemand in unserem Zweig der Kulturgeschichte muss jedoch in grauer Vorzeit auf die Idee gekommen sein, das von ihm genutzte Land als sein Eigentum zu deklarieren. Hat sich dieses Konzept als Regel menschlichen Zusammenlebens etabliert, ist es kein weiter Schritt mehr zu einer Anhäufung und Verpachtung von Boden an Besitzlose, die als Pachtzins einen Teil ihres Ertrages an den Verpächter abgeben müssen. Die Idee des arbeitslosen Einkommens war geboren.

Für diejenigen Menschen, die im Kapitalismus groß geworden sind, ist das Konzept eines Privatbesitzes, der die eigenen Bedürfnisse um ein Vielfaches übersteigt, so normal wie der Sonnenaufgang oder das Vorhandensein von Luft zum Atmen. Und doch handelt es sich dabei nicht um ein Naturgesetz, sondern um eine von Menschen festgelegte Regel, die jederzeit änderbar ist. Diese Regel ermöglicht es einer Klasse von Besitzenden, auf Kosten der Arbeit Besitzloser zu leben. Dieser Umstand ist mit dem Gerechtigkeitssinn der Menschen nicht vereinbar. Bis heute ist die Ungleichverteilung materieller Ressourcen in unserer Gesellschaft Auslöser für Streit, Klassenkämpfe und Kriege.

**Das Wesen des Geldes**

Die Subsistenzwirtschaft hat den Nachteil, dass alle Menschen gleichermaßen damit befasst sind, Nahrung zu beschaffen, Unterkünfte zu bauen und Kleidung herzustellen. Die Tauschwirtschaft

ermöglicht bereits eine gewisse Spezialisierung. Noch heute kann man bei Naturvölkern eine Arbeitsteilung bei der Organisation von Nahrungsmitteln sehen. Während die Einen Pflanzen anbauen, halten die Anderen Tiere, und wieder Andere sind auf die Jagd spezialisiert. Erst die Einführung von Geld als universelles Tauschmittel hat die Arbeitsteilung und Spezialisierung ermöglicht, denen wir unsere gesamten Fortschritte in allen Lebensbereichen zu verdanken haben.

Geld steht symbolisch für die Waren und Dienstleistungen, deren Wert sich im Handel realisiert. Das bedeutet, wir tauschen über das symbolische Mittel Geld weiterhin Waren und Dienstleistungen gegeneinander aus. Das Geld ist durch die in der Arbeitsteilung produzierten Werte gedeckt und benötigt im Prinzip keinen Eigenwert. Seltsamerweise sind wir jedoch der Idee verfallen, dass Geld im Gegensatz zu den Gütern, die wir damit tauschen, nicht seinen Wert verlieren darf und den zusätzlichen Zweck eines Wertspeichers erfüllen muss. Denjenigen, die genauso viel verdienen, wie sie zur Erhaltung ihrer Existenz benötigen, ist diese Eigenschaft im Prinzip egal. Es nutzt nur denen, die aufgrund ihres Besitzes oder sozialen Standes und deren Möglichkeiten, auf Kosten anderer zu leben, mehr Geld anhäufen können, als sie zum Leben brauchen. Lange Zeit waren Gold und andere Edelmetalle daher die erste Wahl für die Nutzung als Geld, weil sie einen Eigenwert besitzen.

Doch wenn Geld Tauschmittel und Wertspeicher zugleich sein soll, erzeugt dies eine ganze Menge Probleme, die nie ganz gelöst werden können und immer wieder zu vorhersehbaren Krisen des Finanzsystems führen. Wenn Geld als Tauschmittel seine Aufgabe erfüllen soll, dann muss immer genauso viel Geld in einem Wirtschaftskreislauf kursieren, wie Waren und Dienstleistungen angeboten und verbraucht bzw. genutzt werden. Wenn Geld als Wertspeicher genutzt wird, wird es dem Kreislauf entzogen. Ist zu wenig Geld vorhanden, sinken die Preise. Dies nennt man Deflation. Diesen Effekt konnte man zuletzt eindrucksvoll bei der elektronischen Währung Bitcoin beobachten. Sobald eine Deflation einsetzt, verstärkt sich der Effekt, denn wenn Preise sinken, führt dies dazu, dass Menschen ihr Geld zurückhalten, um Waren zu einem späteren Zeitpunkt günstiger zu erwerben. Ist hingegen zu viel Geld im System, dann steigen die Preise, was Inflation genannt wird. Eine konstant schleichende Inflation führt dazu, das Geld langsam seinen Wert verliert, was wiederum zur Folge hat, dass es nicht als Wertspeicher genutzt wird. Steigt die Inflation jedoch stark an, bricht eine Panik aus, und die Menschen kaufen Waren, nur um ihre Werte zu sichern. Das wirft noch mehr Geld auf den Markt, und eine Hyperinflation tritt ein. Die Organisation, die in unserem Geldsystem dafür sorgt, dass stets die adäquate Menge an Geld im Umlauf ist und eine schleichende Inflation von jährlich 2 % gewährleistet ist, ist die Zentral- oder Notenbank. Die Anpassung der Geldmenge in einem System erfolgt über Geldschöpfung und Geldvernichtung.

**Geldschöpfung und Schulden**

Unser heutiges Geld besteht aus Nullen und Einsen auf Bankcomputern, bedruckten Papierzetteln, und Münzen mit einem Materialwert, der deutlich unter deren symbolischen Wert liegt. Es hat also an sich keinen Wert und ist allein durch die realen Produkte und Dienstleistungen gedeckt, die mit ihm getauscht werden. Eine Wirtschaft wächst, wenn mehr Waren produziert und verkauft werden oder mehr Dienstleistungen angeboten und genutzt werden. Dahinter steckt die Arbeit von Menschen, die entweder mehr werden, mehr arbeiten oder produktiver arbeiten. Wächst eine Wirtschaft, sollte die Geldmenge steigen, damit Geld nicht knapp wird und eine Deflation eintritt.

Dies geschieht, indem Geld schlicht und einfach gedruckt, geprägt oder auf einem Zentralbankcomputer hinzugefügt wird – aus dem Nichts. Es wäre nur fair, wenn diejenigen, die das Wirtschaftswachstum erzeugt haben, auch Nutznießer der Geldvermehrung wären. Man könnte also den Menschen das Geld einfach schenken. Doch es soll theoretisch auch die Möglichkeit geben, dass man das Geld wieder vernichten kann, wenn die Wirtschaft schrumpft. Daher kommt es als Schulden auf die Welt.

Nur Zentral- bzw. Notenbanken können Bargeld bzw. Zentralbankgeld (vgl. https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Glossareintraege/Z/zentralbankgeld.html) in den Umlauf bringen. Banken untereinander akzeptieren ausschließlich diese Form von Geld beim Ausgleich von Forderungen aus Überweisungstätigkeiten ihrer Kunden. Wenn ein Kunde von Bank A einem Kunden der Bank B Geld überweist und es finden an diesem Tag keine weiteren Transaktionen zwischen diesen beiden Banken statt, fließt zwischen den Banken Zentralbankgeld. Zentral- und Notenbanken sind normalerweise staatliche Organisationen. Eine Ausnahme bildet die Federal Reserve, kurz FED, in den USA, die sich seit 1913 in der Hand privater Banken befindet. In Europa wurden die nationalen Notenbanken wie z.B. die Deutsche Bundesbank mit dem Vertrag von Maastricht 1993 in das Europäische System der Zentralbanken eingegliedert. Das oberste Organ dieses Systems ist die Europäische Zentralbank (EZB), die von den EU-Staaten kontrolliert wird und genauso wie die Deutsche Bundesbank ihren Sitz in Frankfurt am Main hat. Normalerweise steuern die Zentralbanken die Geldmenge in einem Wirtschaftssystem über den so genannten Leitzins. Zu diesem Zinssatz, dessen Erlös zurück in die jeweiligen Staatshaushalte fließt, können sich Privatbanken Geld von der Zentralbank leihen und es an ihre Kunden zu einem höheren Zinssatz weiterverleihen. Dieses Geld wird von der Zentralbank geschöpft, d.h. aus dem Nichts erschaffen. Je niedriger der Leitzins ist, desto höher ist die Motivation der Banken und deren Kunden, einen Kredit aufzunehmen, um damit reale Werte zu schaffen, z.B. mit dem Bau eines Hauses. Immerhin ist der Staat und damit die Allgemeinheit Nutznießer der Erlöse des Leitzinses. Wird das geliehene Geld an die Zentralbank zurückgezahlt, wird es wieder vernichtet. Bei negativem Wirtschaftswachstum soll so die Geldmenge in einem Wirtschaftssystem wieder schrumpfen. So jedenfalls die Theorie.

Tatsächlich können auch Privatbanken Geld aus dem Nichts schöpfen, und sie machen davon gehörig Gebrauch. Die Zauberwörter hierfür lauten Mindestreserve, Eigenkapitalquote und Kreditgewährung im Gleichschritt. Die Mindestreserve ist ein Pflichtguthaben von Zentralbankgeld der Privatbanken bei der Zentralbank. Sie soll bei einem so genannten Bank Run (alle Kunden wollen die Sichteinlagen auf ihren Giro- und Sparkonten als Bargeld ausbezahlt bekommen) die Privatbanken davor bewahren, über nicht genügend Bargeld zu verfügen. In der Eurozone beträgt dieses Guthaben 1 % der Summe aller täglich fälligen Einlagen sowie Einlagen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren bzw. einer Kündigungsfrist von bis zu zwei Jahren einer Bank (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Mindestreserve, https://www.bezahlen.de/lexikon/mindestreservebasis_4105.html). Die restlichen 99 % der Bankbilanz können aus so genanntem Buch- oder Giralgeld bestehen. Der eigentlich limitierende Faktor ist jedoch die seit der Finanzkrise 2007/2008 geforderte höhere Eigenkapitalquote von 8 % der Banken (vgl. https://www.sparkonto.org/eigenkapitalquote-der-banken-ist-auch-interessant-fuer-

sparer/). Banken können Giralgeld durch die so genannte Kreditgewährung im Gleichschritt schöpfen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Geldtheorie#Entstehung_von_Geld, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Kreditgew%C3%A4hrung_im_Gleichschritt_(Bilanzbilder_durch_Hans_Gestrich,_1936).png).

Beispiel:
Bank A gewährt einem Kunden 10.000 Euro Kredit. Dieser kauft sich dafür ein Auto und überweist den Kaufpreis auf das Konto des Händlers bei Bank B. Bank B gewährt gleichzeitig einem ihrer Kunden einen Kredit von 10.000 Euro. Dieser kauft sich davon ein Motorrad und überweist den Kaufpreis auf das Konto des Händlers bei Bank A. Am Ende des Tages stellen beide Banken beim Clearing fest, dass sie zwar jeweils einen Kredit von 10.000 Euro vergeben haben, aber sich untereinander kein Geld schulden und daher auch kein Zentralbankgeld benötigen, um ihre gegenseitigen Forderungen auszugleichen. Beide Banken haben jeweils 10.000 Euro aus dem Nichts geschöpft und verlangen dafür von ihren Kunden Zinsen. Zahlen die Kunden ihren Kredit zurück, wird das Geld wieder vernichtet. Übrig bleibt der Erlös aus den Zinsen, welche die Banken behalten.

Giralgeld stellt kein echtes Geld dar, wird aber so behandelt, weil es theoretisch jederzeit in Bargeld umgewandelt werden kann. Hauptsächlich aufgrund des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist die Menge des Giralgeldes auf den Giro- und Sparkonten (Geldmenge M1) auf das Sechsfache des Bargelds angestiegen (vgl. https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service/schule_und_bildung_kapitel_3.html?docId=147672&notFirst=true), die Menge des Giralgeldes auf den Giro- und Sparkonten plus der Einlagen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren (Geldmenge M2) sogar auf das Zehnfache. Dass die Mindestreserve von 1 % niemals ausreicht, diese Geldmengen in Bargeld umzuwandeln, ist nicht nur rein rechnerisch nachvollziehbar. Als die Griechen in der Griechenlandkrise befürchteten, ihr Land könnte aus der Eurozone austreten, wollten sie ihr Geld von ihren Konten abheben und standen vor verschlossenen Bankfilialen und abgeschalteten Bankautomaten, weil die Banken nicht über das Bargeld bzw. das Zentralbankgeld verfügten, um ihre Kunden auszubezahlen.

Egal ob durch die Zentralbank oder durch Privatbanken: Frisch geschöpftes Geld kommt immer als Schulden auf die Welt. Je mehr Geld im Umlauf ist, desto höher sind die Schulden von Staaten, Unternehmen, Banken und Privathaushalten. Tatsächlich zeigen die Entwicklungen der Geldmengen in Europa und den USA (vgl. https://www.tagesgeldvergleich.net/statistiken/geldmengen.html) im Vergleich zu den Entwicklungen der Schulden (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/154798/umfrage/deutsche-staatsverschuldung-seit-2003/, https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsverschuldung_der_Vereinigten_Staaten#/media/File:Total_US_Federal_Debt_by_President_(1940_to_2015).png) eindeutige Parallelen. Sowohl die Geldmenge als auch die Schulden wachsen beschleunigt. Doch das Wirtschaftswachstum, die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP), kann mit diesem Wachstum nicht mithalten, da es nur linear ansteigt (vgl. https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Reales-Bruttoinlandsprodukt-Deutschland-1950–2000.png, http://www.boersennotizbuch.de/wp-content/uploads/2009/bip_usa_real_seit_1947.png).

Dies hat zur Folge, dass auch die Verschuldungsquote (Schulden im Verhältnis zum BIP) beschleunigt wächst (vgl. https://static.boerse.de/images/Infografiken/staatsverschuldung/Staatsverschuldung_Deutschland.png, http://www.markt-daten.de/blog/wordpress/wp-content/images/2009/09/20090921-fof-debt-bip.gif).

Wenn man sich zum ersten Mal mit dieser Materie beschäftigt, dauert es eine Weile, bis man sie verinnerlicht hat. Dass ausgerechnet private Unternehmen wie eine Bank die hauptsächlichen Nutznießer der Geldschöpfung sein sollen, klingt so absurd, dass man es im ersten Augenblick nicht wahrhaben will. Doch man kann es drehen und wenden, wie man will. Man kommt an den Tatsachen nicht vorbei. Selbst die Deutsche Bundesbank erklärt auf ihrer Webseite den Vorgang der Giral- bzw. Buchgeldschöpfung (vgl. https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Dossier/Service/schule_und_bildung_kapitel_3.html?notFirst=true&docId=147694#doc147694bodyText2). Hat man sich jedoch damit sowie mit der Tatsache, dass bei einem Bank Run sämtliche Banken der Eurozone sofort pleite wären, abgefunden, kommen Fragen auf:

- Wieso überlassen die Staaten privaten Banken den Großteil des Gewinns aus Zinsen aus der Geldschöpfung? Das ist insbesondere denen gegenüber unfair, die das Wirtschaftswachstum, welches Auslöser der Geldvermehrung sein sollte, erzeugt haben. Zudem sollte die Geldschöpfung vom Wirtschaftswachstum abhängen und nicht vom Gewinnstreben privater Unternehmen wie den Privatbanken.
- Weshalb benötigen wir überhaupt ein zweistufiges Bankensystem, um das geschöpfte Geld unter die Menschen zu bringen? Auch die Privatbanken müssen bei der Zentralbank Sicherheiten für ihre Kredite hinterlegen. Man könnte den privaten Zwischenhändler auch einfach ausschalten. Die Folge wäre ein Vollgeldsystem ohne Giralgeld.
- Warum dürfen Privatbanken Kredite vergeben, wenn sie überhaupt nicht über das notwendige Zentralbankgeld verfügen, das hinter der Kreditmenge stehen sollte?
- Wieso wird nach der Erfahrung in Griechenland die Mindestreserve von 1 % nicht deutlich angehoben? Diese Frage wird noch eindringlicher, wenn man weiß, dass die Mindestreserve in der Eurozone im Zuge der Griechenlandkrise von 2 auf 1 % herabgesetzt wurde (vgl. https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Aufgaben/Geldpolitik/Mindestreserven/mindestreserven.html).
- Weshalb weiß die Mehrheit der Menschen so wenig über das tatsächliche Funktionieren des Geldsystems, von dem ihre Existenz und ihre Zukunft abhängen?
- Warum steigt derzeit die Inflationsrate nicht an, obwohl deutlich mehr Geld geschöpft wird, als dass es das Wirtschaftswachstum rechtfertigen würde (vgl. http://www.inflation.eu/images/charts/infl-chart-3–1-34.jpg, https://en.wikipedia.org/wiki/File:US-Inflation-by-year.png)?

Bis auf den letzten Punkt, könnte man alle anderen auch ersetzen mit der Frage: Wer regiert eigentlich in den westlichen Demokratien? Auf den letzten Punkt kann man mit ein bisschen Nachdenken eine einfache logische Antwort finden. Allein das Geldvermögen der privaten

Haushalte in Deutschland liegt bei 5,7 Billionen Euro und stieg auch während der Finanzkrise stetig an (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37880/umfrage/geldvermoegen-der-privathaushalte-in-deutschland/). Bei einem BIP von 3,15 Billionen Euro (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251/umfrage/entwicklung-des-bruttoinlandsprodukts-seit-dem-jahr-1991/) könnte man vermuten, dass ein Großteil des Vermögens für den Austausch von Waren und Dienstleistungen überhaupt nicht benötigt wird und auf irgendwelchen Sparkonten schlummert, um sich dort mithilfe von Zinsen zu vermehren. Schaut man auf die Vermögensverteilung, wird die Vermutung deutlicher. Mindesten 61 % des deutschen Vermögens ist in den Händen der reichsten 10 % des Landes. Das Durchnittsvermögen der reichsten 10 % lag 2012 bei 639.000 Euro (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensverteilung_in_Deutschland#Untersuchung_des_DIW_f%C3%Bcr_2012). Dieses Geld wird ganz sicher nicht zu 100 % gegen Güter oder Dienstleistungen getauscht. Wird Geld jedoch als Wertspeicher verwendet, dann wird es dem Geldkreislauf entzogen. Damit keine Deflation eintritt, muss geschöpftes Geld in den Kreislauf nachfließen. Hinzu kommt das Konzept des englischen Ökonomen John Maynard Keynes, während einer Wirtschaftskrise Geld nicht zu vernichten, sondern, im Gegenteil, der Krise durch neu geschöpftes Geld entgegenzuwirken. Seit den Auswirkungen der Finanzkrise auf die reale Wirtschaft erleben wir genau diese Geldpolitik der EZB. Sie hat den Leitzins nicht nur, ähnlich wie andere Industrieländer, auf annähernd 0 % herabgesetzt (vgl. https://www.finanzen.net/leitzins/), sondern mit frisch geschöpften Geld auch Staatsanleihen und Unternehmensanteile privaten Gläubigern zu überhöhten Preisen abgekauft (vgl. http://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/geldpolitik-ezb-kauft-mehr-staatsanleihen/19545268.html). Dies bedeutet, dass sowieso nie Geld vernichtet wird, selbst dann nicht, wenn die Wirtschaft schrumpft.

**Zinsen und Wirtschaftswachstum**

Durch dieses Vorgehen wird nicht nur die Geldmenge im Wirtschaftssystem über Gebühr erhöht, sondern auch die Möglichkeit der Geldvermehrung durch Zinsen verringert, da ein niedriger Leitzins nicht nur zu niedrigen Zinsen bei Krediten, sondern auch bei der Geldanlage führt. Hat ein Sparer Anfang der 90er Jahre noch bis zu 9 % Zinsen für sein Geld bekommen, liegt der Zinssatz Ende 2017 bei etwas mehr als 1 %, selbst bei fest angelegtem Geld. Die niedrigen Renditen treibt die Anleger zum Kauf von Aktien, was zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft und zu Blasenbildungen wie die Dotcom-Blase und die Hypothekenblase, die in die Finanzkrise 2007/2008 mündete, führt. Es wird also immer schwieriger, Geld gewinnbringend anzulegen. Einerseits ist dies gut, weil der Wert des Geldes verfallen sollte, damit es im Geldkreislauf bleibt. Andererseits versperrt es Menschen mit nur geringem Reichtum die Möglichkeit, sich Vermögenswerte zuzulegen. Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann man bei derart niedrigen Zinsen vergessen. Auch daran kann man eine gute Seite sehen, denn Geld vermehrt sich nicht von selbst. Hinter den Zinsen steckt immer eine Mehrleistung der realen Wirtschaft, sprich Arbeit. Arbeitslose Einkommen erhöhen die Ungleichheit in einem System, weil sie denjenigen, die Werte erschaffen, Teile der Erlöse ihrer Arbeit wegnehmen.

Der aktuelle Zustand wäre also gar nicht so schlecht, wenn die Umverteilung nicht bereits längst stattgefunden hätte und die beschleunigte Geldvermehrung das Risiko einer Inflation steigern

würde. Diejenigen, die sich in der Vergangenheit zu relativ niedrigen Preisen Vermögenswerte wie Mietshäuser, Ländereien, Unternehmensanteile oder gar ganze Unternehmen zulegen konnten, können auch weiterhin davon profitieren. Diejenigen, die später zu den bestehenden Möglichkeiten der Vermögensbildung hinzustoßen, haben aufgrund der niedrigen Zinsen, des hohen Risikos am Aktienmarkt und den hohen Preisen für Vermögenswerte (Werte, die einen Gewinn abwerfen) kaum noch Chancen aufzuschließen. Die materielle Ungleichheit wird durch die Geldschwemme gefestigt und ausgebaut. Unser Wirtschaftssystem zeigt alle Anzeichen eines Schneeballsystems, das am Ende nur wenige Gewinner und ganz viele Verlierer hervorbringt.

Dass sich ein solches System nicht ewig aufrecht erhalten lässt, zeigt das Beispiel des Josephspfennigs (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Josephspfennig, https://www.zinsen-berechnen.de/zinsrechner.php). Exponentiell gesteigerte Gewinnerwartung aus dem Anlegen von Geld kann niemals durch ein lineares Wirtschaftswachstum befriedigt werden. Es muss alle paar Jahrzehnte zusammenbrechen, um zu funktionieren. Dann wird Geld im großen Stil vernichtet, Schulden verschwinden, relative Gleichheit unter denjenigen, die keine realen Vermögenswerte besitzen, wird wiederhergestellt und das Schneeballsystem kann von vorne beginnen. Das letzte Mal in Deutschland fand eine Geldvernichtung im Zuge der Wiedervereinigung 1990 statt. Nur geringe Beträge zwischen 2.000 und 6.000 Ostmark wurden 1:1 gegen D-Mark umgestauscht. Alles, was darüber lag, wurde 2:1 bzw. 3:1 umgetauscht (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/W%C3%A4hrungs-,_Wirtschafts-_und_Sozialunion#Umtauschkurse). Dadurch wurde die Geldmenge in den neuen Bundesländern verringert.

Während der Währungsreform 1948 wurde die Reichsmark sowohl in Westdeutschland als auch in der Sowjetischen Besatzungszone grob im Verhältnis 10:1 gegen D-Mark bzw. Ostmark umgetauscht, die Geldmenge also drastisch verringert (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/W%C3%A4hrungsreform_1948_(Westdeutschland), https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_(DDR)#Einf%C3%BChrung). Vorausgegangen war der Zweite Weltkrieg, in dem Nazi-Deutschland mit einer expansiven Geldpolitik seine Rüstung finanziert hatte.

Auch der Erste Weltkrieg war im Deutschen Reich mit einer expansiven Geldpolitik finanziert worden. Nach der Niederlage kamen horrende Reparationszahlungen an die Siegermächte obendrauf, was die deutsche Regierung mit noch mehr geschöpftem Geld zu finanzieren versuchte. Dies führte zur Hyperinflation von 1923 im Deutschen Reich, welche mit der Einführung der Rentenmark gelöst wurde. 1 Billionen Mark wurden gegen eine Rentenmark gewechselt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Inflation_1914_bis_1923#Einf%C3%BChrung_der_Rentenmark_und_Ende_der_Inflation). Unmengen an Geld wurden vernichtet, und Schulden lösten sich in Luft auf. Leidtragende waren die Angehörigen der Mittelschicht, deren gesamtes Erspartes verloren ging. Diejenigen, die über realwirtschaftlichen Besitz verfügten, waren deutlich weniger betroffen und profitierten sogar vom Wegfall der Schulden. Bereits sechs Jahre später wurde die junge Weimarer Republik durch die Weltwirtschaftskrise, die Folge einer Wachstumsblase in den USA auf der Basis von faulen Krediten, also einer Geldvermehrung, erneut gebeutelt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftskrise).

Geldschöpfung im Rahmen eines Wirtschaftswachstums und Geldvernichtung bei schrumpfender Wirtschaft hören sich in der Theorie vernünftig an. In der Praxis schöpfen jedoch die Privatbanken durch Zinsen auf frisch geschöpftes Geld die Gewinne des Wirtschaftswachstums ab, das von der Klasse der Arbeitenden erbracht wurde. Wenn es zu einer Geldvernichtung kommt, dann immer zu Hauptlasten derjenigen, die nur über ein bescheidenes Geldvermögen und keinen realwirtschaftlichen Besitz verfügen. Eigentlich sollte bei einer schrumpfenden Wirtschaft Geld durch das Rückzahlen von Schulden vernichtet werden. Diejenigen, die über viel Geld verfügen, könnten es verwenden, um z.B. die hohen Staatsschulden zu begleichen. Dadurch würde die Geldmenge schrumpfen und auf friedlichem Wege wieder etwas mehr Gleichheit in der Gesellschaft hergestellt. Niemand gibt jedoch Geld freiwillig her, schon gar nicht für die Allgemeinheit. Daher müsste man die Klasse der Reichen und Besitzenden zu diesem Schritt durch Erhöhung von Spitzensteuersatz oder Erbschaftssteuer zwingen, wozu es wiederum einer entsprechenden öffentlichen Meinung und Politik bedarf. Wenn die einflussreichsten Medien eines Landes jedoch ausgerechnet von der reichsten Klasse kontrolliert werden, kann man auf diesen vernünftigen Schritt lange warten. Stattdessen wird immer neues Geld in das Wirtschaftssystem gepumpt, wodurch das bestehende Geld entwertet und weitere Schuldenberge aufgetürmt werden.

**Fazit**

Der Kapitalismus ist ein System, das zunächst bei relativer Gleichverteilung von Geld und Besitz zu einem Wirtschaftsaufschwung führt. Doch es ist so angelegt, dass die materielle Ungleichheit auf Kosten der Besitzlosen immer größer wird und diese sich verfestigt. Am Ende zerstört es sich gewaltsam selbst, um sich wie ein Phönix aus der Asche zu erheben, und ein neuer Zyklus beginnt wieder von vorne. Im 20. Jahrhundert fanden in Europa gleich mehrere dieser Zusammenbrüche statt. Der bedeutendste war der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, der durch überbordende Geldvermehrung aufgrund der Finanzierung von Aufrüstung und Reparationszahlungen sowie durch die darauffolgende Wirtschaftskrisen kaskadenartig den Zweiten Weltkrieg zur Folge hatte. Vor 1914 waren Vermögen und Einkommen in Europa und den USA extrem ungleich verteilt (vgl. http://blog.zeit.de/herdentrieb/2014/01/17/einkommen-und-vermogen-sind-ungleich-verteilt-ein-erklarungsversuch_6952). Seit Ende des Zweiten Weltkrieges erleben die USA und Europa eine erneute Umverteilung der Vermögen von Arm nach Reich, welche die Gefahr eines Zusammenbruchs immer wahrscheinlicher macht. Nur eine durch die Politik initiierte Geldvernichtung, d.h. Schuldenabbau, könnte diese Entwicklung friedlich verhindern. Doch wenn selbst eine sozialdemokratische Regierung den Spitzensteuersatz senkt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Steuerreform_2000_in_Deutschland), die Erbschaftsteuer nicht erhöht (vgl. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/erbschaftsteuer-schroeder-und-eichel-wollen-keine-erhoehung-a-125224.html), die Staatsschulden ausweitet (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsverschuldung_Deutschlands#Entwicklung_der_Staatsverschuldung_in_Deutschland), die Armut vergrößert (vgl. https://www.heise.de/tp/features/Bundesregierung-hat-die-Armut-stark-vergroessert-3675653.html) und sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt (vgl. http://www.taz.de/!5165840/), dann stirbt die Hoffnung auf eine friedliche Auflösung der Ungleichverteilung.

# Die Vereinigten Staaten von Amerika

Die USA sind Deutschlands wichtigster militärischer Verbündeter und Handelspartner. Sie sind demokratisch und garantieren Sicherheit, Stabilität und Freiheit in der Welt. So oder so ähnlich ist die Sichtweise des politischen und medialen Mainstreams in Deutschland auf die USA. Doch schaut man genauer auf Zahlen und Fakten, entpuppen sich diese Behauptungen als falsch oder gar absurd.

**China wichtigster Handelspartner Deutschlands**

Tatsächlich ist die USA noch vor Frankreich und Groß-Britannien das wichtigste Exportland Deutschlands. Doch nimmt man Exporte und Importe zusammen, ist der wichtigste Handelspartner Deutschlands China. An zweiter Stelle stehen Frankreich und erst an dritter die USA (vgl. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile).

**Deutschland wichtigster militärischer Verbündeter der USA**

Der Logik des Kalten Krieges folgend waren die USA und ihre Atomwaffen lange Zeit der Garant dafür, dass die Sowjetunion nicht in Westdeutschland einmarschierte. Ob diese Gefahr tatsächlich existierte oder vom Westen aufgebauscht wurde, sei dahingestellt. Doch nach dem Ende des Kalten Krieges ist Deutschland eher einer der wichtigsten militärischen Verbündeten der USA als umgekehrt. Denn mit der Ramstein Air Base und weiteren militärischen Einrichtungen in und um Kaiserslautern mit insgesamt 52.000 US-Militärangehörigen unterhalten die Vereinigten Staaten in Deutschland nicht nur den größten Militärstützpunkt außerhalb ihres eigenen Landes. Auch die völkerrechtswidrigen Einsätze im Irak und Afghanistan wurden und werden über diese Basis logistisch abgewickelt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kaiserslautern_Military_Community). Die Ramstein Air Base spielt zudem eine zentrale Rolle im völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der USA in Afrika, Pakistan und Jemen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Ramstein_Air_Base#Zentraler_Baustein_der_Kampfdrohnen-Einsätze).

**Der Zustand der Demokratie in den Vereinigten Staaten**

Die USA mögen zwar dem Papier nach die älteste durchgehende Demokratie sein. Doch wenn eine erfolgreiche Präsidentschaftskandidatur von milliardenschweren Spendengeldern von Unternehmen, der Finanzwirtschaft oder gar ausländischen Diktaturen abhängt, dann werden im US-amerikanischen Herrschaftssystem nicht mehr das Volk, sondern die Interessen potenter Wahlsponsoren repräsentiert (vgl. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/hillary-clinton-und-ihre-spender-deutschland-gehoert-dazu-13535492.html, http://www.zeit.de/politik/ausland/2016–10/us-wahl-spenden-rekordhoehe-hillary-clinton-donald-trump). Am Ende hat das Volk in den USA die Wahl zwischen zwei Kandidaten, die von den reichsten Menschen und Organisationen aus den Vereinigten Staaten und anderen Teilen der Welt vorselektiert wurden. Dies sind eindeutige Hinweise darauf, dass die USA eine Oligarchie sind und keine Demokratie (vgl. https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/04/26/princeton-studie-als-warnung-an-europa-usa-sind-keine-demokratie-mehr/).

**USA größter Aggressor in der Welt**

Wer sich nur ansatzweise mit Geschichte beschäftigt, weiß, dass sich wirtschaftliche und militärische Macht einander bedingen. Es bedarf zudem nur eines simplen Aktes der Logik, um zu erkennen, dass in einem System, in dem militärische Gewalt das mächtigste Mittel zur Interessensdurchsetzung darstellt, dasjenige Land, das sich in seiner jeweiligen Epoche am gewalttätigsten verhält, den Rest seiner jeweiligen Einflusssphäre dominiert. Das Land, das die schlagkräftigste Armee besitzt und diese auch einsetzt, kann nicht nur Kontrolle über die für die jeweilige Epoche wichtigsten Ressourcen der Welt ausüben und sich somit wiederum die schlagkräftigste Armee leisten. Es kann auch andere Länder davon abhalten, einflussreiche Bündnisse zu bilden oder Zugriff auf die wichtigsten Ressourcen zu bekommen. Dass bei dem Einsatz militärischer Gewalt viele unschuldige Zivilisten sterben und sich daraus auch Widerstand in den angegriffenen Bevölkerungen entwickelt, ist eine Binsenweisheit.

Seit dem Zweiten Weltkrieg sind dieses Land unzweifelhaft die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie haben die bei weitem höchsten Militärausgaben (in den letzten zehn Jahren ca. 600 bis 760 Milliarden Dollar pro Jahr, vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183059/umfrage/militaerausgaben-der-usa/) und verfügen über die schlagkräftigste Armee der Welt. Mit ihren derzeit 46 aktiven Hubschrauber- und Flugzeugträgern können sie als einzige Nation jedes Land der Erde innerhalb kürzester Zeit angreifen und bombardieren, bei Einsatz von atomaren Waffen sogar in Schutt und Asche legen. Ihre Streitkräfte sind in 147 von 195 Ländern der Welt offen und verdeckt im Einsatz (vgl. http://projectcensored.org/1-us-military-forces-deployed-seventy-percent-worlds-nations/). Sie verfügen derzeit je nach Schätzung über 700 bis 1.000 Militärbasen im Ausland, die jüngsten vornehmlich in und um die erdölfördernden Länder im Nahen und Mittleren Osten (vgl. http://www.washingtonsblog.com/2015/03/proof-russia-iran-want-war-look-close-put-countries-military-bases.html). Damit sind circa 95 % der militärischen Enklaven im Ausland in US-amerikanischer Hand (vgl. http://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/861754). Seit ihrer Gründung vor 239 Jahren befinden sich die Vereinigten Staaten 222 Jahre in offenen und verdeckten Kriegen (vgl. http://www.washingtonsblog.com/2015/02/america-war-93-time-222–239-years-since-1776.html). Kein anderes Land der Erde kann auf eine derart militärische Vergangenheit in den letzten 200 Jahren zurückblicken.

Auch die Opferzahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Seit 1945 sind in den von den USA geführten Kriegen in den jeweiligen Kriegsgebieten je nach Schätzung zwischen 6 Millionen (vgl. https://www.journal21.ch/seit-1945-sechs-millionen-tote-in-us-kriegen) und 20 Millionen Menschen (vgl. http://www.globalresearch.ca/us-has-killed-more-than-20-million-people-in-37-victim-nations-since-world-war-ii/5492051) ums Leben gekommen. Dem gegenüber stehen circa 100.000 tote US-amerikanische Soldaten (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72801/umfrage/kriege-der-usa-nach-anzahl-der-soldaten-und-toten/) und null zivile Opfer auf dem Gebiet der USA, sieht man von dem 9/11-Terroranschlag in New York und Washington mit circa 3.000 Opfern ab. Nach dem 11. September 2001 sind in Nordamerika und Europa keine 1.000 Menschen an den Folgen von islamistisch

motivierten Terroranschlägen gestorben (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37787/umfrage/tote-bei-ausgewaehlten-islamistisch-terroristischen-terroranschlaegen-seit-1993/). Im so genannten Krieg gegen den Terror, der von den USA angeführt wird und in dem neben Groß-Britannien auch andere europäische Länder wie Deutschland mitmischen, sind hingegen in Afghanistan, Irak und Pakistan je nach Schätzung bis zu 1,3 Millionen Menschen ums Leben gekommen (vgl. http://www.bundeswehr-journal.de/2015/rund-13-millionen-tote-durch-krieg-gegen-den-terror/). Angesichts dieser Zahlen sollte unstrittig sein, dass die USA nicht nur das militärisch mächtigste, sondern auch das gewalttätigste Land der Erde sind. Für historisch Interessierte ist es zudem unstrittig, dass die Vereinigten Staaten von Amerika und Groß-Britannien durch ihr verdecktes Engagement im Nahen und Mittleren Osten (vgl. u.a. https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Ajax, https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Cyclone) die Entwicklung des extrem fundamentalistischen Islamismus und des islamistisch motivierten Terrors mit zu verantworten und Diktaturen sowie Gewaltherrschaften gefördert haben. Diesen Terror nutzen sie nun, um ihn als Kriegsgrund für völkerrechtswidrige Angriffskriege zu verwenden, der bis heute weiteren Terror hervorruft (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Irakkrieg).

Alle diese simplen und klar erkennbaren Zusammenhänge wären im Prinzip kein Problem für die öffentliche Wahrnehmung, wenn die so genannte „westliche Wertegemeinschaft“ Gewalt zur Durchsetzung jeglicher Art von Interessen nicht ächten würde und sich als Hüter von Moral und Menschenrechten in der Welt aufführen würde. Das Spagat, auf der einen Seite das aktuell gewalttätigste Land der Erde zu sein und auf der anderen Seite dafür einzustehen, Gewalt zu ächten, zwingt die USA und ihre militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbündeten schlichtweg dazu, der eigenen Bevölkerung vorzumachen, zwei und zwei ergäben fünf und das Sterben von Millionen von unschuldigen Zivilisten sei moralisch gerechtfertigt. Nur so gelingt es den Staaten der „freien“ Welt, nach außen Interessen mit brutaler Gewalt durchzusetzen und im Inneren eine friedliche, gewaltfreie Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

**Lieber eine Pax Americana als heilloses Durcheinander auf der Welt?**

Man könnte nun meinen, es sei besser, einen Gewaltfrieden durch die USA zu haben, als gar keinen Frieden. Es ist jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Vereinigten Staaten zweifelhaft, ob diese überhaupt den Frieden auf der Welt anstreben.

Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg sind die Vereinigten Staaten die größte Volkswirtschaft der Erde. Seit Mitte der 1970er Jahre verzeichnen die USA jedoch ein Handelsbilanzdefizit, das sich seitdem immer weiter vergrößert (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Handelsbilanzdefizit#/media/File:Handelsbilanzen_Deutschland,_Japan,_USA,_Vereinigtes_K%C3%B6nigreich.jpg). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA betrug 2015 ca. 18,1 Billionen Dollar und 2016 ca. 18,6 Billionen Dollar (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/). Das Handelsbilanzdefizit im Jahr 2016 für die USA beläuft sich auf ca. 0,8 Billionen Dollar (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15635/umfrage/handelsbilanz-der-usa/). Das Wirtschaftswachstum in den USA beruht also komplett auf ausländischen Schulden. Griechenland hatte eine ähnlich defizitäre Wirtschaft (vgl. https://www.querschuesse.de/wp-

content/uploads/2011/05/1a108.jpg). Das Wirtschaftswachstum des Landes finanzierte sich ausschließlich mit Schulden aus dem Ausland, bis 2011 die Gläubiger den Stecker zogen und der Zusammenbruch kam. Die wirtschaftliche Lage der USA und Griechenlands ähnelt sich also. Doch es gibt zwei entscheidende Unterschiede. Erstens ist die Währung der Vereinigten Staaten, der Dollar, die Weltleitwährung (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Leitw%C3%A4hrung), und zweitens verfügen die USA über die schlagkräftigste Armee der Welt, um diesen Zustand zu erhalten.

Die USA sind das einzige Land der Welt, das sich im Ausland mit seiner eigenen Währung verschulden kann. Da nur die amerikanische Notenbank, die Federal Reserve, Dollars in Umlauf bringen kann, können die USA mit selbst geschöpftem Geld im Ausland Waren und Rohstoffe einkaufen. So sammeln sich außerhalb der Vereinigten Staaten immer mehr Dollars an, die von den Verkäufern wiederum in amerikanische Staatsanleihen investiert werden, um die Währung zu stützen. Denn eine Inflation des Dollars schädigt auch diejenigen Länder, die Waren und Rohstoffe in Dollar handeln. Das erklärt, warum die USA trotz Handelsbilanzdefizit ein stetiges Wirtschaftswachstum verzeichnen können. Sie erzeugen jedoch damit auch globale Wirtschaftskrisen (vgl. https://www.boeckler.de/22374_22379.htm). Wie kritisch die Situation derzeit ist, kann man an der Gesamtschuldenquote (Summe der Schulden von Staat, Unternehmen, Finanzsektor und Privathaushalte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) der USA erkennen. Im Jahr 2014 erreichte die Gesamtverschuldung der Vereinigten Staaten 60 Billionen Dollar (vgl. https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/07/01/usa-verschuldung-erreicht-rekord-niveau-von-60-billionen-dollar/) bei einem BIP von 17,4 Billionen Dollar (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14418/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-den-usa/). Die sich daraus ergebende Schuldenquote von knapp 350 % liegt deutlich höher als jene während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre (vgl. http://static4.businessinsider.com/~~/f?id=49d74ad14b54372b00134f9f). Damals erreichte die Quote knapp 260 % und erzeugte eine globale Wirtschaftskrise, die in Deutschland zum Aufstieg der Nationalsozialisten beitrug (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Weltwirtschaftskrise#Ma%C3%9Fnahmen_zur_%C3%9Cberwindung_der_Krise_in_Deutschland).

Damit der Dollar Weltleitwährung bleibt, muss er international zu Transaktionszwecken genutzt werden. Ein Großteil der Rohstoffe, insbesondere das Öl als wichtigster Energieträger, werden weltweit gegen Dollar verkauft (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Petrodollar). Verkauften erdölexportierende Länder ihren Rohstoff gegen eine andere Währung, würde der Dollar seine Funktion als Leitwährung verlieren und in der Folge die US-amerikanische Wirtschaft einbrechen. Viele jüngere internationale und von den USA ausgehende Konflikte lassen sich mit diesem Zusammenhang erklären:

- Ende 2000 begann der Irak damit, sein Öl nur noch gegen Euro zu verkaufen (vgl. https://derstandard.at/374396/UNO-erlaubt-dem-Irak-Umschwenken-von-Dollar-auf-Euro). Anfang 2003, also bereits etwas mehr als zwei Jahr später, eroberten US-amerikanische Streitkräfte das Land. Danach stellte die amerikanische Verwaltung des Iraks den Ölexport wieder auf Dollar um (vgl. http://www.sueddeutsche.de/politik/rohstoffhandel-oel-nur-noch-gegen-euro-1.873520).

- 2002 forderte Hugo Chavez, Präsident von Venezuela, die OPEC auf, Öl nur noch gegen Euro zu verkaufen. 2008 kündigte sein Land an, einen Teil seiner Ölexporte gegen Euro zu verkaufen (vgl. https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/dollar-absturz-venezuela-laesst-sich-oel-kuenftig-in-euro-bezahlen/2934500.html). 2015 bezeichnete der damalige Präsident der USA, Barack Obama, Venezuela als Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten (vgl. https://de.reuters.com/article/usa-venezula-idDEKBN0M51PU20150309).
- Seit 2006 arbeitet Russland daran, seine Rohstoffe über eine eigene Energiebörse namens Spimex gegen Rubel zu verkaufen (vgl. http://www.faz.net/aktuell/finanzen/krisenregion-osteuropa/rohstoffboerse-spimex-russland-will-sein-erdoel-in-rubel-handeln-1815925.html). In der Folgezeit begannen die USA, Einflussgebiete Russlands wie Syrien und die Ukraine zu destabilisieren, um dort einen Regimewechsel herbeizuführen (vgl. http://www.sueddeutsche.de/politik/us-waffenlieferungen-heikle-fracht-aus-ramstein-1.3663289, https://www.freitag.de/autoren/hans-springstein/obama-bestaetigt-us-gefuehrten-putsch-in-kiew).
- Für China sind die USA nicht nur das wichtigste Exportland (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167157/umfrage/wichtigste-exportlaender-fuer-china/). Das wirtschaftlich und militärisch aufstrebende ostasiatische Land ist auch der größte Gläubiger der US-Staatsverschuldung (vgl. http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/neue-weltordnung-china-hat-die-usa-in-der-hand/7202126–2.html) und bereitet den Öl-Handel gegen Gold und die chinesische Währung Yuan vor (vgl. https://norddeutsche-edelmetall.de/ende-vom-petrodollar-china-fuehrt-oel-handel-in-yuan-und-gold-ein/). Die USA reagieren darauf nicht erst seit der Präsidentschaft Donald Trumps mit militärischem Säbelrasseln (vgl. https://www.n-tv.de/politik/US-Wahl/Der-Krieg-den-es-nicht-geben-darf-article7665136.html).

Das Magazin Der Spiegel versucht, diese Zusammenhänge als Verschwörungstheorien herunterzuspielen, indem er z.B. die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen einer Abkehr des Iran vom Dollar darstellt (vgl. http://www.spiegel.de/wirtschaft/bush-vs-iran-die-legende-vom-petro-euro-krieg-a-405160.html). Dabei wird jedoch die symbolische Wirkung des Angriffskrieges auf den Irak als Drohung an andere rohstoffexportierende Länder vollkommen vernachlässigt. Nur so lässt sich letztendlich erklären, warum die USA die hohen Kosten der Irakinvasion auf sich genommen haben. Denn sie waren 2003 weder auf das irakische Öl angewiesen, noch konnten sie der restlichen Welt glaubhaft vermitteln, dass der Irak tatsächlich eine Gefahr für andere Länder darstellte.

# Mainstream und Medien im Westen

Aus Wikipedia:
Mainstream (engl. Hauptströmung) spiegelt den kulturellen Geschmack einer großen Mehrheit wider, den Massengeschmack der Massenkultur im Gegensatz zu Subkulturen oder dem ästhetischen Underground. Es entspricht damit weitgehend dem Begriff der populären Kultur. Im Bereich der Medien ist der Begriff oft verknüpft mit dem Begriff der Leitmedien und drückt einen Anspruch auf Qualität aus. (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Mainstream)

Als Leitmedien werden in der Publizistik- und Medienwissenschaft Einzelmedien bezeichnet, denen eine ausgeprägte „Hauptfunktion in der Konstitution gesellschaftlicher Kommunikation und von Öffentlichkeit zukommt“. Der Begriff wird für einzelne Medienangebote gebraucht, die einen besonders starken Einfluss auf die öffentliche Meinung und auf andere Massenmedien ausüben. (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Leitmedium)

Schaut man sich die Definition von Mainstream an, wird sofort eine logische Schwachstelle deutlich: Wie ist eine Massenkultur ohne ein Massenmedium überhaupt möglich? Menschen haben immer diejenigen Rohstoffe für den Bau ihrer Häuser, für ihre Nahrung und Kleidung verwendet, die sie regional vorgefunden haben. Daraus sind regional begrenzte Traditionen und Kulturen entstanden, die zuweilen bis heute fortleben. Eine überregionale Massenkultur wäre ohne industrielle Massenproduktion, einer dementsprechenden logistischen Infrastruktur und überregionale Massenmedien überhaupt nicht möglich. Daher müsste die Definition genau umgekehrt lauten: Der kulturelle Geschmack einer großen Mehrheit spiegelt den Mainstream wider, der im Kontext industrieller Massenproduktion und Güterverteilung von den Massenmedien konstruiert wird.

Fast alle Informationen zum Weltgeschehen und der Politik entnehmen die Menschen den Medien. Eine politische Meinungsbildung ohne Medien ist annähernd unmöglich. Mainstream-, Massen- oder Leitmedien geben daher nicht die öffentliche Meinung wieder, sondern entscheiden durch Weglassen, Hervorheben und Interpretation, über was überhaupt auf welche Art und Weise öffentlich diskutiert wird. Medien haben in unserer Gesellschaft die Funktion eines Gatekeepers. Sie filtern und reduzieren Information sowie bearbeiten und modifizieren sie u.a. auf der Basis der persönlichen Meinung eines Journalisten oder des Werteklimas der Medienorganisation (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Gatekeeper_(Nachrichtenforschung)).

Der Mainstream stellt nicht den Konsens der Mehrheit einer Gesellschaft dar, sondern konstruiert diesen erst. Ob der öffentliche Konsens zu einem Thema wahrhaftig ist, d.h., ob er mit wissenschaftlichen Erkenntnissen oder Tatsachen übereinstimmt, hängt von der Unabhängigkeit, Neutralität und Qualität der Leitmedien ab. Die Leitmedien in Deutschland sowie in anderen Ländern der westlichen Wertegemeinschaft schreiben sich exakt diese Eigenschaften selber zu: unabhängig, neutral, wahrhaftig. Da sie als Gatekeeper fundamentale Kritik an sich selbst herausfiltern können, ist weiten Teilen der Gesellschaft, die sich ausschließlich über diese Medien informieren, überhaupt nicht bewusst, dass diese Eigenschaften nur bedingt mit der Realität übereinstimmen.

**Unabhängigkeit hinsichtlich der Einnahmen**

Die Presse sowie private Fernseh- und Radiosender sind keine Organisationen, die sich als primäres Ziel die wahrhaftige Information ihrer Konsumenten gesetzt haben. Sie sind gewinnorientierte Unternehmen, deren Eigentümer einem Verdrängungsmarkt ausgesetzt sind, in dem am Ende nur wenige einflussreiche Medienkonzerne übrig bleiben. Die Haupteinnahmequelle eines Mediums sind auch nicht die Konsumenten, sondern Werbekunden, welche Anzeigen in dem jeweiligen Medium schalten. Dies gilt insbesondere für das Privatfernsehen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Privatfernsehen#Finanzierung_und_Marktanteile), das Privatradio sowie Online-Zeitungen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Internet-Zeitung), die ihr öffentliches Angebot allesamt zu fast 100 % aus Werbeeinnahmen finanzieren. Bei Printmedien ergibt sich der Umsatz zur Hälfte aus Werbeeinnahmen und zur anderen Hälfte aus dem Verkauf an die Nutzer (vgl. http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Wie_sich_eine_Zeitung_finanziert.pdf). Die öffentlich-rechtlichen Medien ARD, ZDF und Deutschlandradio finanzierten sich 2011 aus 7,5 Milliarden Euro GEZ-Gebühren und 290 Millionen Euro Werbe- und Sponsoringeinnahmen (vgl. https://www.merkur.de/tv/gez-nehmen-oeffentlich-rechtlichen-3257894.html). Dies entspricht einem Anteil der privaten Finanzierung von ca. 4 %.

Ein Geschäftsmodell, das zu 50–100% auf Werbeeinnahmen beruht, kann man nicht als unabhängig bezeichnen. Hauptziel der privaten Medienunternehmen ist die Ausweitung der Reichweite, um den Erlös aus den Werbeeinnahmen zu steigern. Fundamentale Kapitalismuskritik wird man daher in diesen Medien kaum finden.

**Unabhängigkeit hinsichtlich einflussreicher Unternehmen und Personen**

Da die Konzentration der Besitzverhältnisse im deutschen wie internationalen Medienmarkt stark zugenommen hat, ist es zudem interessant zu wissen, wie viele Organisationen und Menschen letztendlich diesen Markt beherrschen. Wer sind die einflussreichsten Unternehmen und Personen der deutschen Leitmedien?

Der deutsche Fernsehmarkt wird zu ca. 48 % von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern abgedeckt. ARD und ZDF betreiben alleine sowie in Kooperation mit öffentlich-rechtlichen Sendern aus Österreich, Frankreich und der Schweiz die Sender ARD-Dritte, ZDF, ARD Das Erste, ZDFneo, 3SAT, arte, ZDFinfo, Phoenix und ARD/ZDF Kinderkanal. Mit ca. 21 % Markanteil folgt die RTL Group, deren Haupteigentümer Bertelsmann ist. Sie betreibt die Sender RTL, VOX, RTL II, SUPER RTL, NITRO, RTLplus und N-TV. Auf dem dritten Platz liegt ProSiebenSat.1 Media SE mit ca. 17 %. Die Aktiengesellschaft, die sich im Streubesitz befindet, ist durch die Sender Sat.1, ProSieben, kabel eins, SAT.1 Gold, sixx und ProSieben MAXX bekannt. Mit jeweils ca. 1 % Marktanteil folgen amerikanische Firmen wie Discovery Communications (DMAX, Eurosport, TLC), Viacom (Nickelodeon, COMEDY CENTRAL, VIVA), Time Warner (TNT Film, TNT Serie, Boomerang, Cartoon Network) und The Walt Disney Company (Disney Channel). Mit jeweils ca. 1 % sind auch die beiden deutschen Unternehmen Constantin Medien (SPORT1) und Tele5 vertreten (vgl. https://www.agf.de/daten/tvdaten/marktanteile). Die restlichen Sender haben einen Marktanteil von unter 0,1 %.

Der deutsche Radiomarkt wird zu ca. 60 % von den Radiosendern der ARD abgedeckt. Die beliebtesten privaten Radiosender Radio NRW, Antenne Bayern, Bayern Funkpaket, Radio FFN, Antenne Niedersachsen weisen mehrheitlich Beteiligungen von der RTL Group (Bertelsmann), Springer, Funke Mediengruppe, Hubert Burda Media sowie verschiedenen Tageszeitungen auf. Lediglich das Hit Radio FFH ist von der Besitzstruktur unabhängig von großen Medienkonzernen (vgl. http://www.radiowoche.de/ma-2015-radio-ii-top-20-die-meistgehoerten-radioprogramme-in-deutschland/).

Im Printbereich sind nach einer Befragung unter Journalisten die wichtigsten Leitmedien die Süddeutsche Zeitung (35 %), der Spiegel (34 %), die Frankfurter Allgemeine Zeitung (15 %), die Zeit (11 %) und Bild (10 %) (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Leitmedium#Deutschsprachig). Die sieben auflagenstärksten überregionalen Tageszeitungen waren im 4. Quartal 2016 Bild (1.622.624 Exemplare), die Süddeutsche Zeitung (367.579 Exemplare), die Frankfurter Allgemeine Zeitung (252.253 Exemplare), die Welt (182.079 Exemplare), das Handelsblatt (125.600 Exemplare), die Tageszeitung (51.614 Exemplare) und Neues Deutschland (27.096 Exemplare) (vgl. http://www.print.de/Top-10/Top-10-Produkte/Ueberregionale-Tageszeitungen-verkaufte-Auflagen-laut-IVW#image).

Die Süddeutsche Zeitung gehört seit 2008 mehrheitlich (81,25 %) der Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH), die u.a. auch die Stuttgarter Nachrichten sowie die Stuttgarter Zeitung besitzt. Die Haupteigner der SWMH setzen sich mit je 47,5409 % aus der Medien-Union GmbH und der Gruppe Württembergischer Verleger zusammen. Mehrheitlicher Eigentümer der Medien-Union GmbH, zu der auch die Chemnitzer Freie Presse gehört, ist der Milliardär Dieter Schaub (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/S%C3%Bcdwestdeutsche_Medien_Holding, https://de.wikipedia.org/wiki/Medien_Union, https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Schaub).

Der Spiegel-Verlag mit den wöchentlich erscheinenden Zeitschriften Der Spiegel (775.833 Exemplare) und Manager-Magazin gehört nach dem Willen des Gründers Rudolf Augstein zu 50,5 % der Kommanditgesellschaft der Mitarbeiter (derzeit 750–800 Personen), zu 25,5 % Gruner + Jahr (100 %ige Tochter von Bertelsmann) und zu 24 % den Erben Augsteins. Bertelsmann besitzt damit beim Spiegel die für die Sperrminorität notwendigen 25 % Beteiligung (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Spiegel#Spiegel-Verlag, https://de.wikipedia.org/wiki/Spiegel-Mitarbeiter_KG). Eigentümer von Bertelsmann sind zu 19,1 % die Familie Mohn sowie zu 80,9 % die Bertelsmann-Stiftung, die jedoch keine Stimmrechte besitzt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bertelsmann#Eigent%C3%Bcmer). Vorsitzende der Gesellschafterversammlung und des Lenkungsausschusses der Bertelsmann Verwaltungsgesellschaft, Mitglied der Aufsichtsratsgremien von Bertelsmann sowie stellvertretende Vorsitzende des Vorstands und des Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung ist die Milliardärin Liz Mohn (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liz_Mohn, https://www.forbes.com/profile/elisabeth-mohn/). Über die 100 %ige Bertelsmann-Tocher Gruner + Jahr gehören zu Bertelsmann zudem u.a. die Zeitschriften Brigitte, Capital, Gala, Geo-Magazine, National Geographic Deutschland, P.M. Magazin, Schöner wohnen und der Stern (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Gruner_%2B_Jahr).

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (F.A.Z.) gehört zu 93,7 % der Fazit-Stiftung. Die Gesellschafter der Stiftung setzen sich derzeit (2018) zusammen aus: zwei Vertreter der Pharma-Industrie, ein Vertreter einer Bank, ein ehemaliger Geschäftsführer des Spiegel-Verlages, ein Verleger, ein Anwalt sowie ein ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Kaufhof (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Frankfurter_Allgemeine_Zeitung, https://de.wikipedia.org/wiki/Fazit-Stiftung).

Die wöchentlich erscheinende Zeit (489.611 Exemplare) gehört zu 50 % der DvH Medien (DvH = Dieter von Holtzbrinck) sowie zu 50 % der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, dessen Gesellschafter die Geschwister Stefan von Holtzbrinck und Monika Schoeller sind. Dieter und Stefan von Holtzbrinck sind Halbbrüder (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/DvH_Medien, https://de.wikipedia.org/wiki/Verlagsgruppe_Georg_von_Holtzbrinck). Zur DvH Medien gehören zudem noch das Handelsblatt und der Tagesspiegel. Das Vermögen der Holtzbrinck-Familie wurde 2006 auf 2,4 Milliarden Dollar geschätzt (vgl. https://www.forbes.com/lists/2006/10/MS4F.html), das von Dieter von Holtzbrinck 2008 auf 1,3 Milliarden Dollar (vgl. https://www.forbes.com/lists/2008/10/billionaires08_Dieter-von-Holtzbrinck_MS4F.html).

Die Bild-Zeitung, auflagenstärkste Tageszeitung nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas, sowie die Welt gehören zur Axel Springer SE, deren Eigentümer sich aufteilen in: die Axel Springer Gesellschaft für Publizistik GmbH & Co. (47,3 %), die US-amerikanische Investmentfirma General Atlantic (8,3 %), Friede Springer (5,1 %), der Vorstandsvorsitzende von Axel Springer SE Mathias Döpfner (2,8 %) und Streubesitz (36,5 %). Friede Springer hält zudem 90 % an der Axel Springer Gesellschaft für Publizistik GmbH & Co. und ist damit größte Anteilseignerin des Unternehmens (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Axel_Springer_SE#Aktion%C3%A4re). Sie verfügt über ein Vermögen von 5,7 Milliarden Dollar (vgl. https://www.forbes.com/profile/friede-springer/).

Die Tageszeitung (taz) gehört der taz.genossenschaft mit 17.181 Mitgliedern (Stand September 2017), dessen höchstes Organ die jährliche Generalversammlung darstellt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Taz.genossenschaft).

Die Zeitung Neues Deutschland gehört zu 50 % der Föderativen Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH (FEVAC), treuhänderisch für die Partei Die Linke, sowie zu 50 % der Communio Beteiligungsgenossenschaft eG. Von 1946 bis 1989 war die Zeitung in der DDR das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Neues_Deutschland).

Wertet man obenstehende Zahlen aus, dann ergibt sich ein eindeutiges Bild hinsichtlich des Einflusses einzelner Personen auf die öffentliche Meinung in Deutschland: Gemessen an den Auflagen kontrollieren vier Milliardäre (Friede Springer, Liz Mohn, Dieter Schaub, Dieter von Holtzbrinck) über Mehrheitsanteile bzw. Sperrminoritäten 93 % der deutschen Leitmedien im Printbereich sowie drei Milliardäre (Friede Springer, Dieter Schaub, Dieter von Holtzbrinck) 87,5 % der überregionalen Tageszeitungen.

Neben den bereits genannten Medienkonzernen kontrollieren noch drei weitere Unternehmen über Eigentumsmehrheit oder als große Minderheitsgesellschafter den Großteil des restlichen Marktes an Zeitschriften und Regionalzeitungen sowie das private Radio:

- Funke Mediengruppe: Tageszeitungen: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, die Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung, die Westfälische Rundschau in Essen, die Westfalenpost in Hagen, den Iserlohner Kreisanzeiger und Zeitung, die Thüringer Allgemeine in Erfurt, die Ostthüringer Zeitung in Gera, die Thüringische Landeszeitung in Weimar, die Braunschweiger Zeitung, den Harz Kurier in Osterode am Harz, das Hamburger Abendblatt und die Bergedorfer Zeitung in Hamburg sowie die Berliner Morgenpost; Zeitschriften: Gong, Bild+Funk, Hörzu, Bild der Frau, TVdirekt, Die Aktuelle, Das Goldene Blatt und Echo der Frau (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Funke_Mediengruppe)
- Hubert Burda Media: Bunte, Chip, Focus, Freizeit Revue, InStyle, SuperIllu, Playboy (weitere Unternehmen und Online-Plattformen: Cyberport, HolidayCheck Group, Xing) (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Hubert_Burda_Media)
- Bauer Media Group: u.a. Bravo, Auto Zeitung, Cosmopolitan, Fernsehwoche, TV Movie, TV Hören und Sehen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bauer_Media_Group)

Von Unabhängigkeit geschweige den Vielfalt kann man also kaum reden, wenn sieben Medienkonzerne fast den kompletten deutschen Printmarkt sowie einen Großteil des privaten Radios abdecken, und zwei Medienkonzerne (Bertelsmann und ProSiebenSat.1 Media SE) den Großteil des privaten TV-Marktes beherrschen.

Zum Glück gibt es ja noch die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioanstalten, könnte man nun meinen. Doch diese werden durch Rundfunkräte kontrolliert, in denen mehrheitlich Vertreter der Regierungsparteien sitzen, was immer wieder zu Vorwürfen der einseitigen Berichterstattung führt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/ARD#Rezeption,_Medienkritik_und_Kontroversen, https://de.wikipedia.org/wiki/ZDF#Rezeption,_Medienkritik,_Kontroversen_und_Skandale). Kritik an der Regierungspolitik wird man daher in den öffentlich-rechtlichen Medien kaum finden. Da seit der Gründung der Bundesrepublik 1949 die Bundes- und Landespolitik maßgeblich von den Parteien CDU und SPD, welche beide zum Kapitalismus und zum Neoliberalismus stehen, bestimmt wird, wird man in den öffentlich-rechtlichen Medien auch keine fundamentale Kritik am Wirtschaftssystem in Deutschland und der westlichen Welt finden. Fast der komplette deutsche Medienmarkt steht folglich einem ökonomischen System, das zyklisch wiederkehrend durch Umverteilung der materiellen Ressourcen von Arm nach Reich zu Wirtschaftskrisen und Kriegen führt sowie durch seine Gewinnorientierung und Ressourcenausbeutung keine notwendigen radikalen Lösungen für die Vermeidung des Klimawandels findet, vollkommen kritiklos gegenüber.

**Neutralität**

Öffentlich-rechtliche Medien, die maßgeblich von den beiden neoliberal orientierten Regierungsparteien CDU und SPD kontrolliert werden, können nicht politisch neutral sein. Das gebietet der gesunde Menschenverstand. Der Neoliberlismus ist politisch rechts einzuordnen (vgl. https://lobbypedia.de/wiki/Neoliberalismus), so dass linke Meinungen kaum, nur noch in Nischenformaten oder als Satire im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Radiorundfunk

auftauchen. Die rechte AfD steht dem Neoliberalismus zwar positiv gegenüber, setzt jedoch offen auf Nationalismus und Fremdenangst. Diese Einstellung gilt zwar prinzipiell subtil auch für alle anderen Parteien, ist aber im öffentlichen Meinungsbild aufgrund der deutschen Geschichte verpönt. Die Deutschen geben sich gerne als weltoffen und humanistisch. Doch eine große Mehrheit ist für eine Obergrenze bei der Aufnahme von Flüchtlingen (vgl. https://yougov.de/opi/surveys/results/#/survey/f51e1b80-c017-11e5-8a6f-005056904df0/question/4a40d8a0-c018-11e5-8a6f-005056904df0/politics) und ist der Meinung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland (vgl. https://yougov.de/news/2015/09/24/der-islam-gehort-fur-viele-immer-noch-nicht-zu-deu/), obwohl er nach dem Christentum die größte religiöse Minderheit in Deutschland darstellt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Religionen_in_Deutschland#Religionszugehörigkeit_in_Deutschland). Fast die komplette Medienlandschaft unterstützt sie bereitwillig bei ihrer widersprüchlichen Haltung, indem sie offene rechte Meinungen ablehnt und geringschätzt. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden. Wenn auf der anderen Seite jedoch die Ursachen für Kriegs- und Wirtschaftsflucht nicht näher beleuchtet werden, dann mutet das Vorgehen der Medien eher als Heuchelei an.

Bei den privaten Medien sieht es nicht anders aus. Erst der Neoliberalismus, ein entgrenzter und deregulierter Kapitalismus, ermöglicht unverschämten Reichtum. Auf der ganzen Welt gibt es derzeit nur 2.000 Dollarmilliardäre, allerdings mit steigender Tendenz, was man auch als Beweis für den Siegeszug dieser Wirtschaftsform verstehen kann (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/220002/umfrage/anzahl-der-dollar-milliardaere-weltweit/). Wenn vier Milliardäre die einflussreichsten Printmedien und privaten Fernseh- sowie Radiosender mit der größten Reichweite in Deutschland kontrollieren, dann können diese Medien nicht politisch neutral sein und müssen dem rechten Lager zugeordnet werden. Auch dieser logische Schluss gebietet der gesunde Menschenverstand, selbst wenn Zeitungen und Zeitschriften wie die Süddeutsche Zeitung, Der Spiegel oder der Stern von manchen Medienforschern als tendenziell links eingeordnet werden. Kein Unternehmer geht gegen ökonomische und politische Grundrichtungen vor, auf Basis derer sein Erfolg fußt.

Eigentümer von Medienkonzernen und Rundfunkräte üben ihre Kontrolle nicht aus, indem sie jeden einzelnen Artikel eines Redakteurs lesen und freigeben. Die politische Ausrichtung und Steuerung von Medieninhalten erfolgt wie in jedem anderen Großunternehmen über die Auswahl der jeweiligen Geschäftsführung und, im Medienbereich, der Chefredakteure. Als die Südwestdeutsche Medien Holding 2008 den Mehrheitsanteil an der Süddeutschen Zeitung übernahm, wurde die Geschäftsführung des Süddeutschen Verlages „neu aufgestellt“ (vgl. https://www.swmh.de/presse/pm-swmh-neue-fuehrung/). Der Fall des ehemaligen ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender zeigt, wie Regierungspolitiker direkten Einfluss auf die Absetzung unliebsamer Verantwortlicher bei öffentlich-rechtlichen Medienanstalten nehmen. Brender hatte u.a. 2003 mit seinem Team beim ZDF die Behauptung der US-Regierung hinterfragt, der Irak besäße Massenvernichtungswaffen, was insbesondere von führenden CDU- und CSU-Politikern als amerikafeindliche Berichterstattung gewertet wurde (vgl.

http://www.deutschlandfunk.de/zdf-staatsvertrag-der-fall-brender-und-die-freiheit-des.724.de.html?dram:article_id=322898).

Der Fall Brender weist auf eine weitere, informelle Kontrolle der deutschen Leitmedien hin, die von deren Eigentümern bzw. Kontrollinstanzen zumindest toleriert, wenn nicht sogar ausdrücklich gewünscht wird. Deutsche Top-Journalisten öffentlich-rechtlicher und privater Leitmedien ebenso wie deutsche Führungspolitiker sind in transatlantische Lobbyorganisationen und Think Tanks wie zum Beispiel die Atlantik-Brücke (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantik-Br%C3%BCcke), die Bilderberg-Konferenz (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bilderberg-Konferenz) oder die Trilaterale Kommission eingebunden (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Trilaterale_Kommission). Das Ziel dieser Organisationen ist es, dafür zu sorgen, dass die geostrategischen Positionen und Aktionen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Geopolitik#Angloamerikanische_Geopolitik) der Vereinigten Staaten von Amerika medial flankiert und ggf. gedeckt werden. Anders ausgedrückt: Die westlichen Medien inklusive der deutschen sind ein gezielt genutztes und kontrolliertes Propagandainstrument der US-amerikanischen Außenpolitik (vgl. https://swprs.org/die-propaganda-matrix/).

Für Menschen, die sich ausschließlich über Mainstream-Medien informieren, klingt diese Feststellung so absurd, dass sie diese automatisch in dem Bereich verschwörungstheoretischer Aluhutträger verorten. Dass Ergebnisse von Forschungen an US-amerikanischen und europäischen Universitäten diese Sichtweise bestätigen, ist den meisten Menschen unbekannt, da die daraus gewonnenen Erkenntnisse von den Mainstream-Medien größtenteils herausgefiltert werden. Eine reflexive Medienkritik wird man innerhalb eines Mediums kaum finden, denn jede Zeitung sowie jeder Fernseh- und Radiosender behaupten von sich, wahrhaftig zu berichten. Um eine möglichst neutrale Position einzunehmen, muss man sich der akademischen Forschung zuwenden. Bereits Ende der 1980er Jahre veröffentlichten Noam Chomsky und Edward Herman das Propagandamodell, in dem sie fünf verschiedene Eigenschaften der Medienindustrie beleuchten, die eine Einflussnahme einer elitären Oberschicht auf die Berichterstattung begünstigen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Propagandamodell). 2014 erschien die Dissertation von Uwe Krüger mit dem Titel „Meinungsmacht“, in der untersucht wird, wie die persönliche Verflechtung in Elitennetzwerke der fünf Top-Journalisten Markus Schächter (ZDF-Intendant), Klaus-Dieter Frankenberger (verantw. Redakteur für Außenpolitik der F.A.Z.), Stefan Kornelius (Ressortleiter Außenpolitik der Süddeutschen Zeitung), Michael Stürmer (Chefkorrespondent der Welt), Josef Joffe (Mitherausgeber der Zeit) sowie weiterer Journalisten in hohen Positionen Einfluss auf ihre Berichterstattung zugunsten höherer Militärausgaben und mehr militärisches Engagement von Deutschland hat (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Kr%C3%BCger).

**Wahrhaftigkeit**

In einer Umfrage der US-amerikanischen Zeitung Washington Post, die zwischen dem 07. und 11. August 2003 durchgeführt wurde, gaben 69 % der befragten Amerikaner an, dass der irakische Präsident Saddam Hussein direkt in die Anschläge vom 11. September 2001 involviert gewesen war (vgl. http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/polls/vault/stories/data082303.htm). Die Washington Post, eines der wichtigsten Leitmedien in den USA, begründet diesen Irrglauben damit, dass führende Regierungsmitglieder und Berater wie George W. Bush, Dick Cheney und Richard

Perle in ihren Reden und Statements im Vorfeld des Angriffs auf den Irak, der am 20. März 2003 begann, immer wieder eine Verbindung zwischen Al-Qaida und dem Irak hergestellt hätten (vgl. https://www.washingtonpost.com/archive/politics/2003/09/06/hussein-link-to-911-lingers-in-many-minds/7cd31079-21d1-42cf-8651-b67e93350fde/). Doch diese Begründung lässt einen entscheidenden Aspekt aus: Das Meinungsbild der Amerikaner fußt fast ausschließlich auf der Berichterstattung der Medien. Wäre die Berichterstattung der amerikanischen Medien unabhängig und neutral gewesen und hätte sie auf Wahrhaftigkeit fokussiert, wären die Amerikaner darüber informiert gewesen, dass die Behauptungen der Bush-Administration bereits zum Zeitpunkt der Äußerung nicht im Geringsten mit der Faktenlage übereinstimmten und dass führende Oppositionspolitiker wie Al Gore und Donna Brazile von der Demokratischen Partei die Verbindung zwischen dem Irak und Al-Qaida als Kriegslüge eingeschätzt hatten. Die zu 69 % falsch informierte US-amerikanische Öffentlichkeit ist eine „Smoking Gun“ für die einseitige, abhängige und unwahrhaftige Berichterstattung der US-amerikanischen Medien.
Auch hinsichtlich der Berichterstattung deutscher Leitmedien zu bedeutenden Themen des zeitgenössischen Weltgeschehens finden sich immer wieder Belege für eine einseitige und nicht neutrale Darstellung. Forscher und Kontrollinstitutionen kritisieren regelmäßig diesen Umstand und liefern sogar empirische Beweise.

**Griechenlandkrise**

Für eine Studie der Otto Brenner Stiftung aus dem Jahr 2016 untersuchten Kim Otto, Professor für Wirtschaftsjournalismus an der Universität Würzburg, und sein Team die kompletten Nachrichtenmeldungen von ARD und ZDF zur Griechenlandkrise im Jahr 2015. Bei der empirischen Auswertung ihres Datenmaterials kommen sie zu dem Schluss, dass die Berichterstattung der Nachrichtenredaktionen beider öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten zulasten der griechischen Regierung unausgewogen und nicht neutral war sowie eine mangelnde analytische Qualität aufwies (vgl. https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/die-griechen-provozieren-ah87.html).

**Ukraine-Konflikt**

Der Programmbeirat der ARD, eine beratende Kontrollinstanz aus Vertretern der Landesanstalten des öffentlich-rechtlichen Senders, welche die Interessen der Zuschauer vertreten soll, kritisierte auf seiner Sitzung im Juni 2014 die ARD-Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt als voreingenommen sowie tendenziell gegen Russland und russische Positionen gerichtet. Eine inhaltliche Zusammenfassung des nicht mehr öffentlich zugänglichen Protokolls der Sitzung findet sich auf Telepolis (vgl. https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Konflikt-ARD-Programmbeirat-bestaetigt-Publikumskritik-3367400.html). Auf Anfrage von Telepolis lautete die Reaktion der ARD: „Wichtige Entscheider wie der Intendant Tom Buhrow und der Fernsehdirektor Jörg Schönenborn, beide aus dem WDR, werben intern offensiv für eine redaktionelle Linie, die sich darauf konzentriert, die ‚westlichen Positionen zu verteidigen‘“ (Zitat aus dem Telepolis-Artikel). Jörg Schönenborn ist Mitglied der Atlantik-Brücke (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%B6rg_Sch%C3%B6nenborn). Tom Buhrow steht der Atlantik-Brücke nahe (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Tom_Buhrow#Mitgliedschaften_und_Funktionen).

**Flüchtlingskrise**

In einer weiteren Studie der Otto Brenner Stiftung aus dem Jahr 2017 untersuchten Michael Haller, Professor für Allgemeine und Spezielle Journalistik und Wissenschaftlicher Direktor des Europäischen Instituts für Journalismus- und Kommunikationsforschung an der Uni Leipzig, und sein Team die Berichterstattung zur Flüchtlingskrise in den Leitmedien F.A.Z., Süddeutsche Zeitung, die Welt und Bild, in über 80 verschiedenen Regional- und Lokalzeitungen sowie in den Online-Zeitungen focus.de, tagesschau.de und Spiegel Online (vgl. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/Aktuelles/AH93/AH_93_Haller_Web.pdf). Auszug aus den Ergebnissen der Studie:

- S. 134, Punkt 7: „Die Berichterstattung in den drei Leitmedien [Süddeutsche, FAZ, die Welt] ist zu großen Teilen auf die (partei)politische Arena der Koalitionspartner fixiert. Diejenigen, die sich in den Behörden und Einrichtungen um die Bewältigung der ungeheuren Aufgaben und Probleme des Vollzugsalltags kümmerten, erscheinen aus der medial vermittelten Sicht der politischen Elite als nicht relevant."
- S. 134, Punkt 8: „Der journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht sachlich zu berichten, wird in rund der Hälfte der Berichterstattungen nicht durchgehalten. Insbesondere die Art und Weise, wie über die Positionierung eines Politikers berichtet wird, ist oftmals wertend und beurteilend, bei Vertretern der Opposition mitunter auch „von oben herab". Zudem schreiben die Korrespondenten nicht selten in einer Diktion, die persönliche Nähe, auch Vertrautheit zur politischen Elite suggeriert (auktorialer Duktus)."

**Syrien-Konflikt**

Das schweizer Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda „Swiss Propaganda Research" veröffentlichte im Juni 2016 eine Fallstudie zur Berichterstattung in der Syrien-Krise von jeweils drei Leitmedien im Printbereich aus Deutschland (die Welt, die Süddeutsche Zeitung, F.A.Z.), Österreich (der Standard, der Kurier, die Presse) und der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung, Zürcher Tagesanzeiger, Basler Zeitung) im Zeitraum zwischen dem 01. und 15. Oktober 2015 (vgl. https://swprs.org/der-propaganda-multiplikator/). Der Fokus der Studie lag auf der Übernahme von Meldungen von den internationalen Nachrichtenagenturen Reuters, AFP und AP sowie nationalen Agenturen wie DPA. Insgesamt wurden 381 Artikel untersucht. Die Ergebnisse:

- 55 % Artikel waren reine Agenturmeldungen, 23 % waren Berichte, die auf Agenturmeldungen basierten, 9 % waren Hintergrundinformationen, 10 % Meinungen und Kommentare, 2 % Interviews und 0 % investigative Recherche.
- Die Auswertung der Kommentare und Interviews ergab: 82 % der Beiträge waren grundsätzlich USA/NATO-freundlich, 16 % ausgewogen und 2 % überwiegend USA/NATO-kritisch.
- Von denjenigen Artikeln, in denen Propaganda angesprochen wurde, bezichtigten 85 % Russland der Propaganda, 15 % waren neutral bzw. ausgewogen und 0 % sahen Propaganda auf der Seite von USA und NATO.

Ob in der Schule, im beruflichen Bereich oder unter Nationen: Wer die Ursachen, Motive und Antreiber eines Konflikts identifizieren will, der muss sich zumindest mit den Positionen aller Konfliktpartner auseinandersetzen. Wer nur auf eine Seite des Konflikts fokussiert, entfernt sich von der Wahrheit und wird unweigerlich zu einem Teil des Konflikts.

**Fazit**

Viele Bürger in Deutschland haben ein ungutes Gefühl hinsichtlich der steigenden globalen Durchschnittstemperatur, der immer häufiger auftretenden Weltwirtschaftskrisen, der steigenden Armut in den reichen Industrieländern, der internationalen Konflikte sowie der steigenden Rüstungsausgaben. Dass der Kapitalismus bzw. seine entgrenzte und deregulierte Form, der Neoliberalismus, eine große Rolle bei diesen existenzbedrohenden Problemen spielt und dass die USA sowie mittlerweile auch die NATO-Staaten die größten Kriegsverursacher und Treiber in den aktuellen internationalen Konflikten sind, kommt hingegen nur wenigen in den Sinn. Dafür sorgt eine vom Kapitalismus abhängige, von transatlantischen Netzwerken beeinflusste und die Sicht der Eliten begünstigende Berichterstattung fast des gesamten deutschen Medienmarkts. Mithilfe gezielter Manipulation und Desinformation der Medien über Selektion, Gewichtung der Informationen, Sprachwahl und Auswahl visueller Eindrücke (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Medienmanipulation, http://www.uni-kiel.de/psychologie/mausfeld/pubs/Mausfeld_Die_Angst_der_Machteliten_vor_dem_Volk.pdf) werden tatsächliche Hintergründe und Zusammenhänge bewusst verschleiert.

# North Atlantic Treaty Organization (NATO)

„Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, sagte der damalige Verteidigungsminister Peter Struck am 4. Dezember 2002 anlässlich einer Erläuterung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Mit solchen Worten wird medien- und damit öffentlichkeitswirksam dem Volk eines Landes, welches bereits die Vorbereitung eines Angriffskriegs im Grundgesetz unter Strafe stellt, eingeredet, dass ein solcher jetzt doch wieder irgendwie legitim sein soll.

*Angriffskrieg bezeichnet das militärische Eindringen eines Staates in fremdes Territorium, ohne dass der Angreifer (oder ein anderer, verbündeteter Staat) entweder von dem angegriffenen Staat vorher selbst angegriffen worden wäre, ein solcher Angriff unmittelbar bevorstünde oder der angegriffene Staat dem Angreifer den Krieg erklärt hätte oder Teile seines Territoriums besetzt hielte.* (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Angriffskrieg)

Die NATO ist allgemein bekannt als militärisches Verteidigungsbündnis zwischen den USA, Kanada und den westeuropäischen Staaten zur Abwehr eines potentiellen Angriffs durch die Sowjetunion. Nach dem Ende des Warschauer Paktes„verteidigt“ die NATO heute aus der Sicht des politischen und medialen westlichen Mainstreams die Sicherheit der westlichen Staaten direkt vor Ort in den Ländern, wo Terrorismus entsteht.

Weniger bekannt ist, dass der Nordatlantikvertrag „die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts“ sicherstellt (vgl. Präambel des Vertrages, http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche__Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html), und die unterzeichnenden Staaten sich verpflichten, „Konflikte in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen“ und „die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Vertragsstaaten [zu] fördern“ (vgl. Artikel 2, Nordatlantikvertrag). Die NATO ist demnach nicht nur eine Organisation, welche die Territorien der Partner sichert, sondern neben den Grundsätzen repräsentativer Demokratien auch das kapitalistische Rechts- und Wirtschaftssystem.

Nach dem Ende der Sowjetunion und dem Auflösen des Warschauer Paktes 1991 hatte die NATO eigentlich ihre Existenzbegründung verloren. Doch statt mit dem ehemaligen Ostblock gleichzuziehen, wurde 1992 beschlossen, dass zukünftig auch Einsätze der NATO außerhalb der Territorien der Mitgliedsstaaten möglich seien (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/NATO#Entwicklung_von_1991_bis_1999), und die NATO in der Folge kontinuierlich Richtung Osten erweitert. Seither ist das ehemalige Verteidigungsbündnis für drei völkerrechtswidrige Angriffskriege verantwortlich: 1999 gegen Serbien, 2001 gegen Afghanistan und 2011 gegen Libyen. Die Osterweiterung der NATO richtet sich zudem gegen mündliche Absprachen mit Russland im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Osterweiterung#Kontroverse_um_angebliche_Zusagen_an_Russland).

**Angriffskrieg der NATO gegen Serbien**

Angeblich zur Vermeidung eines neuen Holocausts auf dem Balkan bombardierte die NATO-Staaten vom 24. März bis zum Ende der Kriegshandlungen am 9. Juni 1999 die ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien aus der Luft. Die Folge: Tausende Tote und Verletzte sowie fast eine Million Flüchtlinge (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kosovokrieg). Da es für diesen Einsatz der NATO keine Resolution des UN-Sicherheitsrates gab, war der Krieg völkerrechtswidrig. Die Beteiligung der Bundeswehr war zudem verfassungswidrig und ein Verstoß gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Angriffskrieg#Rechtslage_in_Deutschland), der 1990 die deutsche Einheit ermöglichte. Als moralische Begründung für die Kriegsbeteiligung Deutschlands legten der damalige Außenminister Joschka Fischer und der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping der Öffentlichkeit den angeblichen Operationsplan Hufeisen des serbischen Militärs vor, der vorsah, die Kosovo-Albaner systematisch militärisch aus dem Kosovo zu vertreiben. Bis heute ist die tatsächliche Existenz dieses Plans nicht bewiesen, so dass man von einer Kriegslüge ausgehen muss (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Hufeisenplan).

**Angriffskrieg der NATO gegen Afghanistan**

Dem Bericht der 9/11-Kommission des US-Kongresses zufolge entführten am 11. September 2001 19 Attentäter bewaffnet mit Teppichmessern vier Verkehrsflugzeuge, um damit einen Anschlag auf das World-Trade-Center in New York und Regierungsgebäude in Washington auszuüben. Von diesen 19 Attentätern stammten 15 aus Saudi-Arabien und keiner aus Afghanistan. Es gibt bis heute keinen Beweis, dass die Regierung von Afghanistan diesen Anschlag autorisierte oder billigte. Es gibt noch nicht einmal eindeutige Beweise, dass Osama bin Laden verantwortlich dafür war (vgl. http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/08/27/AR2006082700687.html).

Am 12. September 2001, ein Tag nach dem Anschlag, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1368, in der er das naturgegebene Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung im Einklang mit der UN-Charta anerkannte (vgl. http://www.un.org/depts/german/sr/sr_01-02/sr1368.pdf). Damit spielt der Sicherheitsrat auf Kapitel VII, Artikel 51 der UN-Charta an, der lautet:

*Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.* (vgl. https://www.unric.org/html/german/pdf/charta.pdf)

Doch dieselbe Resolution 1368 wertet den Anschlag als einen terroristischen Anschlag und nicht als bewaffneten Angriff. Ein Terroranschlag (terrorist attack) ist definiert als ein kalkulierter Einsatz von Gewalt (oder der Androhung von Gewalt) gegen Zivilisten, um politische, religiöse oder ideologische Ziele zu erreichen (vgl. https://www.vocabulary.com/dictionary/terrorist%20attack). Ein bewaffneter Angriff (armed attack) wird hingegen definiert als ein völkerrechtliches Prinzip, welches nach grenzüberschreitendem Einsatz militärischer Gewalt oder dem Entsenden von

bewaffneten Gruppen über Grenzen hinaus zur Durchführung von bewaffneten Angriffen die Nutzung von kollektiver Selbstverteidigung rechtfertigt (vgl. https://www.quimbee.com/keyterms/armed-attack).

Am 28. September 2001 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1373, in der das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung im Einklang mit der UN-Charta bestätigt wurde (vgl. http://www.un.org/depts/german/sr/sr_01-02/sr1373.pdf). Anders als die vorhergehende Resolution zu dem Terroranschlag wurden jedoch konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Terroranschlägen benannt:

- Vermeidung, Unterdrückung und Kriminalisierung der Finanzierung von Terrorismus
- Vermeidung der zukünftigen Unterstützung von Terroranschlägen
- Weltweite Kooperation und Informationsaustausch zur Vermeidung von Terroranschlägen

In beiden Resolutionen wurde nicht mit einer Silbe ein Angriff auf Afghanistan benannt, geschweige denn legitimiert.

Der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, bezeichnete die Anschläge zunächst als „acts of terror“ und „terrorist attacks“ (vgl. https://www.youtube.com/watch?v=XbqCquDl4k4). Am 20. September 2001 nannte er sie dann „acts of war“, verglich sie mit dem Angriff auf Pearl Harbor 1941, machte Osama bin Laden verantwortlich, forderte Afghanistan auf, sämtliche Taliban-Anführer auszuliefern, und erklärte den „War on Terror“, der bis heute andauert (vgl. https://www.youtube.com/watch?v=_CSPbzitPL8). Quasi über Nacht wurde aus einem Terroranschlag in einem Akt beispielloser Rechtsbeugung und Wahrheitsverdrehung sowie ohne Vorlage irgendeines Beweises ein bewaffneter Angriff der afghanischen Regierung auf die USA konstruiert. Die stehenden Ovationen der Abgeordneten in der Kongresssitzung stellen eine hervorragende Dokumentation der Vorbereitung eines Kriegsverbrechens dar, an dem sich Deutschland beteiligt hat.

Am 2. Oktober 2001 sah der NATO-Rat die Attentäter als Angehörige der Terrororganisation al-Qaida an, welche von den Taliban in Afghanistan unterstützt wurden, und erklärte den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages. Am 7. Oktober 2001 begann die NATO-Operation „Enduring Freedom“, ein Angriffskrieg mit Zielen u.a. in Afghanistan (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Enduring_Freedom).

Auch wenn der politische und mediale Mainstream im Westen sowie einige Wikipedia-Artikel dies immer wieder andeuten, gab es aus juristischer Sicht keine völkerrechtliche Deckung durch den UN-Sicherheitsrat für einen Angriffskrieg der NATO auf Afghanistan. Auch in nachfolgenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates wurde der Krieg nicht legitimiert. In den beiden Resolutionen 1368 und 1373, welche den Terroranschlag am 11. September 2001 betreffen, wird lediglich das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung gemäß UN-Charta, Kapitel VII Artikel 51 bestätigt. Diese Aussage hat jedoch den Wert wie „Tagsüber scheint die Sonne“, denn das Recht auf Selbstverteidigung gilt auch ohne UN-Resolution. Eine derartige Reaktion setzt jedoch einen kriegerischen Akt Afghanistans voraus. Selbst dem gesunden Menschenverstand fällt es schwer, von einem Anschlag, ausgeübt von 19 mit Teppichmessern ausgerüsteten Nicht-Afghanen, auf einen

kriegerischen Akt Afghanistans zu schließen, auch wenn die Folgen des Attentats verheerend waren. Tatsächlich ist eine (Mit-)Verantwortung Saudi-Arabiens viel naheliegender, da nicht nur 15 der Attentäter Saudi-Araber waren, sondern auch deren vermeintlicher Anführer aus jenem Land stammt. Die Klagen, die mittlerweile von US-amerikanischen Versicherungsunternehmen gegen den saudi-arabischen Staat eingereicht wurden, bestärken diesen Verdacht (vgl. https://www.heise.de/tp/features/US-Versicherungen-verklagen-Saudi-Arabien-auf-sechs-Milliarden-Dollar-Entschaedigung-fuer-9–11-3665312.html, https://www.heise.de/tp/features/Zivilklage-gegen-Saudi-Arabien-Neue-Vorwuerfe-wegen-Unterstuetzung-der-9–11-Anschlaege-3826168.html). Da bis heute jeglicher Beweis fehlt, dass der Anschlag von der afghanischen Regierung ausgegangen ist, muss man von einer Kriegslüge der US-Regierung unter George W. Bush und der NATO ausgehen.

Die Zahl der getöteten Zivilisten in dieser kriegerischen Auseinandersetzung schwankt erheblich. Die Organisation Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs schätzte 2012 die Anzahl ziviler Todesopfer auf mindestens 43.000 (vgl. https://www.ippnw.de/frieden/konfliktregionen/afghanistan/artikel/de/body-count-opferzahlen-nach-10-ja.html). Seither sterben jährlich zwischen 3.000 und 3.500 Menschen an den Folgen von Kriegshandlungen (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75326/umfrage/getoetete-zivilisten-in-afghanistan-seit-2007/).

**Angriffskrieg der NATO gegen Libyen**

Am 17. Februar 2011 brach in Libyen ein Bürgerkrieg aus, in dem sich Teile der Führung und der Streitkräfte des Landes der Opposition anschlossen. Am 17. März 2011 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1973, in der die Mitgliedstaaten der UNO ermächtigt werden, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um von Angriffen bedrohte Zivilisten unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen zu schützen (vgl. http://www.un.org/depts/german/sr/sr_10-11/sr1973.pdf). Deutschland enthielt sich ebenso wie Russland, Brasilien, China und Indien bei der Abstimmung und nahm offiziell nicht an der Bombardierung Libyens teil. Bundeswehroffiziere übernahmen jedoch Aufgaben bei der Überwachung einer Flugverbotszone.

Andere NATO-Staaten wie die USA, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Dänemark, Norwegen, Italien, Kanada, Niederlande und Belgien bombardierten ab dem 19. März 2011 Stellungen der libyschen Armee und unterstützten damit offen die Aufständischen im Kampf gegen die Regierungstruppen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Milit%C3%A4reinsatz_in_Libyen_2011#Ablauf_der_milit%C3%A4rischen_Intervention). Die Unterstützung durch die NATO führte zum Tod des ehemaligen libyschen Machthabers Gaddafi am 20. Oktober 2011. Am 31. Oktober 2011 wurde der Einsatz offiziell beendet.

Rechtsexperten wie Reinhard Merkel, Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg, halten nicht nur die einseitige Unterstützung der Aufständischen durch die NATO für völkerrechtswidrig, weil sie nicht durch die Resolution 1973 gedeckt ist, sondern die Resolution selbst (vgl. http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/voelkerrecht-contra-buergerkrieg-die-militaerintervention-gegen-gaddafi-ist-illegitim-1613317.html). Da die libysche Regierung keinen

Völkermord begangen habe, rechtfertigt das Völkerrecht keine gewaltsame Parteinahme zur Entscheidung eines Bürgerkrieges.

Die Opferzahlen des Krieges schwanken zwischen 10.000 und 50.000 zuzüglich weiterer 40.000 Vermisste. Libyen ist heute ein gespaltenes Land. Teile werden von Al-Qaida und dem Islamischen Staat kontrolliert. Mehrere Hunderttausend Migranten aus anderen afrikanischen Staaten halten sich in dem Land auf und sind den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt wie Mord, Vergewaltigungen und Sklaverei. Oftmals werden sie in Konzentrationslager ähnlichen Lagern gefangen gehalten (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Libyen).

**Die NATO ist ein Angriffsbündnis**

Aufgrund des Einsatzes von NATO-Streitkräften außerhalb des Territoriums der Bündnisstaaten sowie der faktischen Durchführung von Angriffskriegen kann man die NATO nicht mehr als Verteidigungsbündnis bezeichnen, sondern als Bündnis für die aggressive Durchsetzung geostrategischer Ziele der USA und Europa. Die Bevölkerung im Westen wird durch Politik und Medien bewusst in die Irre geführt, indem die Beseitigung des Terrors in seinen Herkunftsländern und damit die Sicherung vor Anschlägen als Grund für die Angriffskriege genannt werden. Tatsächlich sind es jedoch die verdeckten Operationen westlicher Geheimdienste sowie die Angriffskriege durch die NATO und einer Koalition der Willigen unter der Führung der USA selbst, die den Terror erst entfachen (vgl. https://www.heise.de/tp/features/Hat-der-Globale-Krieg-gegen-den-Terror-den-Terrorismus-reduziert-3276705.html).

# Internationale Kriege und Konflikte

Nach dem Ende des Kalten Krieges werden Angriffs- und Stellvertreterkriege nicht mehr zur Eindämmung der Ausbreitung des Kommunismus geführt, sondern zur Bekämpfung des Terrorismus. Dieses Narrativ wird den Menschen allabendlich in Nachrichtenformaten und politischen Talkshow-Sendungen von ARD und ZDF sowie in sämtlichen führenden Printmedien und privaten Fernsehsendern vorgebetet. Das Narrativ lautet sinngemäß ungefähr so: „Obwohl die NATO das größte und schlagkräftigste Militärbündnis der Welt ist, wollen religiöse islamistische Fanatiker unsere gesellschaftliche Ordnung unterlaufen und führen deshalb terroristische Attentate sowohl bei uns als auch in ihren Heimatländern durch, um letztendlich einen weltweiten Gottesstaat zu etablieren. Ihre Ideologie ist eine anachronistische, mittelalterliche Interpretation ihrer Religion, die in keiner Weise mit unserer modernen, aufgeklärten und freiheitlichen westlichen Lebensform im Einklang steht. Das gibt uns das quasi natürliche Recht, uns zu wehren und die Gefahr auch an ihrem Ursprung zu bekämpfen.“

Diese inhaltliche Klammer, die von den westlichen Mainstream-Medien um die internationalen Kriege und Konflikte seit Beginn des 21. Jahrhunderts gesetzt wird, sorgt dafür, dass sich ein Großteil unserer Bevölkerung kaum noch genauer über die tatsächlichen Gründe für die Kriege und deren Legitimität informiert. Macht man dies nämlich, stellt man Erschreckendes über den Zustand der westlichen Regierungen und deren Rechtsauffassung fest. Die Invasion des Iraks 2003, welche maßgeblich von den Regierungen der USA und Großbritanniens zu verantworten war, ist unbestritten ein Kriegsverbrechen. Es handelte sich um einen Angriffskrieg, der nicht durch den UN-Sicherheitsrat legitimiert war und daher einen Bruch des Völkerrechts darstellt. Die Gründe für den Krieg, welche der internationalen Öffentlichkeit von der US-Regierung präsentiert wurden, haben sich hinterher allesamt als gefälscht erwiesen. Der Irak verfügte nicht über Massenvernichtungswaffen und stand nicht in irgendeiner Form in Verbindung mit dem internationalen Terrornetzwerk Al Qaida. Tatsächlich wussten zumindest die Geheimdienste der USA und Großbritanniens dies bereits schon vor dem Krieg (vgl. ZDF-Dokumentation „Es begann mit einer Lüge“ — https://www.youtube.com/watch?v=x7DH1rWXYoY). Zu diesem Schluss kommt auch der Abschlussbericht einer Untersuchungskommission der britischen Regierung, der zwischen 2009 und 2016 die Rolle des Landes im Irakkrieg und die öffentliche Begründung für den Kriegseintritt analysiert hat (vgl. Chilcot-Bericht – https://de.wikipedia.org/wiki/Chilcot-Bericht). Man muss bei der Planung und Durchführung des Irakkrieges also logisch zwingend von einer Verschwörung ausgehen.

Eine Verschwörung ist die Planung und Durchführung eines Verbrechens von mindestens zwei Personen. Verschwörungen zur Durchsetzung politischer Interessen hat es von Anbeginn der Menschheitsgeschichte gegeben und gelten als anthropologische Konstante (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Verschw%C3%B6rung). In diesem Fall haben verantwortliche Personen an höchster Stelle bewusst ein Kriegsverbrechen mit hunderttausenden irakischen zivilen Opfern geplant und durchgeführt. Dies ist ein unbestreitbarer Fakt. Die einzige offene Frage ist lediglich, wer genau verantwortlich ist. Die damals zuständigen Politiker wie George W. Bush, Dick

Cheney, Donald Rumsfeld und Tony Blair behaupten, sie seien von ihren Geheimdiensten falsch informiert worden, obwohl sie deren äußerst fragwürdigen Thesen in der Öffentlichkeit wie unumstößliche Fakten dargestellt haben. Die Geheimdienste behaupten wiederum, ihre Erkenntnisse seien von den jeweiligen Regierungen in den USA und Großbritannien aufgebauscht worden (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Begr%C3%Bcndung_des_Irakkriegs). Wie dem auch sei, obwohl der mögliche Täterkreis sehr klein ist, bleibt eine rechtliche Aufklärung des Kriegsverbrechens auch unter nachfolgenden Regierungen aus. Keine einzige Person wurde weder auf der Seite der Politik noch auf der Seite der Geheimdienste für den Massenmord an irakischen Zivilisten zur Verantwortung gezogen, und das, obwohl die Akteure unter strenger Aufsicht der obersten demokratischen Gremien stehen. Dies wiederum deutet darauf hin, wie effektiv und wie weitreichend die Verschwörung ist und wie wenig wir derzeit generell sämtlichen Regierungen der USA und Großbritanniens trauen können.

Doch auch bei dem Angriff auf Afghanistan 2001 handelte es sich um ein Kriegsverbrechen, da eine Legitimierung des UN-Sicherheitsrates fehlte und die Kriegsgründe keiner rechtlichen Überprüfung standhalten. Das war auch den Entscheidungsträgern sämtlicher NATO-Staaten inklusive Deutschland, die sich an dem Angriffskrieg beteiligten, zum damaligen Zeitpunkt bekannt. Das Ausmaß und die Effizienz der Verschwörung muss demnach noch viel größer sein. Faktisch haben alle politischen Verantwortlichen der westlichen Welt beschlossen, ein Kriegsverbrechen mit zehntausenden afghanischen zivilen Opfern zu begehen und ihre jeweiligen Bevölkerungen darüber zu täuschen.

Wer jetzt glaubt, das Maximum der möglichen kriminellen Machenschaften des Kerns der Verschwörung, welcher entweder bei den Verantwortlichen der US-Regierung, der US-Geheimdienste oder bei beiden zu verorten ist, sowie deren Reichweite vollständig erfasst zu haben, der hat sich noch nicht näher mit den Hintergründen und den Abläufen der Anschläge des 11. Septembers 2001 in New York und Washington befasst. Zugegeben fällt dieser Schritt auch sehr schwer, denn hier wurde der Öffentlichkeit von der US-Regierung mit Unterstützung der westlichen Mainstream-Medien ein Denk- und Informationsverbot auferlegt, das sinngemäß ungefähr so lautet: „Wer sich ernsthaft kritisch mit den Ereignissen rund um die Anschläge vom 11. September 2001 beschäftigt, ist ein paranoider, generell nicht vertrauenswürdiger und an geistiger Gesundheit mangelnder Mensch, denn an der offiziellen Version der US-Regierung gibt es keinen einzigen Zweifel. Jeder hat doch gesehen, wie die Flugzeuge in das World Trade Center geflogen sind.“

Ich stelle die Frage einmal anders herum: Was ist eigentlich so verwerflich daran, sich näher mit einem der größten Verbrechen des 21. Jahrhunderts zu beschäftigen, das seit mehr als einem Jahrzehnt zu weltweiten Kriegen mit mehr als einer Millionen Opfer geführt hat? Was macht eine US-Regierung, die bereits einen Monat nach den Anschlägen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Afghanistan durchgeführt hat, so vertrauenswürdig? Wenn tatsächlich an der offiziellen Version der Anschläge keine Zweifel bestehen, warum muss man dann seine Reputation als leutseliger Mensch aufs Spiel setzen, wenn man sich kritisch damit auseinandersetzen will?

9/11 ist der zentrale Dreh- und Angelpunkt des Krieges gegen den Terror. Zwei Angriffskriege einer internationalen Gemeinschaft mit dauerhafter Besetzung der Länder sowie zahlreiche weitere

Militäreinsätze und Einschränkungen persönlicher Freiheiten in den westlichen Ländern wurden damit öffentlich begründet. In einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft sollte über dieses Ereignis daher so offen, transparent und kritisch berichtet und diskutiert werden wie zum Beispiel über die Einführung des Videobeweises bei Fußballspielen. Stattdessen müssen ganze Staaten damit rechnen, zur Zielscheibe US-amerikanischer Wirtschaftssanktionen oder gar Militäraktionen zu werden, wenn sie der offiziellen Auslegung von 9/11 und deren Konsequenzen nicht willenlos folgen, wie die Drohung George W. Bushs unzweifelhaft klarmacht: „Either you are with us, or you are with the terrorists." (vgl. https://www.youtube.com/watch?v=-qdvm6h8WKg).

Ich kann mir keinen vernunftbegabten Menschen vorstellen, der sich unvoreingenommen und ernsthaft mit den Analysen und Untersuchungen von Expertenorganisationen wie Architects & Engineers for 9/11 Truth und Pilots for 9/11 Truth (vgl. https://www.ae911truth.org/, http://pilotsfor911truth.org/) sowie der multimedialen Zusammenfassung des Filmemachers Massimo Mazzucco „The New Pearl Harbor" (vgl. https://www.youtube.com/watch?v=fPJ9IKmU4wc) auseinandersetzt und danach noch immer vollkommen davon überzeugt ist, dass es keine Zweifel an dem offiziellen Abschlussbericht der 9/11-Kommission gibt. Im Gegenteil, erst wer in der Lage ist, den gesamten Krieg gegen den Terror als eine gigantische Kriegslüge zu erfassen und sich von den emotional stark beladenen Bildern des Anschlags inklusive hochkommender Angst- und Rachegefühle zu befreien, kann sich unvoreingenommen mit alternativen und rational viel plausibleren Begründungen für die Angriffs- und Stellvertreterkriege in Europa und Asien beschäftigen.

**Kriegsgrund Öl und Gas**

Die USA verbrauchen weltweit mit einem Anteil von 19,5 % am Weltgesamtverbrauch das meiste Erdöl, obwohl sie nur 4,4 % der Weltbevölkerung stellen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l/Tabellen_und_Grafiken#Verbrauch_nach_L%C3%A4ndern). Mit 5,81 Tonnen Öläquivalent pro Kopf und Jahr hat die Region Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko) den höchsten relativen Primärenergieverbrauch auf der Welt (vgl. http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52758/verbrauch-pro-kopf). Die USA haben 2017 absolut 2.234,8 Millionen Tonnen Öläquivalent an Primärenergie verbraucht. Den höchsten Anteil an diesem Verbrauch hat das Erdöl (40,87 %), gefolgt von Erdgas (28,45 %), Kohle (14,86 %) und Kernenergie (8,58 %). Wasserkraft und erneuerbare Energien machen gerade einmal 7,24 % aus. Die Steigerung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und Wasserkraft zwischen 2014 und 2017 in den USA lag bei 35,8 Mio. t Öläquivalent. Mittelfristig kann man also nicht davon ausgehen, dass die fossilen Energieträger an Bedeutung verlieren werden. Im Gegenteil, denn die Steigerung des Erdölverbrauchs zwischen 2014 und 2017 in den USA lag bei 75,2 Mio. t (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/42383/umfrage/usa—primaerenergieverbrauch-ausgewaehlter-brennstoffe-in-millionen-tonnen-oelaequivalent/).

Die drei mit Abstand größten Erdölförderländer der Welt sind Saudi-Arabien (585,7 Mio. t pro Jahr), Russland (554,3 Mio. t pro Jahr) und die USA (543,0 Mio. t pro Jahr). Es folgen die Länder Irak (218,9 Mio. t pro Jahr), Kanada (218,2 Mio. t pro Jahr) und Iran (216,4 Mio. t pro Jahr). Venezuela, in dem die größten Erdölreserven vermutet werden, liegt mit 124,1 Mio. t pro Jahr nur

auf Platz 11 (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l/Tabellen_und_Grafiken#Nach_L%C3%A4ndern). Allein aus diesen Zahlen kann man bereits erkennen, dass die USA bereits jetzt mehr als ein Drittel ihres Erdölbedarfs importieren müssen. Doch beim Erdöl sind nicht nur die Fördermengen ein wichtiger Faktor, sondern auch die Förderkosten und Reserven.

Die Länder mit den günstigsten Produktionskosten pro Fass Öl sind Saudi-Arabien (8,98 $), Iran (9,08 $) und Irak (10,57 $). Die Kosten in Russland (19,21 $), den USA (20,99 $ bzw. 23,35 $ für Fracking-Öl) und Kanada (26,64 $) sind bereits z.T. mehr als doppelt so hoch. In Venezuela liegen die Kosten für die Produktion von einem Fass Öl, nicht zuletzt wegen verstaatlichter Förderunternehmen und einem hohen Anteil an Steuern, mit 27,62 $ bereits dreimal so hoch wie in Saudi-Arabien (vgl. http://graphics.wsj.com/oil-barrel-breakdown/). Die Länder mit den größten Erdölreserven sind Venezuela (47.000 Mio. t), Saudi-Arabien (36.600 Mio. t), Kanada (27.600 Mio. t), Iran (21.800 Mio. t), Irak (20.600 Mio. t) und Russland (15.000 Mio. t). Die USA verfügen nur noch über 5.800 Mio. t an Erdölreserven (Stand 2016), welche mit einer Förderrate von aktuell 543 Mio. t pro Jahr spätestens 2027 aufgebraucht sein werden (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l/Tabellen_und_Grafiken#Reserven_nach_L%C3%A4ndern).

Ähnlich sieht es beim Erdgas, dem zweitwichtigsten Energieträger der USA, aus. Die bei weitem größten Erdgasförderländer sind die Vereinigten Staaten (734,5 Mill. Kubikmeter pro Jahr) und Russland (635,6 Mill. Kubikmeter pro Jahr), gefolgt vom Iran (223,9 Mill. Kubikmeter pro Jahr) und Kanada (176,3 Mill. Kubikmeter pro Jahr) (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Erdgas/Tabellen_und_Grafiken#Nach_L%C3%A4ndern). Die USA sind mit 778,6 Mill. Kubikmeter pro Jahr zugleich auch die größten Erdgasverbraucher der Welt, gefolgt von Russland (437,9 Mill. Kubikmeter pro Jahr), China (204,0 Mill. Kubikmeter pro Jahr) und Iran (200,8 Mill. Kubikmeter pro Jahr) (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Erdgas/Tabellen_und_Grafiken#Verbrauch_nach_L%C3%A4ndern). Die größten Erdgasreserven befinden sich in Russland (47.777 Mill. Kubikmeter), im Iran (33.721 Mill. Kubikmeter) und in Katar (24.073 Mill. Kubikmeter). Die USA verfügen lediglich noch über Reserven von 8.714 Mill. Kubikmeter (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Erdgas/Tabellen_und_Grafiken#Reserven_nach_L%C3%A4ndern). Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, dass die USA nicht nur ihre gesamte Erdgasförderung selber verbrauchen, sondern bei der derzeitigen Förderrate ihre Reserven spätestens 2028 aufgebraucht haben werden.

Die USA, ein Land, dessen Energieversorgung zu fast 70 % vom Erdöl und Erdgas abhängt und dessen Erdgasreserven sowie dessen teuer zu fördernden Erdölreserven in weniger als einer Dekade vollkommen erschöpft sein werden, greifen im Jahr 2003 den Irak an, ein Land, dessen Erdölreserven fast vier Mal höher liegen und um die Hälfte günstiger zu fördern sind; und die Konsumenten von westlichen Mainstream-Medien sollen glauben, es gehe dabei um die Befreiung des irakischen Volkes von einem bösen Diktator, der zuvor von den USA auch noch mit Waffen und Geld unterstützt wurde? Kann dieses Narrativ vor dem Hintergrund der harten ökonomischen Fakten und der immensen Kriegskosten auch nur halbwegs glaubhaft sein? Wären Leit- und Mainstream-Medien tatsächlich die vierte Gewalt in unseren Demokratien, würde jedes Kind die ökonomischen Fakten hinter den Kriegen der USA kennen. Stattdessen demonstrieren erwachsene

Menschen seit Jahren in deutschen Großstädten gegen den Untergang des Abendlandes, weil sie den seltsamen Narrativen des Mainstreams glauben.

Aus den harten Zahlen kann man noch mehr herauslesen als eine plausible Erklärung der vergangenen Kriege. Auch das derzeitige Säbelrasseln der USA gegenüber vereinzelten Staaten sowie zukünftige Regime-Changes und Angriffskriege werden damit erklärbar bzw. vorhersehbar. Die Regierungen der Länder Iran und Venezuela werden seit Jahrzehnten, im Falle Irans bereits seit einem Jahrhundert, vom Westen manipuliert, diskreditiert, isoliert und sanktioniert. Kommt es in den nächsten Jahren aufgrund des Druckes der USA in diesen beiden Ländern nicht zu einem Regime-Change, ist ein Angriffskrieg und eine Besetzung dieser Länder äußerst wahrscheinlich. Im Falle Venezuelas wurde ein Einmarsch von der US-Regierung unter Donald Trump bereits ernsthaft erwogen.

**Kriegsgrund geostrategische Ziele**

Länder wie Serbien, Syrien und die Ukraine verfügen über nur geringe Bodenschätze, waren und sind jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten Schauplätze von Angriffs- und Stellvertreterkriegen. Diese Länder haben die Gemeinsamkeit, dass sie zu den Einflussgebieten Russlands gehören.

Neben der Energieversorgung ist das wichtigste Ziel einer Supermacht, eine weitere Supermacht neben sich zu verhindern oder einzudämmen. Wie bereits für das britische Empire wäre eine Supermacht auf dem eurasischen Kontinent mit der größten zusammenhängenden Landmasse, den größten Reserven an fossilen Energien und sonstiger Bodenschätze sowie den meisten Bewohnern für die USA fatal. Das wichtigste außenpolitische Ziel der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg war daher die Eindämmung des Einflussgebietes Russlands und Chinas (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Geopolitik#Angloamerikanische_Geopolitik). Die Stellvertreterkriege in China (1945–1949), Korea (1950–1953), Vietnam (1964–1975) und in Afghanistan (1979–1989) sowie der Jom-Kippur-Krieg (1973) erfahren mit dieser Erklärung eine plausible historische Einordnung. Die Verteufelung und Bekämpfung des Kommunismus musste zu diesen Zeiten genauso als Kriegslüge für die geostrategischen Ziele der USA hinhalten wie heute der islamistische Terrorismus.

Der Krieg gegen Serbien (1999) sowie die Stellvertreterkriege in Syrien (seit 2011) und in der Ukraine (seit 2014) sind nur eine Fortführung der Verfolgung geostrategischer Ziele der USA auf dem eurasischen Kontinent. Serbien und die Ukraine sind russophile Länder, die kulturell bzw. von der Abstammung großer Teile der Bevölkerung her eng mit Russland verbunden sind (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Russophilie). In Sewastopol auf der ukrainischen Halbinsel Krim befindet sich der Heimathafen und Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Schwarzmeerflotte). Die Beziehungen zwischen Syrien und Russland reichen zurück bis in die Zeit der Gründung Israels. In Syrien existiert eine kleine russische Marinebasis, die zur Betankung und Versorgung der russischen Schwarzmeerflotte im Mittelmeer dient (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Marinebasis_Tartus#Russische_Marinebasis).

Im westlichen Mainstream wird das russische Engagement in Syrien und der Ukraine als neue außenpolitische Offensive Russlands dargestellt. Historisch betrachtet bedeuten die NATO-

Osterweiterung, die völkerrechtswidrigen Waffenlieferungen an Assad-Gegner in Syrien durch die USA und weitere NATO-Staaten sowie die Unterstützung des Putsches in der Ukraine durch die USA und die EU jedoch eine Zurückdrängung russischen Einflusses auf dem eurasischen Kontinent, also das genaue Gegenteil. Russland befindet sich derzeit in der Defensive seiner Einflussgebiete.

Da die USA bestrebt sind, weiterhin die Rolle der einzig verbleibenden Supermacht auf dem Planeten einzunehmen und diese auch noch auszubauen, wird sich auch an deren geostrategischen Zielen wenig ändern. Sie werden weiterhin versuchen, die Einflussgebiete von potentiellen Supermächten wie Russland, China und die Europäische Union zu schmälern bzw. klein zu halten sowie eine Allianz unter diesen zu verhindern. Die europäischen Staaten sind fast ausnahmslos über die NATO, weitreichende Handelsabkommen, intensive wirtschaftliche Verflechtungen sowie Lobbyorganisationen, die bis in die Führungsetagen der Politik und von Medien- und Industrieunternehmen reichen, eng an die USA gebunden. Mit Russland und China sind hingegen weitere Stellvertreterkriege zu erwarten, zum Beispiel im Iran, in Nordkorea oder auf dem afrikanischen Kontinent.

# Islamistischer Terrorismus

Der islamistische Terrorismus ist die Begründung des Krieges gegen den Terror, welcher von George W. Bush nach dem 11. September 2001 ausgerufen wurde und zwei Angriffskriege gegen Afghanistan und den Irak mit hunderttausenden zivilen Opfern, langjähriger Besetzung dieser Länder sowie etliche Militär- und Geheimdienstaktionen in weiteren Ländern zur Folge hatte. Der Begriff ist damit zutiefst ideologisch besetzt sowie Teil der US-amerikanischen Kriegspropaganda, und es ist beinahe unmöglich, eine Erklärung für diesen Terminus zu finden, der nicht von dieser Propaganda durchtränkt ist. Stets wird dabei einseitig auf die Religion als Ursprung des Terrors sowie auf dessen Opfer fokussiert. Selbst Wikipedia-Artikel können von der Einseitigkeit vollkommen befangen sein (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Islamistischer_Terrorismus). Die Folgen einer unkritischen Übernahme der Propaganda können mitunter seltsame Blüten treiben, wie Demonstrationen besorgter Bürger in den neuen Bundesländern zeigen, die bereits den Untergang des Abendlandes befürchten.

Will man sich dem Phänomen Terror auf eine neutrale Weise nähern, empfiehlt sich eine Auseinandersetzung mit asymmetrischer Kriegsführung, die es im Laufe der Geschichte zuhauf gegeben hat. Auszug aus Wikipedia:

*Ein asymmetrischer Krieg ist eine militärische Auseinandersetzung zwischen Parteien, die waffentechnisch, organisatorisch und strategisch stark unterschiedlich ausgerichtet sind. Weil sich die asymmetrische Kriegführung vom gewohnten Bild des Krieges unterscheidet, wird auch die Bezeichnung asymmetrischer Konflikt verwendet.*

*Typischerweise ist eine der beteiligten Kriegsparteien waffentechnisch und zahlenmäßig so überlegen, dass die andere Kriegspartei militärisch in offen geführten Gefechten nicht gewinnen kann. Langfristig können jedoch nadelstichartige Verluste und Zermürbung durch wiederholte kleinere Angriffe zum Rückzug der überlegenen Partei führen, bedingt auch durch die Überdehnung von deren Kräften. In den meisten Fällen agiert dabei die militärisch überlegene Partei, meist reguläres Militär eines Staates, auf dem Territorium eines anderen Landes und kämpft gegen eine militante Widerstands- bzw. Untergrundbewegung, die sich aus der lokalen Bevölkerung gebildet hat. Die vermeintlich überlegene Kriegspartei ist daher mit dem Einsatzraum und seiner Bevölkerung nicht vertraut. Sie wird im weiträumigen Einsatzgebiet ihre Kräfte immer nur punktuell ansetzen können. Zudem gerät sie ideologisch oft in eine unterlegene Position und kann auch aus diesem Grund den Kampf nicht gewinnen. Die scheinbar unterlegene Seite hingegen rekrutiert sich zumeist aus der regionalen Bevölkerung immer wieder neu.*

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Asymmetrische_Kriegf%C3%Bchrung)

Im selben Wikipedia-Artikel findet man unter „Terrorismus als Strategie der asymmetrischen Kriegführung“:

*Während die Taktiken des paramilitärischen Kampfes, also das Vorgehen von Partisanenverbänden oder ähnlichem, in erster Linie darauf abzielen, den militärisch überlegenen Gegner mit der Strategie der „Nadelstiche“ kontinuierlich zu schwächen, zu provozieren oder zu demoralisieren,*

*tritt der Terrorismus als offensive Strategie im Rahmen der asymmetrischen Kriegführung auf. Terroristen ist es möglich, anders als Partisanen- bzw. Guerillaeinheiten unabhängig zu operieren und somit den Krieg in andere Regionen – ja sogar in das entfernte Heimatland des Feindes – hinauszutragen. Die Durchführung erschreckender Anschläge mit möglichst hoher medialer Resonanz soll die Bevölkerung verunsichern und so den politischen Rückhalt der kriegführenden Regierung erschüttern. Durch die direkten Angriffe auf das Zentrum des Feindes wollen Terroristen den Durchhaltewillen der Bevölkerung brechen, die hinter der Streitkraft des überlegenen Gegners steht. Somit findet in dieser Form des Krieges nicht nur eine Asymmetrisierung der Kräfte und Taktiken, sondern auch der Schauplätze und Schlachtfelder statt.*

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Asymmetrische_Kriegf%C3%BChrung#Terrorismus_als_Strategie_der_asymmetrischen_Kriegf%C3%BChrung)

Als Beispiele für asymmetrische Konflikte werden unter anderem genannt:

- die Varusschlacht, in welcher der germanische Anführer Arminius 9 n. Chr. drei Legionen der römischen Armee besiegte und für ein Ende der Besatzung Germaniens durch Rom sorgte,
- die spanische Guerilla, die sich gegen die napoleonische Besatzung zur Wehr setzte,
- die sowjetischen Partisanen und die Résistance in Frankreich, die gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg kämpften,
- der Algerische Unabhängigkeitskrieg,
- der russische Afghanistankrieg 1979–1989,
- der US-amerikanische Krieg in Afghanistan seit 2001,
- der US-amerikanische Krieg im Irak 2003.

Bei Konflikten, die länger in der Geschichte zurückliegen, tendieren wir dazu, die Dinge objektiver zu betrachten als bei aktuellen Auseinandersetzungen. Kein Italiener würde heute auf die Idee kommen, die Germanen unter Arminius als Terroristen zu bezeichnen. Im deutschen Nationalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Arminius sogar zum Helden deklariert und ihm ein Denkmal gewidmet (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Hermannsdenkmal). Kein Deutscher würde die französische Résistance heute eine Terrororganisation nennen. Obwohl sie während der Besatzung Frankreichs Anschläge auf deutsche Staatsbürger verübten, halten selbst Deutsche deren Mitglieder heute für Freiheitskämpfer, die Sabotageakte durchgeführt haben, um für eine gerechte Sache zu kämpfen. Selbst die afghanischen Mudschaheddin (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Mudschahed), welche sich in einem asymmetrischen Krieg gegen die russische Besatzung ihres Landes zur Wehr setzten, wurden im amerikanischen Kino gefeiert (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Rambo_III) und vom damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan im Weißen Haus empfangen.

2/2/1983 President Reagan meeting with Afghan Freedom Fighters in the Oval Office to discuss Soviet atrocities in Afghanistan — Image by Michael Evans, see stamp and name on roll #C12820 — THE PRESIDENT AT WORK/SIGNIFICANT EVENTS (file: c12820-32.jpg) https://www.reaganlibrary.gov/sites/default/files/archives/audiovisual/whphoto1983.pdf Roll #C12820 frame 32 (circled on the film) contact sheet by clicking on the blue link http://www.corbisimages.com/stock-photo/rights-managed/U2105236/ronald-reagan-meeting-with-afghans, Public Domain, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=18880783

Weniger bekannt ist, dass die CIA die sowjetische Besatzung Afghanistans absichtlich provoziert hat, um die Russen in ihr eigenes „Vietnam“ zu locken, und dass sowohl die USA als auch Saudi-Arabien die Mudschaheddin mit jeweils bis zu sechs Milliarden Dollar sowie Waffenlieferungen unterstützt haben (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Cyclone). Ohne diese Maßnahmen gäbe es die Taliban heute wahrscheinlich nicht.

Es kommt also ganz darauf an, aus welcher Perspektive man einen Konflikt betrachtet, ob es sich bei Menschen, die sich gegen die Besatzung ihres Landes zur Wehr setzen, um „Freiheitskämpfer“, „Widerstandskämpfer“ oder „Rebellen“ handelt, die „Sabotageakte“ durchführen, um für eine „gute Sache“ zu kämpfen. Oder ob diese „verbrecherische Terroristen“ sind, die „heimtückische Attentate“ ausüben, um irgendwelche weltfremden Ziele zu verfolgen wie die Errichtung eines weltweiten Gottesstaates.

Was nämlich noch für die Mudschaheddin galt, gilt nicht mehr für die Taliban, welche nach dem Ende der sowjetischen Besatzung mit Unterstützung Pakistans und Saudi-Arabiens den größten Teil

der Macht in dem Land in einem Bürgerkrieg übernahmen und nach dem Vorbild Saudi-Arabiens die Scharia als Rechtsgrundlage einführten. Sie beherbergten Kämpfer von al-Qaida und deren Anführer Osama bin Laden, die bereits gegen die sowjetische Besatzung tätig waren und die in der Folge Anschläge gegen die militärische Einmischung der USA in muslimischen Staaten ausübten. Nach dem 11. September 2001 weigerten sie sich, Osama bin Laden, der von den USA für den Anschlag in New York und Washington verantwortlich gemacht wurde, die Tat jedoch abstritt, an die Vereinigten Staaten auszuliefern. Den USA und den NATO-Ländern reichte dies, daraus einen bewaffneten Angriff Afghanistans auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu konstruieren und das Land anzugreifen, um es bis heute besetzt zu halten. Widerstand, Sabotageaktionen und Anschläge gegen Soldaten und Einrichtungen der Besatzungsmächte werden von diesen als Terror bezeichnet. Und so werden aus Freiheitskämpfern schnell wieder Terroristen, die für eine schlechte Sache kämpfen und verbrecherische Attentate ausführen, wenn sie nicht gegen den „richtigen“ Gegner kämpfen. Für derartige Bösewichter gelten weder das Völkerrecht noch die Genfer Konventionen. Selbst wenn man ihr Land angreift und besetzt, bleiben sie böse Terroristen.

Ähnliches geschah im Irak. Nachdem die USA, Großbritannien und eine Koalition der Willigen bestehend aus verschiedenen Alliierten der Vereinigten Staaten das Land unter nachweislichen Kriegslügen angegriffen und besetzt hatten sowie eine schiitische Regierung einrichteten, sind ehemalige sunnitische Offiziere des Geheimdienstes von Saddam Hussein in den Widerstand gegangen und haben den Islamischen Staat gegründet, um gegen die Besatzung ihres Landes und gegen die schiitische Regierung in einem asymmetrischen Krieg zu kämpfen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Islamischer_Staat_(Organisation)). Im Westen wird der IS ähnlich wie das Netzwerk al-Qaida, zu dem sich der IS lange bekannte, als verbrecherische Terrororganisation dargestellt, welche aus rein religiösen Gründen und zur Errichtung eines weltweiten Gottesstaates brutale Anschläge sowohl in ihrem Heimatland als auch in westlichen Metropolen verübt.

Seit dem Krieg gegen den Terror haben die Terroranschläge besonders in den Ländern Irak, Nigeria, Afghanistan, Pakistan und Syrien stark zugenommen. Seit 2000 ist die Zahl der Todesopfer durch Terroranschläge um das Neunfache gestiegen. Der Krieg gegen den Terror erzeugt den Terror also selbst und verstärkt ihn (vgl. https://www.heise.de/tp/features/Hat-der-Globale-Krieg-gegen-den-Terror-den-Terrorismus-reduziert-3276705.html). Dass ein asymmetrischer Krieg gegen eine Guerilla nicht mit Waffengewalt zu gewinnen ist, ist kein Geheimnis der Gegenwart. Bereits der englische Feldmarschall Gerald Templer setzte in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts auf die Gewinnung der Herzen und Köpfe der Bevölkerung mit vornehmlich wirtschaftlichen, sozialen und politischen Maßnahmen statt allein mit militärischen Mitteln. Er stellte die Thesen auf, dass die Guerillabewegung militärisch nicht zu zerschlagen ist (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Asymmetrische_Kriegf%C3%Bchrung#Der_Begriff_%E2%80%9Easymmetrische_Konflikte%E2%80%9C). Diese Erkenntnis haben auch die US-Amerikaner spätestens seit der Niederlage im Vietnamkrieg selbst gewinnen können.

Wieso gehen die USA trotz ihrer Erfahrungen in Vietnam mit ihren kurz aufeinander folgenden Kriegen in Afghanistan und im Irak dieses immense Risiko erneut ein? Bestand die Führung der Vereinigten Staaten von Amerika inklusive der Joint Chiefs of Staff und der Berater aus diversen Think Tanks zu Beginn des 21. Jahrhunderts aus einem Haufen von paranoiden und

kriegsversessenen Idioten, ähnlich wie sie in Stanley Kubricks Film „Dr. Strangelove“ dargestellt wurde? Oder steckt eiskaltes Kalkül dahinter, wie es beim Strategiepapier „Rebuilding America‘s Defenses“ des Think Tanks Project for a New American Century durchschimmert (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Project_for_the_New_American_Century, http://www.informationclearinghouse.info/article3249.htm)? Bereits 1997 hatte dieser Think Tank, dessen Mitglieder unter George W. Bush zentrale Positionen der Regierung einnahmen, eine Invasion des Iraks sowie ein höheres Militärbudget und neue Waffensysteme gefordert und sich ein katalysierendes, katastrophales Ereignis wie ein neues Pearl Harbor herbeigewünscht, um diese Maßnahmen vor der amerikanischen Bevölkerung rechtfertigen zu können. Kaum waren die Mitglieder an den zentralen Schaltstellen der Macht angekommen, ereignete sich der Anschlag von 9/11, die Militärausgaben stiegen immens an und innerhalb von zwei Jahren griffen die USA Afghanistan und den Irak an. Solche Zufälle finden sich eigentlich nur in den Drehbüchern schlechter Vorabendserien, und doch soll die ganze Weltgemeinschaft sie glauben und sich nicht näher mit den Details der geschichtsverändernden Anschläge in New York und Washington beschäftigen.

Die Antwort auf die Frage Dummheit oder Kalkül gibt der damalige US-Präsident George W. Bush selbst, als er sechs Tage nach dem Attentat über den Krieg gegen den Terror von einem Kreuzzug spricht, der eine Weile dauern wird (vgl. https://www.youtube.com/watch?v=7TRVcnX8Vsw). Zieht man in Betracht, dass die USA bis Ende der 20er Jahre dieses Jahrhunderts weder über eigenes Erdöl noch über eigenes Erdgas verfügen werden, von denen 70 % ihrer Energieversorgung abhängen, dann erweist sich der Krieg gegen den Terror als hervorragender Grund, nach Belieben diejenigen Länder angreifen und mit Gewalt kontrollieren zu können, in denen sich die größten und am leichtesten zugänglichen Reserven an Erdöl und Erdgas befinden: darunter Iran, Irak und Saudi-Arabien. Wenn man sich also fragt, wie lange der Kreuzzug gegen den Terror dauern wird, dann findet man hier eine Antwort: solange, wie die USA auf die Ressourcen aus dieser Region angewiesen sein werden.

# Russland

„Moskau, Moskau! Wirf die Gläser an die Wand! Russland ist ein schönes Land. Ho, ho, ho, ho, ho hey!“

Wahrscheinlich ist dieser Liedtext einer deutschen Schlagergruppe aus den 1970er Jahren das letzte Positive, was die meisten Menschen in Deutschland neben Wodka Gorbatschow über das größte Land der Welt, das im Osten Europas beginnt und bis zum Pazifischen Ozean reicht, über die Mainstream-Medien gehört haben. Ansonsten ist das Bild von Russland in den deutschen und westlichen Massenmedien äußerst negativ geprägt: gelenkte Demokratie, autokratisch regierender Präsident, Unterdrückung der Pressefreiheit, Einschränkung der Rechte gesellschaftlicher Minderheiten, Arbeitslager für Unternehmer mit politischen Ambitionen und Punk-Rockerinnen, Unterstützung von skrupellosen Regimen wie in Syrien, Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim, Manipulation westlicher Politik und Wahlen, ehemalige Supermacht mit gefährlichen Atomwaffen, Russenmafia, Oligarchen, Trunksucht. Die Liste will kaum ein Ende nehmen.

Man fragt sich als unkritischer Medienkonsument, wie es mit diesem Land so weit kommen konnte. Es hat doch alles so gut angefangen mit Gorbatschow, Glasnost, Perestroika und der deutschen Wiedervereinigung. Michail Gorbatschow tingelte noch lange nach seinem Amt als Generalsekretär durch deutsche Talkshows, Boris Jelzin wurde bei seiner Wahl zu seinem zweiten Präsidentschaftsamt von Wahlkampfberatern Bill Clintons unterstützt (vgl. http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8947088.html) und Wladimir Putin sprach 2001 sogar vor dem Deutschen Bundestag auf Deutsch mit abschließenden stehenden Ovationen der Bundestagsabgeordneten (vgl. https://www.youtube.com/watch?v=ccXeaNhET1E).

Doch wer bei dieser Rede genau hinhört, der kann die Schlüsselworte erkennen, welche beim wichtigsten deutschen Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Amerika, die Alarmglocken haben läuten lassen. Putin spricht von einem einheitlichen Groß-Europa (13:48), zitiert einen deutschen Historiker mit dem Satz „Zwischen Russland und Amerika liegen Ozeane, zwischen Russland und Deutschland liegt die große Geschichte.“ (18:22) und festigt seine Kooperationsbereitschaft mit den Worten „Früher waren wir viel öfter Verbündete.“ (19:56). Wer sich mit Geopolitik beschäftigt und die Heartland-Theorie des Engländers Mackinder kennt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Geopolitik, https://de.wikipedia.org/wiki/Heartland-Theorie), die noch heute maßgeblich für die geostrategischen Interessen der USA auf dem eurasischen Kontinent ist, oder gar mit dem Buch des ehemaligen US-Präsidentenberaters Zbigniew Bbrzezinski „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ vertraut ist, kann verstehen, warum eine Supermacht wie die Vereinigten Staaten ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Bündnis von Lissabon bis Wladiwostok nicht dulden will. Die Europäische Union und Russland, zwei potentielle Supermächte, wären vereinigt hinsichtlich der Wirtschaftskraft, der Ressourcen, der Anzahl der Bewohner und auch militärisch den USA weit überlegen.

Zum Glück für die Vereinigten Staaten kam mit Angela Merkel 2005 eine Kanzlerin in Deutschland an die Macht, welche trotz der intensiven wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland die Stärkung

der Beziehungen zu Amerika im Vordergrund ihrer außenpolitischen Ausrichtung sieht und einer engeren politischen Kooperation mit Russland reserviert gegenüber steht. Außerdem können sich die USA auf eine breitflächige Unterstützung der deutschen Mainstream-Medien verlassen. Über Lobby-Organisationen wie die Atlantik-Brücke oder die Münchner Sicherheitskonferenz sind deutsche Top-Journalisten wie ein Claus Kleber oder ein Jörg Schönenborn eng an die transatlantische Partnerschaft und deren Positionen gebunden (vgl. https://homment.com/atlantikbruecke, https://www.nachdenkseiten.de/?p=41456, https://www.halem-verlag.de/meinungsmacht-und-elite-journalismus/).

Die Auswirkungen dieses Spagats kann man durchaus skurril nennen. Auf der einen Seite ist Russland nicht nur der wichtigste Erdöllieferant Europas (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/172674/umfrage/verteilung-der-oelimporte-der-eu-nach-herkunft/), sondern auch Deutschlands. 40 % des in Deutschland verbrauchten Öls stammen aus dem östlichsten europäischen Land (vgl. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/mineraloel-oelimporte-und-rohoelproduktion-in-deutschland.html). Auch beim Erdgas, mit dessen stetig steigenden Verbrauch Deutschland seine Klimaziele zu erreichen versucht, ist Russland mit 40 % Anteil der wichtigste Lieferant (vgl. https://www.wingas.com/rohstoff-erdgas/woher-bezieht-europa-erdgas.html). Des Weiteren verdienen viele große und namhafte deutsche Unternehmen in Russland ihr Geld. Elf der 50 größten internationalen Unternehmen in Russland sind deutsch: Metro, Volkswagen, Mercedes-Benz, BMW, Globus, Uniper, Henkel, Bayer, Rewe und OBI (vgl. https://ostexperte.de/forbes-deutsche-unternehmen/).

Auf der anderen Seite haben deutsche Spitzenpolitiker wie der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier den Staatsstreich in der Ukraine mit vorangetrieben, welcher in westlichen Medien auch als „Euromaidan“ oder „Maidan-Revolution“ verklärt wird. Faktisch haben sie an der Seite der USA eine zum Teil rechtsradikale Bewegung in der Ukraine unterstützt, um geostrategische Ziele des Westens wie das Zurückdrängen russischen Einflussgebietes sowie die Ausweitung der EU und der NATO voranzutreiben (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Allukrainische_Vereinigung_%E2%80%9ESwoboda%E2%80%9C). Ein geplantes Assoziierungsabkommen mit der EU, welches neben einer politischen und wirtschaftlichen Kooperation auch eine engere militärische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der Europäischen Union vorsah, war 2013 Auslöser für politischen Druck Russlands auf die Ukraine, die sich zum damaligen Zeitpunkt noch in einer Zollunion mit Russland befand (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Assoziierungsabkommen_zwischen_der_Europ%C3%A4ischen_Union_und_der_Ukraine). Erst nach dem gewaltsamen und undemokratischen Regierungswechsel in der Ukraine wurden Teile des Abkommens sukzessive von der Ukraine und der EU ratifiziert. Das nachfolgende Referendum der Krim-Bewohner, die zu 60 % aus Russen bestehen und von denen 77 % russische Muttersprachler sind (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Krim#Bev%C3%B6lkerung), die Abspaltung der Halbinsel von der Ukraine sowie deren Beitritt zur russischen Föderation wurden von der Deutschen Bundesregierung als völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland gewertet und hatten Sanktionen gegen das Land zur Folge (vgl. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014–03-

19-ukraine-abkommen.html, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Sanktionen_in_der_Krimkrise). Differenzierte und gemäßigte Stimmen wie die des deutschen Rechtswissenschaftlers Reinhard Merkel finden nur noch in der FAZ, der einzigen halbwegs unabhängigen deutschen Tageszeitung, Gehör (vgl. http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html). Alle anderen deutschen Mainstream-Medien sprechen ungeniert von Annexion und russischer Aggression.

Ähnlich ist die Haltung der Deutschen Bundesregierung und der deutschen Mainstream-Medien zu Russlands Engagement in Syrien. Obwohl sich russisches Militär konform zum Völkerrecht in Syrien befindet, die Luftangriffe und Bodentruppen der NATO in dem Land allesamt völkerrechtswidrig sind und die angeblichen Kriegsverbrechen der Assad-Regierung wie die regelmäßigen Giftgasangriffe, die dem syrischen Militär keine Vorteile bringen, allesamt nicht aufgeklärt sind, unterstützt die Bundesregierung die völkerrechtswidrigen Angriffe der NATO-Partner (vgl. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/04/2017–04-05-giftgas-in-syrien.html, https://www.heise.de/tp/features/Giftgasangriff-auf-Khan-Scheichun-Der-OPCW-Bericht-loest-die-Raetsel-nicht-3875667.html?seite=all). Deutsche Mainstream-Medien flankieren diese Haltung, indem sie ungeniert von russischen Kriegsverbrechen in Syrien sprechen.

Die Position der deutschen Politik zwischen den geostrategischen Interessen der USA und Russlands kommt einem Eiertanz gleich. Strategisch mag es vielleicht augenblicklich klug sein, sich politisch eng an die Interessen der USA zu binden, wirtschaftlich, völkerrechtlich und vor allen Dingen moralisch ist dies jedoch nicht nachvollziehbar. Insbesondere die schamlos einseitige Berichterstattung deutscher Mainstream-Medien lassen begründete Zweifel an der Unabhängigkeit und Neutralität der Medienunternehmen und öffentlichen Anstalten aufkommen. Eine neutrale Berichterstattung über Russland würde die Positionen und Perspektiven des Landes zu den Konflikten in der Ukraine und in Syrien stärker beleuchten, anstatt diese als reine Propaganda abzukanzeln. Sie würde auf die äußerst dünne Indizienlage hinsichtlich russischer Manipulationen von Wahlen im Westen hinweisen, anstatt diese wie wasserdichte Fakten darzustellen. Sie würde herausstellen, dass die Verurteilung des ehemaligen Oligarchens Michail Chodorkowski vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als nicht politisch motiviert eingestuft wurde, anstatt immer wieder das Gegenteil zu behaupten. Und sie würde auch auf die Demokratiedefizite im Westen hinweisen, anstatt diese allein Russland vorzuwerfen.

Nüchtern betrachtet verhält sich Russland derzeit außenpolitisch defensiv. Das Land hält sich im Gegensatz zu den USA und den NATO-Staaten an das Völkerrecht und wird noch lange wegen seiner Reserven an Öl und Gas wichtigster Energielieferant Europas bleiben, während die Vereinigten Staaten aufgrund schwindender Ressourcen hinsichtlich ihrer Energieversorgung mit dem Rücken an der Wand stehen und zukünftig höchstwahrscheinlich aus diesem Grund weitere völkerrechtswidrige Kriege vom Zaun brechen werden. Die Unterstützung und die enge Bindung Europas und insbesondere Deutschlands an die USA ist moralisch und völkerrechtlich bedenklich und kann zu einer Isolation Europas führen, wenn sich die Machtverhältnisse auf der Welt aufgrund weiterer absehbarer Wirtschaftskrisen und einer Überdehnung der militärischen Kräfte des Westens zu Ungunsten der Vereinigten Staaten verschieben. Die einzige moralisch und völkerrechtlich

saubere Lösung wäre ein Austritt der europäischen Staaten aus der NATO und die Einnahme einer eigenständigen, friedlichen und auf Handel mit den Nachbarn ausgelegten Position in der Welt. Deutschland könnte als führende Industrienation in der Europäischen Union durchaus den ersten Schritt in diese Richtung machen und somit das Verhältnis zu Russland sowie die Gefahr weiterer militärischer Konflikte entschärfen.

# Kommunismus

Die meisten Menschen, die den Begriff Kommunismus heute lesen oder hören, denken dabei automatisch an nicht wettbewerbsfähige, kollektivierte Planwirtschaft, Ein-Parteien-Diktatur, Personenkult um den Generalsekretär, Bürokratismus und Terror gegen die eigene Bevölkerung – kurz: Sie denken an den Realsozialismus, wie er in der Sowjetunion sowie den Staaten des Warschauer Blocks bis zu deren Auflösung Ende des 20. Jahrhunderts vorzufinden war. Der Marxismus-Leninismus oder auch Stalinismus, auf dem der real existierende Sozialismus aufbaute, hatte jedoch mit den ursprünglichen Ideen und der Kritik am Kapitalismus von Karl Marx und Friedrich Engels, welche das Kommunistische Manifest Mitte des 19. Jahrhunderts verfasst haben (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Manifest_der_Kommunistischen_Partei), so viel gemeinsam wie ein als Weihnachtsmann verkleideter Laienschauspieler in einem Kaufhaus mit der Geburt von Jesus von Nazareth. Will man sich also ernsthaft mit dem Kommunismus auseinandersetzen, muss man daher zurück zu den Wurzeln, den Grundlagen des Marxismus sowie zu den Schlussfolgerungen, welche seine Vordenker Marx und Engels daraus gezogen haben. Hat man dies hinter sich gebracht, stellt man fest,

- dass sich die Prophezeiungen einer Diktatur des Proletariats und einer anschließenden Auflösung der Klassenunterschiede, welche Marx vorhergesagt hat, zumindest noch nicht bewahrheitet haben, weder im Realsozialismus noch in der sozialen Marktwirtschaft,
- dass die Kapitalismuskritik von Marx, im Gegensatz zu seinen Prophezeiungen und den gescheiterten Versuchen der Umsetzung des Kommunismus, heute noch hoch aktuell ist und
- dass die Negation des Kapitalismus nicht unbedingt die Diktatur des Proletariats sein muss, sondern aufgrund der technischen Entwicklung und der ungebremsten Verbrennung fossiler Energieträger durchaus die Selbstzerstörung der menschlichen Zivilisation, sowohl in geistiger als auch in materieller Form, sein kann. Die Negation der Negation, also die Synthese im Sinne der Dialektik nach Hegel, auf die sich Marx bezieht, wäre dann nicht der Sozialismus, sondern die Befreiung des Planeten und der irdischen Natur vom schlimmsten Parasiten sowie, falls ein paar Exemplare unserer Spezies überleben sollten, ein Neuanfang bei der Urgesellschaft.

Das Besondere an Marx und Engels war, dass sie nicht nur eine Kritik der politischen Ökonomie ihrer Zeit, welche in ausgeweiteter Form noch heute existiert, aufgrund volkswirtschaftlicher Grundlagen formuliert haben, sondern gleichzeitig auf der Basis damals vorherrschender philosophischer Denkrichtungen, wie die idealistische Dialektik nach Hegel (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Wilhelm_Friedrich_Hegel#Marxismus) und der Materialismus nach Ludwig Feuerbach (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Feuerbach#Karl_Marx), eine eigene Philosophie der materialistischen Dialektik entwickelt hatben. Auf Basis dieser Ideologie haben sie Schlussfolgerungen gezogen, wie sich die menschliche Zivilisation unter gewissen Rahmenbedingungen weiterentwickeln werde.

**Die Kapitalismuskritik von Karl Marx und Friedrich Engels**

An dieser Stelle muss bereits mit einem Mythos aufgeräumt werden. Die Planwirtschaft im Realsozialismus geht nicht auf Marx und Engels zurück. Die beiden Vordenker des Marxismus und Mitglieder des „Bundes der Kommunisten“ (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bund_der_Kommunisten), die Keimzelle der späteren sozialistischen und kommunistischen Parteien, haben keine eigene Wirtschaftsideologie entwickelt, sondern lediglich den Kapitalismus analysiert und kritisiert. Kernpunkt ihrer Kritik der veränderten Produktionsverhältnisse im Zuge der Industrialisierung ist die Aufdeckung des einzigen Faktors im Produktionsprozess, der einen Mehrwert erzeugt, nämlich die unbezahlte Arbeitskraft, sowie der fortgeführte, historische Klassenkampf in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgrund der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten.

Karl Marx hat in seinem 1859 erschienen Bericht „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ und im 1867 veröffentlichten ersten Band seines Hauptwerkes „Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie“ das Wesen des Kapitalismus analysiert und für die Öffentlichkeit ideologisch entschleiert (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kritik_der_politischen_%C3%96konomie). Zu diesem Zwecke hat er zwischen dem Gebrauchswert und dem Tauschwert einer Ware unterschieden.

Beispiel:

Für einen Konsumenten, der einen Joghurt in einem Supermarkt kauft, stellt dieser einen Gebrauchswert dar. Er gebraucht die Ware, um sich zu ernähren. Für den Produzenten des Joghurts stellt dieser jedoch einen Tauschwert dar. Er produziert die Ware nicht, um sie selbst zu gebrauchen, sondern um sein vor dem Produktionsprozess eingesetztes Kapital durch Produktion und Tausch der Ware gegen Geld zu vermehren.

Auch Arbeitskraft ist eine Form von Ware, die der besitzlose Arbeitnehmer eintauscht, um sich wiederum mit Gebrauchsgütern zu versorgen, die seine Existenz sichern. Der signifikante Unterschied zwischen Kapitalist und Arbeitnehmer ist der Ablauf des Kreislaufes. Für den Arbeitnehmer gilt: Er tauscht seine Ware Arbeitskraft gegen Geld ein, um sich damit Gebrauchsgüter zu kaufen (Ware – Geld – Ware oder W – G – W). Der Kapitalist hingegen tauscht sein Geld gegen Waren wie Rohmaterial, Produktionsmittel (Werkzeuge, Maschinen, Produktionsflächen) und Arbeitskraft ein, um damit mehr Geld zu erzeugen (Geld – Ware – Geld‘ oder G – W – G‘). Der Strich bei Geld‘ bzw. G‘ deutet an, dass sich das Kapital akkumuliert, also angehäuft hat. Den Produktionsprozess bricht Marx noch einmal herunter, indem er den Wert einer produzierten Warenmenge genauer bestimmt: Der Wert ist gleich der Summe aus konstantem Kapital, variablem Kapital und Mehrwert (Produktwert = c + v +m). Unter konstantem Kapital fasst er die Kosten für die im Produktionsprozess eingesetzten Rohstoffe und den anteiligen Verschleiß der Produktionsmittel wie Werkzeuge und Maschinen. Die Kosten für die Arbeitslöhne bezeichnet er mit variablem Kapital, und der Mehrwert ist die Wertsteigerung des Produktes durch den Produktionsprozess.

Marx stellt fest, dass Kapitalisten untereinander in der Regel keinen Mehrwert erzeugen. Bei dem Verkauf von Milch eines Milchproduzenten an den Joghurtproduzenten, welcher die Milch als Rohstoff einsetzt, entsteht kein Mehrwert, auch nicht beim Kauf und Einsatz von Produktionsmitteln. Nur die eingesetzte Arbeitskraft kann einen Mehrwert hervorbringen, jedoch

nur dann, wenn diese unentgeltlich geleistet wird. Der Mehrwert ist also letztendlich nichts anderes als die unbezahlte Mehrarbeit, welche durch die Arbeitnehmer geleistet wird. Damit sind nicht Überstunden gemeint, sondern die Differenz zwischen tatsächlich eingebrachter Arbeitskraft im Produktionsprozess und dem ausbezahlten Lohn. In der Gleichung Produktwert = c + v + m stellt v also die ausbezahlten Löhne und m die unbezahlte Mehrarbeit der Arbeitnehmer dar. Marx deckt damit auf, dass die Akkumulation des Geldes sowie die gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Kapitalismus nur aufgrund der Ausbeutung, also der unentgeltlichen Nutzung eines Teils der Arbeitskraft der Arbeitnehmer funktioniert. Dieser Zusammenhang gilt heute noch genauso wie Mitte des 19. Jahrhunderts.

Alles, was wir in der Zwischenzeit im Kapitalismus erfahren haben, ist eine Anpassung der Mehrwertrate m/v. Kapitalisten versuchen die Rate zu erhöhen, indem sie die unentgeltliche Mehrarbeit oder die Arbeitsintensität steigern, was einer Senkung bzw. Nicht-Anpassung der Löhne gleichkommt. Sie können auch die Produktivkraft der Arbeit durch Rationalisierung, Verbesserung von Werkzeugen und Maschinen sowie Automatisierung steigern, ohne die Löhne zu erhöhen. Gegen diese Bestrebungen setzen sich die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, ein. Sie versuchen mit Streiks und dem Abschluss von Tarifverträgen, die Mehrwertrate wieder zugunsten der Arbeitnehmer zu verschieben, also zu senken, indem die Löhne erhöht werden. Damit wird die Ausbeutung eingegrenzt, jedoch niemals aufgehoben. Sobald die Mehrwertrate auf Null sinkt, ist der Anreiz für den Kapitalisten verloren, sein Geld zu investieren und die Produktion der jeweiligen unrentablen Ware wird eingestellt oder an einen Ort verlagert, wo die Löhne niedriger sind.

Aus diesen Einsichten sind zwei Schlüsse möglich. Erstens werden Gewerkschaften und deren politischen Vertretungen die Ausbeutung niemals abschaffen, sondern immer nur abmildern können, solange sie sich nicht für eine radikale Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einsetzen. Zweitens wird sich in den Händen der Kapitalisten immer mehr Geld anhäufen als in den Händen der Arbeitnehmer. Egal wie die Löhne steigen und sich dadurch auch die Lebensumstände der Arbeitnehmer verbessern, werden Kapitalisten immer im Verhältnis zu den Arbeitnehmern mehr Geld anhäufen. Dieser Umstand führt zu einer immer weiter ansteigenden Ungleichheit der Besitzverhältnisse in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der Auswuchs dieser Ungleichheit ist der Finanzkapitalismus. Das akkumulierte Kapital kann ein Kapitalist dazu verwenden, noch mehr von seiner Ware zu produzieren oder es an einen anderen Kapitalisten zu verleihen. Dieser verwendet das geliehene Kapital zusammen mit seinem eigenen, um eine Ware zu produzieren. Von dem durch die Arbeitnehmer unentgeltlich erbrachten Mehrwert profitieren dann sowohl der Kapitalist, der die Ware produziert hat, als auch über die Zinsen derjenige, welcher sein Kapital verliehen hat. Der Kreislauf sieht dementsprechend so aus: G – G – W – G‘ – G‘‘ (G: Kredit bzw. eingesetztes Kapital, W: Ware, G‘: um den Profit vermehrtes Kapital, G‘‘: um den Zins vermehrtes Kapital). Das bedeutet, dass auch die Zinsen durch die unentgeltlich geleistete Arbeit der Arbeitnehmer erbracht werden.

Auch hinter dem Finanzkapitalismus steckt also eine verschleierte Ausbeutung der Arbeitnehmer. Die perverseste Form der Ausbeutung sind Finanzprodukte, welche Arbeitnehmern versprechen, ihr

bescheidenes Erspartes durch Anlage am Geld- oder Aktienmarkt zu vermehren. Indem ein Arbeitnehmer sein Erspartes einem Finanzdienstleister überlässt, wird er selber anscheinend zum Kapitalist. In Wirklichkeit beutet er sich jedoch selber bzw. seine eigene Klasse aus. Würden in einem geschlossenen Wirtschaftskreislauf alle Arbeitnehmer ihr Erspartes über Zinsen zu vermehren versuchen, würden sie letztendlich nur die Finanzindustrie über Gebühren am Leben erhalten. Die Zinsen hätten sie selber durch ihre unbezahlte Mehrarbeit erbracht.

**Die Prophezeiungen von Karl Marx und Friedrich Engels**

Marx und Engels haben auf Basis der materialistischen Weltanschauung Ludwig Feuerbachs und der idealistischen Dialektik Hegels den Dialektischen Materialismus entwickelt, mit dem sie die Welt und die geschichtliche Entwicklung des Menschen auf materieller Grundlage erklären (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Dialektischer_Materialismus). Ihre Philosophie basiert auf Grundannahmen, die sie von Hegels idealistischer Dialektik übernommen und an ihre materialistische Weltanschauung angepasst haben.

Auszug aus Wikipedia:

*Vier Grundregeln liegen der Theorie des dialektischen Materialismus zugrunde.*

- *Das Universum muss als Ganzes angesehen werden.*
- *Dieses Ganze besteht aus untereinander in Beziehung stehenden, voneinander abhängigen und sich in ständiger Bewegung befindenden Materien (objektiver Zusammenhang).*
- *Diese Bewegung ist aufsteigend, vom Einfachen zum Komplexen fortschreitend und durchläuft dabei bestimmte Ebenen; jeder Ebene entsprechen bestimmte qualitative Veränderungen.*
- *Die jeweilige Entwicklung einer bestimmten Ebene resultiert nicht aus einem harmonischen Fortschreiten, sondern entsteht durch den Konflikt und die Aktualisierung der jeweiligen, den entsprechenden Phänomenen innewohnenden Gegensätzlichkeiten, den „Grundwidersprüchen“.*

*Zu diesen Grundlagen kommen drei elementare Entwicklungsgesetze.*

1. *Das Gesetz von der Einheit und vom Kampf der Gegensätze (Die Triebkraft der Entwicklung ist der Widerspruch zwischen dualen Polen, der natürlichen und sozialen Prozessen grundsätzlich inhärent ist und aus deren Kampf eine neue Lösung hervorgeht. Analog dazu: These + Antithese = Synthese)*
2. *Das Gesetz von der Negation der Negation (Die Entwicklung auf eine höhere Ebene bewahrt die positiven Elemente der vorhergehenden. Sie negiert in ihrer Weiterentwicklung die vorhergehende Ebene also nicht als Ganzes.)*
3. *Das Gesetz vom Umschlagen von einer Quantität in eine neue Qualität (Nach einer Kumulation quantitativer Veränderungen über längere Zeit kommt es zu einer sprunghaften qualitativen Veränderung.)*

(vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Dialektischer_Materialismus#Grundlagen)

Unter dem Begriff „Historischer Materialismus“ fasst man die Theorien Marx und Engels zur Erklärung von Gesellschaft und ihrer Geschichte zusammen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Historischer_Materialismus). Die beiden Vordenker des Marxismus gehen davon aus, dass nicht die Philosophie, die zunehmende Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern die Ökonomie und die jeweiligen Produktionsverhältnisse einer Epoche das Denken, die Gesellschaftsordnung und deren Umwälzungen bestimmen. Aus der Dialektik Hegels folgern sie, dass der Kampf und die Einheit der Gegensätze ausschlaggebend für die gesellschaftliche Entwicklung sind.

Beispiel:

Die Produktionsverhältnisse der feudalen Gesellschaft waren geprägt durch adlige Großgrundbesitzer, welche Leibeigene für sich auf ihren Ländereien arbeiten ließen, sowie durch Gilden und Zünfte, welche die Hierarchie und Gesellschaftsordnung in den Städten regelten. Die althergebrachte Gesellschaftsordnung ist im Sinne der materialistischen Dialektik die These. Der technologische Fortschritt und das Aufkommen neuer Produktionsweisen wie die Manufaktur und, mit der Erfindung der Dampfmaschine, die industrielle Fertigung, welche in Konkurrenz zu der, hinsichtlich Stückzahl und Preis hoffnungslos unterlegenen, handwerklichen Produktion stand, stellten den dialektischen Widerspruch zur alten, feudalen Gesellschaftsordnung, die Antithese dar. Die Synthese dieser beiden Widersprüche ist der Kapitalismus, der das Bürgertum, die vormals beherrschte Klasse, zum Inhaber der Produktionsmittel und damit zur herrschenden Klasse machte.

Die jeweilige ökonomische Struktur, die Produktions- oder Eigentumsverhältnisse in einer Epoche sehen Marx und Engels dabei jeweils als Unterbau der Gesellschaftsordnung, die rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise als Überbau, welche von der herrschenden Klasse festgelegt wird.

Marx behauptet, mit seinen Gesamtwerk „Das Kapital“ das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft, eine Art Naturgesetz der Sozialgeschichte der Menschheit, enthüllt zu haben, anhand dessen er die Weiterentwicklung der Produktivkräfte und die Umwälzungen des gesellschaftlichen Unter- und Überbaus beschreiben kann. Die gesamte Menschheitsgeschichte seit der Urgesellschaft, die noch auf Allgemeineigentum beruhte, sieht er als einen durchgehenden Kampf zwischen herrschenden und beherrschten gesellschaftlichen Klassen an, welche durch die jeweiligen bestehenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse bestimmt sind.

Auszug aus Wikipedia:

*Die Produktionsverhältnisse fördern zunächst die Fortentwicklung der Produktivkräfte, werden dann aber zunehmend zu Fesseln der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Verelendung der unteren Schichten führt zur Verschärfung sozialer Widersprüche und zu sozialen Konflikten. Andererseits werden die Produktionsmöglichkeiten, die die geschaffenen Produktivkräfte an sich hergeben, nicht ausgenutzt, weil die gegebenen Eigentumsverhältnisse dem entgegenstehen. Die produktiven Klassen versuchen dann, die Produktionsverhältnisse ihren Interessen gemäß zu ändern. Da die bisher herrschende Klasse Mittel zur Gegenwehr einsetzt, wodurch sie die Unterdrückung verstärkt, kann dann der Klassenkampf in eine kurze, heftige*

*„revolutionäre“ Phase treten. In einer politischen Revolution reißt die bislang unterdrückte Klasse die Macht an sich und es werden die Eigentums- und Verfügungsverhältnisse über die Produktionsmittel rechtlich neu geregelt. Damit bilden sich neue Produktionsverhältnisse mit neuen herrschenden Klassen heraus, und der Klassenkampf beginnt auf neuer Stufe, in einer anderen Gesellschaftsformation.*

(vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Historischer_Materialismus#%C3%96konomisches_Bewegungsgesetz,_Klassenkampf_und_Revolution)

Ähnlich wie das Bürgertum mithilfe moderner Produktionsmethoden und gewaltsamer Umbrüche z.B. in der Französischen Revolution die Macht an sich gerissen hatte, werde auch die im Kapitalismus unterdrückte Schicht der Arbeiter die Produktionsmittel gewaltsam übernehmen und zur herrschenden Klasse aufsteigen. Erst nach der Diktatur des Proletariats, welche aus Sicht Marx die Antithese zum Kapitalismus darstellt, werde es zur Auflösung der Klassengesellschaft und zum Sozialismus und in der Folge zum Kommunismus kommen. Diese Umwälzungen werden zuerst in den entwickelten Industrienationen stattfinden.

**Warum ist es bis heute noch nirgendwo auf der Welt zur Diktatur des Proletariats gekommen?**

Selbst in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten wurde der Marxismus von den revolutionären Kräften nur zum Vorwand genommen, im Vorgriff auf eine Diktatur des Proletariats eine Diktatur der Kommunistischen Partei gewaltsam durchzusetzen. Die herrschende Klasse im Warschauer Block bestand bis zum Ende aus Apparatschiks – Parteifunktionären. Die ursprüngliche Macht der Räte, welche der Sowjetunion ihren Namen gaben, wurde bereits direkt nach der russischen Revolution 1917 im darauf folgenden Kriegskommunismus unter Lenin und Trotzki unterdrückt und im Anschluss durch Josef Stalin vollkommen abgeschafft. Zu einer Diktatur des Proletariats sowie einer anschließenden Auflösung der Klassengesellschaft ist es im Osten ebenso wenig gekommen wie in den entwickelten Industrienationen in Westeuropa, obwohl während und insbesondere nach den beiden Weltkriegen dort eine Verelendung der unteren sozialen Schichten stattgefunden hat.

Könnte es sein, dass sich Marx und Engels den historischen Materialismus zurecht gebogen haben, weil sie die Ausbeutung der Arbeiter für unmoralisch und ungerecht gehalten haben und deshalb in die politische Entwicklung ihrer Zeit aktiv eingreifen wollten? Waren sie beseelt von der Französischen Revolution und haben sie gehofft, die arbeitende Klasse ihrer Zeit motivieren zu können, ähnliche radikale Umwälzungen zu unterstützen? Alles deutet darauf hin. Marx stand während seines Studiums den linksorientierten Junghegelianern nahe, deren radikale Gesellschaftskritik bis hin zu Forderungen zur Abschaffung des Staates führte (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Junghegelianer#Philosophie,_Theorie). Nach seinem Studium arbeitete er für verschiedene linksradikale Zeitungen. 1845 kritisierte er die Philosophen in seinem berühmt gewordenen Satz: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kömmt drauf an, sie zu *verändern*.“ (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Marxismus#Philosophie). 1847 traten Marx und Engels dem Bund der Gerechten bei, der sich auf Drängen Marx in den Bund der Kommunisten umgründete und der als Keimzelle der späteren sozialistischen und

kommunistischen Parteien der Welt gilt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bund_der_Kommunisten). Ein Jahr später veröffentlichen Marx und Engels das von ihnen verfasste Manifest der Kommunistischen Partei (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Manifest_der_Kommunistischen_Partei).

Oder haben die hohe Produktivitätssteigerung, insbesondere aufgrund von Maschinen, die mit billiger fossiler Energie betrieben werden, der Einfluss der Gewerkschaften während der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs vor dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Ausbau einer effektiven sozialen Absicherung bisher verhindert, dass eine dauerhafte und tiefgreifende Verelendung der unteren sozialen Schicht in den Industrienationen stattfinden konnte? Hat die Entwicklung der Photographie, des Films sowie von Funk und Fernsehen, welche allesamt über ein viel größeres Propagandapotential verfügen als das geschriebene Wort in Zeitungen und Flugblättern, dazu geführt, dass die Klasse der arbeitenden Bevölkerung ihre Ausbeutung und ihre Unterdrückung durch die Kapitalisten überhaupt nicht wahrnimmt? Zumindest verhindert die unterschiedliche Auswirkung der Ausbeutung die Entwicklung eines gemeinsamen Klassenbewusstseins. Kassierer in einem Supermarkt, die sich aufgrund ihres niedrigen Lohnes nur begrenzt Luxusgüter wie neue Mittelklasse-Autos oder Fernreisen leisten können, nehmen die Ausbeutung anders wahr als Führungskräfte in einem Softwareunternehmen, das automatisierte Kassen- und Abrechnungssysteme herstellt. Letztere verfügen zwar über eine ausreichende Entlohnung, sind jedoch einer hohen psychischen Arbeitsbelastung und variablen Arbeitszeiten an unterschiedlichen Orten ausgesetzt.

Oder ist am Ende die Technologie, welche die Produktionsverhältnisse entscheidend zugunsten der Arbeiterklasse verändert, bisher einfach noch nicht entwickelt worden? Die Nutzung fossiler Energieträger, um Maschinen anzutreiben, welche die Produktivität verzigfachten, war der entscheidende Faktor für den Siegeszug des Kapitalismus über die feudale Gesellschaftsordnung. Ein Durchschnittsbürger in den entwickelten Industrienationen ist heute auch im Privaten umgeben von energiefressenden Maschinen und verbraucht das drei- bis vierfache an Energie als noch im Zeitalter der Landwirtschaft (vgl. http://www.oekosystem-erde.de/html/energiegeschichte.html). Noch immer wird diese Energie weltweit zu über 85 % aus fossilen Energieträgern erzeugt (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/42454/umfrage/weltweiter-primaerenergieverbrauch-nach-brennstoffen-in-oelaequivalent/). Existiert bereits heute eine Schlüsseltechnologie, welche das Potential hat, die Produktionsverhältnisse dermaßen radikal zu verändern, dass dies auch eine Umwälzung der Gesellschaftsordnung zur Folge hätte?

**Grenzen des Kapitalismus**

Wenn die variablen Kosten in der Gleichung Produktwert = c + v + m (c: konstante Kosten wie Rohstoffe und Produktionsmittel, v: variable Kosten oder Löhne, m: Mehrwert) gegen Null gehen, dann wächst die Mehrwertrate m/v ins Unendliche. Mit der maximalen Ausbeutung der Arbeitnehmer wäre die Profitrate m/(c+v) nur noch von den konstanten Kosten abhängig. Auf der anderen Seite wäre der Kreislauf der Abnehmer der Produkte empfindlich gestört (W – G – W). Wenn die Arbeitnehmer ihre Ware Arbeitskraft nicht mehr zu einem angemessenen Preis verkaufen können, können sie sich auch nicht mehr die Waren leisten, welche der Kapitalist produziert. In

diesem Gleichgewicht, das durch die gesellschaftlichen Kräfte wie Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Politik aufrecht erhalten wird, befindet sich der Kapitalismus in den Industrienationen seit seinen Anfängen. Dass die Klasse der Kapitalisten in dieser Zeitspanne ungleich mehr profitiert hat, als die Löhne der Arbeitnehmer gestiegen sind, fällt der Klasse der Arbeitnehmer aufgrund des Effekts des Grenznutzens nicht auf. Ein Joghurt kann den Hunger stillen. Auch ein zweiter und dritter hintereinander hätte vielleicht noch diesen Effekt. Spätestens nach dem fünften Joghurt tritt Übelkeit ein. Die Nutzung von Joghurt hat also eine Grenze. Dieser Effekt trifft auf alle Waren zu, die wir konsumieren. Solange die Grundbedürfnisse befriedigt werden, solange kein subjektiver Mangel entsteht, ist die Motivation zu revolutionären Bestrebungen und zur radikalen Änderung der Gesellschaftsordnung gering.

Durch die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse in Länder mit geringeren Löhnen sowie durch die Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für ausländische Arbeitnehmer, hat sich das Gleichgewicht in den entwickelten Industrienationen zulasten der arbeitenden Klasse weiter verändert. Während die Kapitalisten durch diese Maßnahmen ihre Profite steigern konnten, schwindet der Einfluss der vornehmlich national operierenden Gewerkschaften und es fehlt den Arbeitnehmern mehr und mehr an dem notwendigen Geld, um sich teure Produkte leisten zu können. Da die Kapitalisten die Arbeitnehmer in Niedriglohnländern nicht nur ausbeuten, sondern dort aufgrund der sich ansiedelnden Industrie ein Wirtschaftswachstum entsteht, das auch neue Absatzmärkte, in denen der Grenznutzen vieler Produkte noch nicht erreicht ist, eröffnet, können die Kapitalisten den mangelnden Absatz in den Industrieländern kompensieren. In den Industrienationen kommen hingegen bis in die Mittelschicht Ängste hinsichtlich des Statuserhalts auf, die sich jedoch nicht gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung richten, sondern gegen die augenscheinlich benachteiligenden Faktoren wie die Globalisierung und der Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern. Neben der Globalisierung, die den Kapitalismus eher stärkt als schwächt, entwickeln sich indes Technologien, welche durchaus das Potential haben, die bestehende Gesellschaftsordnung grundlegend ins Wanken zu bringen.

Die Automatisierung in der Produktion und der Dienstleistung durch den Einsatz von Robotern und Künstlicher Intelligenz hat zu einer Steigerung der Mehrwertrate geführt, welche mit der Auslagerung der Produktion in Niedriglohnländer konkurrieren kann. So holt z.B. die ehemalige Siemenstochter Gigaset die Produktion von Smartphones aus Asien zurück nach Deutschland. Allerdings werden durch automatisierte Fertigungsprozesse in dem geplanten Werk in Bocholt nur noch gerade einmal 24 Mitarbeiter benötigt, um eine Produktion von 6.000 Geräten pro Woche sicherzustellen (vgl. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/diginomics/gigaset-produziert-smartphones-in-deutschland-15613193.html). Würde die Automatisierung in sämtliche Bereiche der Rohstoffgewinnung, Warenproduktion und Dienstleistung einziehen, würde bei gleich bleibenden Preisen für die Produkte das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage vollkommen aus dem Lot geraten. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten, die bestehenden Produktionsverhältnisse bei steigender Automatisierung aufrecht zu erhalten. Die wenigen verbliebenen Arbeitnehmer müssten so fürstlich entlohnt werden, dass sie über immense Abgaben das Heer von Arbeitslosen mitfinanzieren. Der Profit wäre dabei fast Null, da weniger Arbeitnehmer zu einer geringeren Ausbeutungsmöglichkeit führen. Oder die Preise für die Produkte müssten gegen Null streben, was

wiederum zur Folge hätte, dass die Kosten und der Profit gegen Null streben. In beiden Fällen hätte sich der Kapitalismus selber abgeschafft. Es gäbe keinen Unterschied zwischen Kapitalisten und arbeitslosen Arbeitnehmern, da beide über kein Einkommen mehr verfügen würden, was einer klassenlosen Gesellschaft gleichkäme. In dieser wären die Roboter und die Künstliche Intelligenz die Sklaven der Menschen, die von nun an nur noch den Dingen im Leben nachgingen, die sie gerne machen oder die sie mit Sinn erfüllen.

Jetzt könnte man sich zurücklehnen und behaupten: Es ist ja nur eine Frage der Zeit, bis die technische Entwicklung soweit fortgeschritten ist, dass sämtliche Produktions- und Dienstleistungsprozesse automatisiert sind und die klassenlose Gesellschaft sich quasi von selbst etabliert. Doch es gibt zwei Faktoren, welche dieser Entwicklung entgegen stehen. Erstens ist der Anreiz im Kapitalismus der Profit. Wenn die Automatisierung dazu führt, dass die Preise der Produkte und Dienstleistungen aufgrund der fehlenden Kaufkraft der Konsumenten gesenkt werden müssen, dann sinkt auch der Profit. Kapitalistische, profitorientierte Unternehmen würden folglich die weitere Automatisierung stoppen, und die Marktführer würden ihren ganzen politischen Einfluss nutzen, einer weiteren Automatisierung bei Konkurrenzunternehmen entgegenzuwirken.

Dass diese Entwicklung gar nicht abwegig ist, kann man anhand der stockenden Einführung erneuerbarer Energien erkennen. Photovoltaik- und Windkraftanlagen erzeugen, einmal aufgestellt und nur geringe Wartungskosten verursachend, Energie umsonst. Dies führt bei signifikantem Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromerzeugung auf Dauer zu fallenden Strompreisen (vgl. https://www.bee-ev.de/home/presse/mitteilungen/detailansicht/erneuerbare-energien-senken-die-strompreise/). Fallende Preise haben wiederum zur Folge, dass der Profit der Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern sinkt. Der Anteil erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Deutschland liegt derzeit bei durchschnittlich 40 % (vgl. https://www.energy-charts.de/ren_share_de.htm?source=ren-share&period=annual&year=all). Der Anteil der erneuerbaren Energien beim größten deutschen Stromerzeuger RWE AG liegt hingegen bei gerade einmal 6 % (vgl. https://de.statista.com/statistik/daten/studie/184795/umfrage/anteil-der-energietraeger-an-der-stromerzeugung-von-rwe/). RWE erzeugt seinen Strom zu 79 % auf der Basis von fossilen Energieträgern angeführt von der Braunkohle, welche pro Rohstofftonne doppelt so viel Kohlendioxid bei der Verbrennung erzeugt als Erdgas. Zur Erinnerung: Profit wird im Kapitalismus nur über die Ausbeutung der Arbeitnehmer erzeugt. Als profitorientiertes Unternehmen muss RWE also einerseits weiterhin auf einen Energieträger setzen, bei dessen Stromerzeugung Arbeit anfällt, und andererseits muss es seinen ganzen politischen Einfluss geltend machen, den Ausbau erneuerbarer Energien zu stoppen sowie auf die weitere Erzeugung von Strom aus herkömmlichen Quellen zu drängen. Wie groß der politische Einfluss ist und welche unpopulären Maßnahmen daraus folgen, kann man bei der Abholzung des Hambacher Forstes zur Erweiterung des Braunkohletagebaus Hambach erkennen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Hambacher_Forst#Proteste_gegen_die_Rodung).

Der zweite hemmende Faktor gegen eine vollkommene Automatisierung der Produktions- und Dienstleistungsprozesse ist dadurch bestimmt, dass eine einmal herrschende Klasse nicht freiwillig ihre Macht abgibt. Allein aus soziodynamischen Gründen sieht sich die Klasse der Kapitalisten gezwungen, die Produktions- und Eigentumsverhältnisse, welche ihre Macht begründen, zu

erhalten. Ohne eine gewaltsame Umwälzung der Gesellschaftsordnung werden sich also die produktivsteigernden Kräfte der Automatisierung niemals vollkommen entfalten.

**Fazit**

Die Kommunistische Partei forderte 1848 für Deutschland unter anderem:

- Kostenloses Rechtssystem
- Abschaffung aller Feudallasten ohne Entschädigung
- Ersatz aller Privatbanken durch eine Staatsbank, deren Geld gesetzlichen Kurs hat, um das Kreditwesen im Interesse des ganzen Volkes zu regeln
- Verstaatlichung sämtlicher Transportmittel und unentgeltlicher Transport für die unbemittelte Klasse
- Einheitliche Bezahlung aller Staatsbeamten
- Vollkommene Trennung von Kirche und Staat, Geistliche sollen nur noch von ihrer freiwilligen Gemeinde besoldet werden
- Beschränkung des Erbrechts
- Einführung von Progressivsteuern und Abschaffung der Mehrwertsteuer
- Aufbau eines Sozialsystems

(vgl. http://www.mlwerke.de/me/me05/me05_003.htm)

Einige der Forderungen erscheinen uns heute erfüllt, andere kennt man von aktuellen linken Positionen. Grundsätzlich waren die damaligen Kommunisten nicht gegen das Privateigentum, sondern für eine staatliche Organisation der industriellen Produktion und des Geldwesens, also für eine Entmachtung der Kapitalisten. Die Umsetzung dieser Forderungen sind heute noch immer aktuell und dringlicher als je zuvor.

Sowohl die innere Logik des Kapitalismus, das stete Streben nach noch mehr Profit, als auch der Wille der herrschenden Klasse, ihre Macht zu erhalten, sind dafür verantwortlich, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und der Verzicht auf Energieverschwendung viel zu langsam vorangehen, als dies angesichts der bedrohlichen Gefahren des Klimawandels angebracht wäre. Das stetige Wachstumsbedürfnis von Profit wird noch zu weiteren Kriegen um die immer knapper werdenden Ressourcen der Erde führen und zukünftig wahrscheinlich auch nicht mehr vor einer Konfrontation von Atommächten halt machen. Bevor es also überhaupt zu einer Umwälzung der Gesellschaftsordnung aufgrund der gesteigerten Produktivkräfte durch Automatisierung kommen kann, ist es durchaus möglich, dass der Kapitalismus wie ein tödlicher Virus seinen Wirt, die gesamte zivilisierte Menschheit, umbringt. Es ist daher nicht nur aus idealistischen Gründen wie Gerechtigkeit und Moral, sondern auch aus materialistischen Gründen wie aus reinem Überlebenswillen zwingend notwendig, die bestehende Gesellschaftsordnung zu ändern.

# Klimawandel

Ein Mensch braucht zum Leben Nahrungsmittel und Getränke mit einem Energieinhalt von im Schnitt 1.000 kWh im Jahr. Je nach körperlicher Belastung kann der Energiebedarf auch höher oder niedriger sein. Bereits die Jäger und Sammler hatten aufgrund des Verzehrs von Tieren und der Verwendung von Feuer als Licht- und Wärmequelle und zur Zubereitung von Nahrung einen Energieverbrauch von ca. 5.500 kWh pro Jahr. Im Zeitalter der Landwirtschaft lag der Energiebedarf durch die Nutzung von Arbeitstieren, Wasser- und Windmühlen, aber auch durch die Nutzung von Zwangs- und Sklavenarbeit bei ca. 22.000 kWh pro Jahr. Damit war die zum damaligen Zeitpunkt technisch mögliche Ausnutzung der vorhandenen (regenerativen) Energiequellen ausgeschöpft. Die Deutschen verbrauchen heute im Schnitt knapp 50.000 kWh pro Kopf und Jahr, erwachsene Menschen eher 60.000 kWh. (vgl. http://www.buerger-fuer-technik.de/body_wieviel_energie_braucht_der_me.html, http://www.oekosystem-erde.de/html/energiegeschichte.html, https://de.wikipedia.org/wiki/Energieverbrauch#Energieverbrauch_in_Deutschland). Die größten Energieposten sind Heizung, Warmwasser und Autofahren (vgl. http://www.oekosystem-erde.de/html/energie.html#beispiel-buerger).

Bis auf Energiegewinnung aus der Geothermie und aus der Kernspaltung stammt sämtliche auf der Erde verbrauchte Energie von der Sonne. Pflanzen entnehmen den für ihr Wachstum benötigten Kohlenstoff aus der Luft, indem sie die Energie der Sonne über die Photosynthese nutzen, um das Kohlendioxid aufzutrennen. Dabei entstehen Kohlenstoff und Sauerstoff, den sie an die Umgebung zurückgeben. Verbrennen wir Biomasse wie Holz, machen wir diesen Vorgang wieder rückgängig. Fossile Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas sind über Jahrmillionen durch die Einlagerung von nicht verwesten pflanzlichen und tierischen Überresten in die Erdkruste entstanden. Durch die Verbrennung fossiler Energieträger wird der Kohlenstoff wieder in Form von Kohlendioxid an die Atmosphäre zurückgegeben.

Die industrielle Revolution wäre ohne fossile Energieträger nicht in der Form möglich gewesen, und unsere Art zu leben sähe heute anders aus. Die Nutzung fossiler Energieträger hat jedoch zwei gravierende Nachteile. Erstens sind sie endlich, und zweitens ist das Verbrennungsprodukt Kohlendioxid ein sehr lange in der Atmosphäre verweilendes Treibhausgas. Zusammen mit dem Treibhausgasen Methan, Fluorkohlenwasserstoffe und Schwefelhexalfluorid ist es für die menschengemachte globale Erwärmung verantwortlich (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Treibhauseffekt#Treibhausgase). 97 % aller Klimatologen sind davon überzeugt, dass der Anstieg der Temperaturen vom Menschen ausgelöst wird (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Globale_Erw%C3%A4rmung#Der_wissenschaftliche_Konsens_zum_Klimawandel).

Im Vergleich zur vorindustriellen Zeit hat sich die globale Durchschnittstemperatur um 1,1 Grad erhöht. Die Konzentration von Kohlendioxid ist aufgrund der Verbrennung fossiler Energieträger, der Zementindustrie und großflächiger Rodungen von 280 ppm (parts per million ) auf 400 ppm gestiegen. Die Konzentration von Methan ist aufgrund von Massentierhaltung und anderen

landwirtschaftlichen Tätigkeiten von 730 ppb (parts per billion) auf 1.800 ppb gestiegen. Dies sind die höchsten Stände dieser Treibhausgase in der Erdatmosphäre seit mindestens 800.000 Jahren (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Globale_Erw%C3%A4rmung).

Die Folgen der globalen Erwärmung sind sowohl für die menschliche Zivilisation als auch für die Tier- und Pflanzenwelt verheerend. Aufgrund der hohen Geschwindigkeit der Veränderung können sich viele Arten nicht anpassen oder einen neuen Lebensraum suchen und sterben aus. Aufgrund steigender Meeresspiegel, Dürren und extremer Wetterbedingungen werden weltweite Konflikte und Flüchtlingsströme erwartet. Wie stark und wie abrupt sich unser Planet erwärmen wird, hängt vor allen Dingen von Rückkopplungen mit anderen klimaverändernden Faktoren ab.

Während Treibhausgase die Durchschnittstemperaturen allmählich steigern, können Kipp-Punkte zu abrupten Klimaänderungen, unumkehrbaren Prozessen und langfristigen, starken Klimaänderungen führen. Prozesse, welche derartige Veränderungen auslösen können, sind unter anderem:

- Schmelzen des Meereises und Abnahme der Albedo in der Arktis,
- Schmelzen des Grönländischen Eisschildes und Anstieg des Meeresspiegels,
- Instabilität des westantarktischen Eisschildes und Anstieg des Meeresspiegels,
- Störung der ozeanischen Zirkulation im Nordatlantik,
- Zunahme und mögliche Persistenz des El-Niño-Phänomens,
- Störung des Indischen Monsunregimes,
- Instabilität der Sahel-Zone in Afrika,
- Austrocknung und Kollaps des Amazonas-Regenwaldes,
- Kollaps der borealen Wälder,
- Auftauen des Permafrostbodens unter Freisetzung von Methan und Kohlendioxid,
- Schmelzen der Gletscher und Abnahme der Albedo im Himalaya,
- Versauerung der Ozeane und Abnahme der Aufnahmekapazität für Kohlendioxid,
- Freisetzung von Methan aus Meeresböden

(vgl. http://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Kipppunkte_im_Klimasystem).

Da das Eintreten und die Auswirkungen dieser Kipp-Punkte größtenteils nicht hinreichend erforscht sind, um die tatsächlichen Gefahren abzuschätzen, und die globale Erwärmung dadurch für den Menschen unkontrollierbar wird und da die Verweildauer von Kohlendioxid in der Atmosphäre im Bereich von Jahrhunderten bis Jahrtausenden liegt, hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) bereits 1994 empfohlen, die mittlere Erwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Das so genannte 2-Grad-Ziel wurde auf dem G8-Gipfel im Juli 2009 anerkannt, war Teil der Übereinkunft der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009, wurde 2015 in völkerrechtlich bindender Form verabschiedet und trat im Übereinkommen von Paris im November 2016 in Kraft (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Globale_Erw%C3%A4rmung#2-Grad-Ziel). Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die weltweiten Treibhausgas-Emissionen gegenüber dem Stand von 1990 bis 2050 um mindestens 50 % sinken, in den Industrieländern um 80–95 %. Für eine realistische

Einhaltung müssen die Reduktionen innerhalb der 2010er Jahre einsetzen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Zwei-Grad-Ziel).

Wie wenig die Länder der Erde dieses Ziel ernst nehmen, kann man den Zahlen zum weltweiten Primärenergieverbrauch nach Energieträgern entnehmen:

| | 2011 | | 2017 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. t Öläquivalent | Anteil | Mio. t Öläquivalent | Anteil | Änderung Verbrauch in Mio. t | Änderung anteilig |
| Erdöl | 4.081,4 | 33,39% | 4.621,9 | 34,21% | 540,5 | 4,42% |
| Kohle | 3.628,8 | 29,68% | 3.731,5 | 27,62% | 102,7 | 0,84% |
| Erdgas | 2.914,2 | 23,84% | 3.156,0 | 23,36% | 241,8 | 1,98% |
| Kernenergie | 600,4 | 4,91% | 596,4 | 4,41% | -4 | -0,03% |
| Wasserkraft | 794,7 | 6,50% | 918,6 | 6,80% | 123,9 | 1,01% |
| Erneuerbare Energien | 205,6 | 1,68% | 486,8 | 3,60% | 281,2 | 2,30% |
| **Gesamt** | **12.225,1** | **100,00%** | **13.511,2** | **100,00%** | **1.286,1** | **10,52%** |
| | | | | | | |
| Fossile Energien ges. | 10.624,4 | 86,91% | 11.509,4 | 85,18% | 885,0 | 7,24% |
| Erneuerbare Energien ges. | 1.000,3 | 8,18% | 1.405,4 | 10,40% | 405,1 | 3,31% |

*Primärenergieverbrauch weltweit nach Energieträgern* (Quelle: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/42454/umfrage/weltweiter-primaerenergieverbrauch-nach-brennstoffen-in-oelaequivalent/)

Während die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien zwischen 2011 und 2017 um 3,31 % gestiegen ist, ist im gleichen Zeitraum die Verbrennung von fossilen Energieträgern um mehr als das Doppelte auf 7,24 % angestiegen. Um die globale Erwärmung zumindest abzubremsen, müsste ein Minus vor dieser Zahl stehen.

Deutschland, das größte Braunkohleförderland der Welt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kohle/Tabellen_und_Grafiken#F%C3%B6rderung_nach_L%C3%A4ndern), sieht sich unter den Industrienationen gerne als Vorreiter bei der Reduktion von Kohlendioxid-Emissionen und beim Energiewandel. 2007 beschloss die Deutsche Bundesregierung eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 % im Vergleich zu 1990. Das Bundesumweltamt vermeldet für den Zeitraum zwischen 1990 und 2016 einen Rückgang aller Treibhausgasemissionen um 27,3 % (vgl. https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland). 20,3 % des Rückgangs der Kohlendioxid-Emissionen sind auf die geringere Verbrennung fossiler Energieträger zurückzuführen. Zugleich vermeldet das Bundesamt einen Rückgang des Primärenergieverbrauchs und führt diesen unter anderem auf eine Effizienzsteigerung bei der Energieproduktion zurück (vgl. https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/primaerenergieverbrauch).

Diese Zahlen klingen sehr positiv, müssen jedoch mit Vorsicht genossen werden. Der Primärenergieverbrauch ist zwar zurückgegangen, der Endenergieverbrauch jedoch gestiegen (vgl. https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-nach-energietraegern-sektoren). Dieser Effekt ist größtenteils nicht auf eine Effizienzsteigerung der Energieproduktion zurückzuführen, sondern auf den Ausstieg aus der Kernenergie und den Rückgang der Nutzung fossiler Energie. Zu Berechnung der Primärenergie wird der Wirkungsgrad von Atomreaktoren mit 33 % angenommen, der von erneuerbaren Energien mit 100 %. Wird die Kernenergie mit

erneuerbarer Energie ersetzt, dann sinkt der Primärenergieverbrauch um 66 %, während der Endenergieverbrauch jedoch gleich bleibt. Bei der Senkung des Primärenergieverbrauchs handelt es sich also größtenteils um eine statistische Bereinigung, ohne dass die Treibhausgase reduziert werden, wenn Kernenergie mit erneuerbarer Energie ersetzt wird. Ähnlich verhält es sich mit Kohle und Gas bei der Energieproduktion. Für Kohle wird eine Wirkungsgrad von 45 %, für Erdgas ein Wirkungsgrad von 60 % angenommen. Wird Kohle und Gas bei der Energieproduktion durch erneuerbare Energien mit einem Wirkungsgrad mit 100 % ersetzt, sinkt zwar der Primärenergieverbrauch, der Endenergieverbrauch kann aber gleich bleiben oder sogar steigen (vgl. https://ag-energiebilanzen.de/index.php?article_id=29&fileName=ageb_pressedienst_10_2011.pdf).

Des Weiteren sorgt eine milde Witterung für eine Senkung des Primärenergiebedarfs für Heizzwecke. Die Durchschnittstemperatur steigt in Deutschland stärker an als im globalen Vergleich, da sich die Luft über den Landmassen stärker erwärmt als über dem Wasser der Ozeane. Die Temperaturen sind insbesondere in den Heizperioden Herbst, Winter und Frühling zwischen 1990 und 2016 im Schnitt um bis zu einem Grad angestiegen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Zeitreihe_der_Lufttemperatur_in_Deutschland#Zehnjahres-Perioden_(10-j%C3%A4hrige_Temperaturmittelwerte)). Ein Zusammenhang zwischen milder Witterung und geringerem Energieverbrauch während der Heizperioden ist genauso eindeutig wie der Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Energieverbrauch (vgl. http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/4647/1/Diplomarbeit.pdf). 2009 ist die deutsche Wirtschaft um 5,6 % geschrumpft und der Primärenergieverbrauch im Vergleich zum Vorjahr fast in gleichem Maße um 5,9 % gesunken.

| Energieträger | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Mineralöl | 5.217 | 5.525 | 5.612 | 5.731 | 5.681 | 5.689 | 5.808 | 5.753 | 5.775 | 5.599 | 5.499 | 5.577 | 5.381 | 5.286 |
| Steinkohle | 2.306 | 2.330 | 2.196 | 2.139 | 2.140 | 2.060 | 2.090 | 2.065 | 2.059 | 1.967 | 2.021 | 1.949 | 1.927 | 2.010 |
| Braunkohle | 3.201 | 2.507 | 2.176 | 1.983 | 1.861 | 1.734 | 1.688 | 1.595 | 1.514 | 1.473 | 1.550 | 1.633 | 1.663 | 1.639 |
| Erdgas, Erdölgas | 2.293 | 2.409 | 2.382 | 2.520 | 2.567 | 2.799 | 3.132 | 2.992 | 3.019 | 3.010 | 2.985 | 3.148 | 3.143 | 3.181 |
| Kernenergie | 1.668 | 1.609 | 1.733 | 1.675 | 1.650 | 1.682 | 1.764 | 1.859 | 1.764 | 1.855 | 1.851 | 1.868 | 1.798 | 1.801 |
| Wasser- und Windkraft | 58 | 53 | 62 | 64 | 67 | 83 | 73 | 77 | 80 | 91 | 127 | 124 | 145 | 132 |
| andere Erneuerbare | 139 | 145 | 145 | 164 | 186 | 191 | 197 | 267 | 299 | 312 | 290 | 308 | 310 | 429 |
| Außenhandelssaldo Strom | 3 | -2 | -19 | 3 | 8 | 17 | -19 | -8 | -2 | 4 | 11 | 10 | 2 | -29 |
| Sonstige | 22 | 35 | 32 | 30 | 25 | 13 | 13 | 14 | 12 | 12 | 68 | 62 | 57 | 151 |
| **Gesamtverbrauch** | **14.905** | **14.610** | **14.319** | **14.309** | **14.185** | **14.269** | **14.746** | **14.614** | **14.521** | **14.323** | **14.402** | **14.679** | **14.427** | **14.600** |
| **Durchschnittstemperatur Heizperiode** | **7,08** | **5,51** | **6,39** | **6,00** | **6,80** | **6,02** | **4,20** | **6,00** | **6,57** | **6,96** | **7,62** | **6,31** | **6,76** | **5,91** |
| **Entwicklung BIP** | **5,30%** | **5,10%** | **1,90%** | **-1,00%** | **2,50%** | **1,70%** | **0,80%** | **1,90%** | **2,00%** | **2,00%** | **3,00%** | **1,70%** | **0,00%** | **-0,70%** |

| Energieträger | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Mineralöl | 5.214 | 5.166 | 5.121 | 4.626 | 4.904 | 4.635 | 4.684 | 4.525 | 4.527 | 4.628 | 4.493 | 4.491 | 4.566 |
| Steinkohle | 1.909 | 1.808 | 1.964 | 2.017 | 1.800 | 1.496 | 1.714 | 1.715 | 1.725 | 1.840 | 1.759 | 1.729 | 1.693 |
| Braunkohle | 1.648 | 1.596 | 1.576 | 1.613 | 1.554 | 1.507 | 1.512 | 1.564 | 1.645 | 1.629 | 1.574 | 1.565 | 1.511 |
| Erdgas, Erdölgas | 3.198 | 3.250 | 3.312 | 3.191 | 3.222 | 3.039 | 3.171 | 2.911 | 2.920 | 3.059 | 2.660 | 2.770 | 3.056 |
| Kernenergie | 1.822 | 1.779 | 1.826 | 1.533 | 1.623 | 1.472 | 1.533 | 1.178 | 1.085 | 1.061 | 1.060 | 1.001 | 923 |
| Wasser- und Windkraft | 166 | 173 | 191 | 230 | 236 | 231 | 254 | 309 | 356 | 381 | 407 | 493 | 499 |
| andere Erneuerbare | 485 | 596 | 748 | 886 | 911 | 970 | 1.160 | 1.153 | 1.029 | 1.118 | 1.112 | 1.151 | 1.177 |
| Außenhandelssaldo Strom | -26 | -31 | -71 | -69 | -81 | -52 | -64 | -23 | -83 | -116 | -122 | -174 | -182 |
| Sonstige | 176 | 222 | 171 | 169 | 210 | 231 | 254 | 267 | 244 | 222 | 237 | 234 | 247 |
| **Gesamtverbrauch** | **14.591** | **14.558** | **14.837** | **14.197** | **14.380** | **13.531** | **14.217** | **13.599** | **13.447** | **13.822** | **13.180** | **13.262** | **13.491** |
| **Durchschnittstemperatur Heizperiode** | **6,30** | **6,42** | **6,67** | **7,42** | **6,81** | **6,51** | **4,53** | **7,26** | **6,40** | **5,73** | **8,06** | **7,13** | **6,81** |
| **Entwicklung BIP** | **1,20%** | **0,70%** | **3,70%** | **3,30%** | **1,10%** | **-5,60%** | **4,10%** | **3,70%** | **0,50%** | **0,50%** | **1,90%** | **1,70%** | **1,90%** |

*Primärenergieverbrauch Deutschland seit 1990 nach Energieträgern* (Quelle: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energiegewinnung-und-Energieverbrauch/energiedaten-energiegewinnung-verbrauch-03.html)

Tatsächlich ist die Energieproduktion aus erneuerbaren Energien zwischen 1990 und 2016 um 1.479,82 Petajoule (PJ) gestiegen. Dafür ist bei leicht gestiegener Endenergie der Einsatz von Primärenergie im Bereich Kernenergie um 744 PJ, im Bereich Stein- und Braunkohle um 2.303 PJ

und im Bereich Erdöl um 651 PJ gesunken. Gleichzeit ist der Verbrauch von Erdgas um 763 PJ gewachsen. Der Anteil der fossilen Energien am Gesamtprimärenergieverbrauch ist zwischen 1990 und 2016 um 13,25 % gesunken, der Anteil der erneuerbaren Energien abzüglich der statistisch bereinigten Kernenergie um 9,15 % gestiegen. Dass trotzdem 20,3 % des Kohlendioxidausstoßes in der Energieproduktion im Vergleich zu 1990 reduziert werden konnten, liegt also nur zum Teil an den erneuerbaren Energien.

Ein Drittel der Reduktion liegt an der vermehrten Verwendung von Erdgas bei der Energieproduktion anstatt Kohle, da die Kohlendioxid-Emissionen bei der Verbrennung von Kohle bis zum Faktor zwei höher liegen als bei der Verbrennung von Gas (vgl. http://www.volker-quaschning.de/datserv/CO2-spez/index.php). Der hohe Rückgang der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ist also nicht auf einen verminderten Energiebedarf und nur zum Teil auf den Einsatz von erneuerbaren Energien zurückzuführen. Ein Teil der Einsparung erfolgt durch den Ersatz heimischer Braunkohle mit importiertem Erdgas.

Zwischen 2011 und 2017 ist der Anteil der fossilen Energien am Gesamtverbrauch durch einen gesteigerten Einsatz von Erdöl und Erdgas sogar wieder um 1,53 % gestiegen. Damit beträgt der Anteil fossiler Energien am Gesamtverbrauch 82,16 %.

| | 2011 | | 2017 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Petajoule | Anteil | Petajoule | Anteil | Änderung Verbrauch in PJ | Änderung anteilig |
| Erdöl | 4.525,0 | 33,27% | 4.698,0 | 34,56% | 173 | 1,27% |
| Steinkohle | 1.715,0 | 12,61% | 1.487,0 | 10,94% | -228 | -1,68% |
| Braunkohle | 1.564,0 | 11,50% | 1.508,0 | 11,09% | -56 | -0,41% |
| Erdgas | 2.911,0 | 21,41% | 3.230,0 | 23,76% | 319 | 2,35% |
| Kernenergie | 1.178,0 | 8,66% | 833,0 | 6,13% | -345 | -2,54% |
| Wasserkraft, Windkraft, Phot | 309,0 | 2,27% | 600,0 | 4,41% | 291 | 2,14% |
| Andere Erneuerbare (Biomas | 1.153,0 | 8,48% | 1.181,0 | 8,69% | 28 | 0,21% |
| Außenhandelsaldo Strom | -23,0 | -0,17% | -189,0 | -1,39% | -166 | -1,22% |
| Sonstige (Grubengas) | 267,0 | 1,96% | 246,0 | 1,81% | -21 | -0,15% |
| **Gesamt** | **13.599,0** | **100,00%** | **13.594,0** | **100,00%** | **-5,0** | **-0,04%** |
| | | | | | | |
| Fossile Energien ges. | 10.715,0 | 80,76% | 10.923,0 | 82,16% | 208,0 | 1,53% |
| Erneuerbare Energien ges. | 1.462,0 | 10,75% | 1.781,0 | 13,10% | 319,0 | 2,35% |

*Primärenergieverbrauch Deutschland nach Energieträgern* (Quelle: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/Energiedaten/Energiegewinnung-und-Energieverbrauch/energiedaten-energiegewinnung-verbrauch-03.html)

Der Anteil der fossilen Energien am Gesamtverbrauch ist in anderen Industrienationen teilweise leicht höher (USA: 84,18 %, Italien: 84,82 %, Japan: 89,72 %), doch auch aufgrund der Nutzung von Wasserkraft zum Teil viel niedriger (Kanada: 65,01 %). Im Vergleich zu einigen Schwellenländern ist der Anteil der fossilen Energien in Deutschland leicht niedriger (China: 86,45 %, Russland: 87,43 %, Indien: 91,91 %), im Vergleich zu Brasilien jedoch sehr hoch (Brasilien: 62,85 %).

Auch im Vergleich mit der gesamten EU deuten die Zahlen nicht darauf hin, dass Deutschland in Sachen Energiewandel eine Vorreiterrolle einnimmt.

| | 2011 | | 2017 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio. t Öläquivalent | Anteil | Mio. t Öläquivalent | Anteil | Änderung Verbrauch in Mio. t | Änderung anteilig |
| Erdöl | 639,1 | 37,88% | 645,4 | 38,21% | 6,3 | 0,37% |
| Erdgas | 407,7 | 24,16% | 401,4 | 23,76% | -6,3 | -0,37% |
| Kohle | 283,4 | 16,80% | 234,3 | 13,87% | -49,1 | -2,91% |
| Kernenergie | 205,3 | 12,17% | 187,9 | 11,12% | -17,4 | -1,03% |
| Wasserkraft | 69,3 | 4,11% | 67,8 | 4,01% | -1,5 | -0,09% |
| Erneuerbare | 82,5 | 4,89% | 152,3 | 9,02% | 69,8 | 4,14% |
| **Gesamt** | **1.687,3** | **100,00%** | **1.689,1** | **100,00%** | **1,8** | **0,11%** |
| | | | | | | |
| Fossile Energien ges. | 1.330,2 | 78,84% | 1.281,1 | 75,85% | -49,1 | -2,91% |
| Erneuerbare Energien ges. | 151,8 | 9,00% | 220,1 | 13,03% | 68,3 | 4,05% |

*Primärenergieverbrauch Europäische Union nach Energieträgern* (Quelle: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/42457/umfrage/europaeische-union—primaerenergieverbrauch-ausgewaehlter-brennstoffe-in-millionen-tonnen-oelaequivalent/)

Während in Deutschland der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch im Zeitraum von 2011 bis 2017 nur um 2,35 % gewachsen ist, ist er in der gesamten EU um 4,05 % angestiegen. Und während die fossilen Energien in der EU um 2,91 % geschrumpft sind, sind sie in Deutschland um 1,53 % gewachsen. Deutschland hat also zu einer Verschlechterung des EU-Ergebnisses beigetragen. Das Label „Vorreiterrolle“ kann also nur auf ein gutes Marketing zurückzuführen sein, mit der Realität stimmt es nicht überein. Zudem wird Deutschland sein selbstgestecktes Klimaziel, 40 % der Treibhausgas-Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, deutlich verfehlen, weil die Wirtschaft gewachsen ist (vgl. https://www.dw.com/de/deutschland-verfehlt-klimaziel-2020-deutlich/a-44142342).

**Fazit**

Bei den ganzen Zahlen darf man einen wichtigen Aspekt nicht aus den Augen verlieren: Selbst wenn die Menschheit von heute auf morgen komplett auf die Verbrennung fossiler Energieträger verzichten würde, würde sich die globale Durchschnittstemperatur in der Folgezeit noch weiter erhöhen und erst im Verlauf von Jahrtausenden wieder abnehmen. Dieser Umstand hat mehrere Gründe. Erstens gehen die Klimaforscher davon aus, dass aufgrund der Langlebigkeit der bereits emittierten Treibhausgase und der Trägheit der Ozeane eine unvermeidbare Erwärmung von weiteren 0,5 Grad bereits im Klimasystem steckt (vgl. http://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/2-Grad-Ziel#Was_bedeutet_das_2-Grad-Ziel.3F). Zweitens ist der Kipp-Punkt des Abschmelzens des arktischen Meereises wahrscheinlich schon erreicht (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kippelemente_im_Erdsystem#Abschmelzen_des_arktischen_Meereises), das heißt, auch ohne weitere globale Erwärmung durch Treibhausgase würde das arktische Meereis komplett abschmelzen. Da Wasser und Landflächen über eine geringere Albedo (Rückstrahlvermögen) verfügen als Schnee und Eis, kann das Sonnenlicht weniger reflektiert werden, und es wird daher mehr Energie aufgenommen, was zu einer weiteren Aufheizung der Erde beiträgt. Und drittens ist der Abbau von Kohlendioxid durch Senken wie die Ozeane sowie Land- und Meerespflanzen langsam. Zudem ist die Kapazität dieses Prozesses limitiert und kann sich bei größerer Erwärmung sogar umkehren (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Treibhausgas#Kohlenstoffdioxid).

Die Möglichkeit, das Steuer noch einmal herumzureißen, läuft nach Einschätzung vieler Klimaforscher mit den 2010er Jahren aus. Die einzige Möglichkeit, das Desaster abzuwenden, liegt im radikalen Verzicht auf das Verbrennen fossiler Energieträger und damit auf eine verschwenderische Lebensweise, welcher hauptsächlich die Menschen in den westlichen Industrienationen frönen. Auf die Entwicklung alternativer Energieträger wie die Kernfusion zu warten, während man weiterhin durch Nutzung fossiler Energie die derzeitige Art zu leben aufrechterhält, hat unzweifelhaft fatale Folgen für die Zukunft von Flora und Fauna sowie die menschliche Zivilisation. Doch genau das scheint die Lösung zu sein, die uns der politische und mediale Mainstream in den westlichen Ländern vorgaukelt. Diese nicht nur menschheits-, sondern auch erdgeschichtlich wohl dümmste Einschätzung liegt vermutlich an der Tatsache, dass der Mainstream ein Produkt des Kapitalismus ist, ein Wirtschaftssystem, das auf ewiges Wachstum angewiesen ist. Der radikale Verzicht auf fossile Brennstoffe würde diesem System die Grundlage zum Wachstum nehmen, so dass wir entweder mit einer großen Wirtschaftskrise rechnen oder uns Gedanken über eine andere Form des Zusammenlebens machen müssen. Wenn wir letzteres jedoch nicht sehr bald realisieren, dann werden wir als diejenige Generation in die Geschichte eingehen, die aus Bequemlichkeit und Verschwendung die größte Katastrophe der Menschheitsgeschichte und eine der größten Katastrophen der Erdgeschichte ausgelöst hat.

# Eine andere Kultur ist möglich – jederzeit

Man könnte meinen, eine Hierarchie, unterschiedliche soziale Gesellschaftsschichten oder gar die Klassengesellschaft sowie kriegerische Verteidigung des Territoriums stellen die natürlichen Formen einer Organisation von Individuen dar, die sich in Gruppen lebend gemeinsam um den Unterhalt ihrer Existenz sorgen. Ameisen, Wespen, Bienen, Hühner, Wölfe, Schimpansen – alle diese Tierarten leben in einer Hierarchie mit Rangordnung. Der Gemeine Schimpanse hat eine genetische Übereinstimmung mit dem Menschen von 99,4 % (vgl. https://www.uni-landau.de/kluge/Beitraege_zur_S.u.S/Was_der_Mensch.pdf, S. 3). Er lebt in Großgruppen von 20 bis 80 Tieren, geht allein oder in kurzlebigen Untergruppen von 4 bis 8 Tieren auf Futtersuche und kommt zur Nachtruhe wieder zusammen.

Auszug aus Wikipedia zum Sozialverhalten Gemeiner Schimpansen:

*Starke und ältere Männchen führen und verteidigen die ganze Großgruppe. Die Männchen entwickeln eine ausgeprägte Rangstruktur. Dazu dienen verschiedene Rituale wie laute Schreie, Trommeln auf Baumstämmen, Kraftdemonstrationen – sie schütteln Äste oder werfen Steine – und demonstrativ schnelles Laufen oder Springen. Sie investieren viel Zeit und Energie, um ihren Rang innerhalb der Gruppe zu verbessern. Sie bilden dazu unter anderem Koalitionen, dies kann aber auch ein Täuschungsmanöver, eine Scheinallianz sein. Die Jagd auf kleine Säugetiere und die Bewachung der Reviergrenzen, die beide von Männchen durchgeführt werden, dienen ebenfalls diesem Zweck. Auch die gegenseitige Fellpflege (Komfortverhalten) ist bei den Männchen stark ausgeprägt und unterstützt die soziale Kommunikation.*

*Im Gegensatz dazu sind Weibchen oft einzelgängerischer und entwickeln eine weniger auffällige Hierarchie. Eine Rangordnung ist aber trotzdem vorhanden, das zeigt sich darin, dass höhergestellte Weibchen etwa häufiger Nachwuchs haben. Generell haben Weibchen außer mit ihren Töchtern wenig Interaktion mit anderen Weibchen. Das liegt auch daran, dass die Weibchen ihre Geburtsgruppe bei Erreichen der Geschlechtsreife verlassen, während die Männchen die meiste Zeit ihres Lebens bei ihrer Gruppe bleiben.*

(vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeiner_Schimpanse#Sozialverhalten)

Zudem führen Gruppen von Gemeinen Schimpansen regelrecht Krieg, wenn es um die Verteidigung ihres Territoriums geht (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeiner_Schimpanse#Au%C3%9Ferhalb_der_Gro%C3%9Fgruppe).

Man könnte nun vorschnell schließen, dass die Kultur der Menschen auf ihre natürliche Veranlagung zurückzuführen ist. Die Ausbildung einer streng hierarchischen, patriarchalen Gesellschaft, in der ein König oder ein Präsident an der Spitze steht, sowie das Führen von Kriegen zur Verteidigung des Vaterlandes wurzeln demnach bereits in unseren Genen.

Bonobos oder Zwergschimpansen weisen ebenfalls eine genetische Übereinstimmung von 99,4 % mit dem Menschen auf (vgl. https://www.uni-landau.de/kluge/Beitraege_zur_S.u.S/Was_der_Mensch.pdf, S. 3). Sie leben in Großgruppen von 40

bis 120 Tieren und teilen sich in Untergruppen von 6 bis 23 Tieren, die stabiler sind als diejenigen des Gemeinen Schimpansen.

Auszug aus Wikipedia zum Sozialverhalten von Bonobos:

*Sowohl die Weibchen als auch die Männchen in einer Gruppe etablieren ihre Rangordnung. Dabei kommt es auch zu aggressiven Interaktionen, die zwar nicht seltener, aber von deutlich geringerer Intensität als bei Gemeinen Schimpansen sind. Bei der Aggressionskontrolle kommt sexuellen Interaktionen eine wichtige Rolle zu [...]. Innerhalb der Großgruppe bilden die Weibchen den Kern und übernehmen auch die Führungsrolle. Eine Dominanz der Männchen über die Weibchen ist kaum zu sehen, es gibt sogar Berichte über ein ausgesprochen aggressives Verhalten der Weibchen gegenüber den Männchen. Generell sind die Beziehungen zwischen den Weibchen einer Gruppe viel enger als die zwischen den Männchen. Bei den Weibchen ist die gegenseitige Fellpflege (Komfortverhalten) sehr häufig, auch teilen sie öfter die Nahrung miteinander.*

*Die Männchen hingegen haben wenig Zusammenhalt untereinander, sie pflegen sich seltener gegenseitig das Fell und bilden im Gegensatz zu den Gemeinen Schimpansen keine Allianzen, um ihre Rangstufe in der Gruppenhierarchie zu verbessern. Überhaupt halten die Männchen zeitlebens einen engen Kontakt mit ihrer Mutter aufrecht – sie bleiben im Gegensatz zu den Weibchen dauerhaft in ihrer Geburtsgruppe. Die Stellung der Männchen in der Gruppenhierarchie dürfte auch vom Rang ihrer Mutter abhängen.*

(vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bonobo#Sozialverhalten)

An Kriegstaktik erinnernde Übergriffe zur Verteidigung des Territoriums wie beim Gemeinen Schimpansen sind nicht nachgewiesen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Bonobo#Territorialverhalten).

Der Vergleich mit der Natur hinkt also. Mit der Referenz auf nahestehende Artgenossen kann man auch ein Matriarchat und ein deutlich weniger aggressives Territorialverhalten begründen. Immerhin ist den Gemeinen Schimpansen und den Bonobos die Ausbildung einer Rangordnung gemein. Die hierarchische Stellung wird jedoch im gesamten Tierreich nicht über Generationen hinweg vererbt. Die soziale Stellung muss von jedem Individuum jeweils selbst erkämpft werden. Materieller Besitz und damit Macht, Bildungschancen und soziale Stellung sind in den meisten menschlichen Gesellschaften, insbesondere in denjenigen, die auf dem römischen Recht aufbauen, hingegen vererbbar (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6misches_B%C3%Bcrgerrecht). In der Feudalgesellschaft wurden Landbesitz und Adelstitel vererbt. Auch in modernen Wohlstandsgesellschaften ist die soziale Stellung deutlich stärker von der Abstammung abhängig als vielfach behauptet (vgl. https://idw-online.de/de/news?print=1&id=690200).

Anthropologen wollen bei Urgesellschaften, die aufgrund ihrer natürlichen Umgebung Vorräte anlegen, eine Tendenz zu ausgeprägteren Eigentums- und Besitzrechten festgestellt haben (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%A4ger_und_Sammler#Eigentums-_und_Besitzrechte). Sofort bietet sich dies als Erklärung an, warum sich gerade in Europa der Feudalismus entwickelt habe. Wir tendieren jedoch dazu, unsere altsteinzeitlichen Vorfahren im Kontrast zu unserer Zivilisation pauschalisiert, idealisiert und romantisch verklärt zu sehen. Zum einen schreiben wir den

Urgesellschaften eine niedrigere kulturelle Entwicklungsstufe zu als der unseren. Zum anderen sehen wir deren Kultur als einheitlich und im Gegensatz zu unserer eigenen als unverdorben, ethisch und ökologisch nachhaltig an. Ein niedrigeres technisches Niveau bedeutet jedoch nicht automatisch ein niedrigere kulturelle Entwicklungsstufe, und wenn man genauer hinsieht, dann findet man bei den Naturvölkern eine ganze Reihe unterschiedliche kulturelle Ausprägungen: von gesellschaftlich toleriertem, aggressiven Verhalten bis hin zu Gewaltlosigkeit, von Zerstörungslust und Grausamkeit bis hin zu harmonisch-friedlichen Lebensweisen, von komplexen Rangordnungen bis hin zu einfachen, flachen Hierarchien, von der Vernichtung der umgebenden Flora und Fauna bis hin zu einem nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Die Art der Nahrungsbeschaffung ist zwar eine wichtige Grundlage für das Sozialverhalten, entscheidend ist jedoch das zugrundeliegende Wertesystem, auf dem die jeweilige Kultur beruht (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%A4ger_und_Sammler#%E2%80%9EDie_Natur_des_J%C3%A4gers%E2%80%9C_im_Zerrspiegel_der_Zivilisationen).

Populär ist die Theorie, dass eine Veränderung des Eigentumsbegriffs, der Konfliktlösungsmechanismen und das Führen von Kriegen mit der neolithischen Revolution, mit Sesshaftigkeit, Ackerbau und Viehzucht begonnen hätten. Vorherrschend ist auch der Glaube, dass die Sesshaftigkeit zu einer besseren Nahrungsversorgung geführt habe und die nomadischen Kulturen deshalb verdrängt hätte. Tatsächlich führten Ackerbau und Viehzucht zu einer größeren Abhängigkeit vom Wetter, zu Hungersnöten und zu Übertragungen von Krankheiten von Tieren auf den Menschen. Die Körpergröße und die Lebenserwartung sanken bei Sesshaften gegenüber Nomaden. Bei entsprechendem Nahrungsangebot von Wildtieren sind sesshafte Kulturen wieder zum Jagen und Sammeln übergegangen, und Ackerbau und Viehzucht haben sich unabhängig voneinander in verschiedenen, vom Menschen besiedelten Erdregionen entwickelt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Neolithische_Revolution#Aktuelle_Forschung).

Doch wenn die Notwendigkeit des Anlegens von Vorräten in Regionen mit stark ausgeprägten Jahreszeiten sowie die Sesshaftigkeit das Privateigentum begünstigt haben, warum haben dann ausgerechnet Traditionen wie die Allmende, die Commons oder die russische Obschtschina über Jahrtausende in der Mitte der Sesshaften überdauert und existieren zum Teil noch heute? Die Allmende (das „All(ge)meine“), Gemeinschafts- oder Genossenschaftsbesitz abseits der parzellierten landwirtschaftlichen Nutzfläche, findet man noch immer im Alpenraum, auf der schwedischen Insel Gotland, vereinzelt im Nord- und im Südschwarzwald und Südbayern, vor allem aber in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Allmende). Commons waren in Großbritannien gemeinsam genutztes und bewirtschaftetes Allgemein- und Kollektivgut, welche erst durch Einhegungen im 15. Jahrhundert durch die Feudalherren größtenteils beseitigt wurden (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Commons#Einhegungen_und_Gegenbewegungen_-_gestern_und_heute). Die Obschtschina oder Mir, eine Form des gemeinschaftlichen bäuerlichen Landbesitzes in Russland, war eine altslawische Tradition, in der die Bauern einer Dorfgemeinschaft den von ihnen genutzten Grund und Boden periodisch untereinander umverteilt haben (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Mir_(Dorfgemeinschaft)).

Die Herleitung der derzeit vorherrschenden Kultur des Privateigentums und der Vererbung desselben als logische Konsequenz aus dem Anlegen von Vorräten und der Sesshaftigkeit hinkt also auch in diesem Fall. Als letztes Argument derjenigen, die behaupten, die Welt sei aktuell so, wie sie ist, weil der Mensch so ist, wie er ist, mag an dieser Stelle die Beobachtung herhalten, dass die jeweils dominanten Kulturen des Feudalismus und des Kapitalismus sich offensichtlich im „Survival of the Fittest“ im Zuge des Imperialismus und der Globalisierung gegen alle anderen, schwächeren Kulturen durchgesetzt haben. Damit wären wir beim Sozialdarwinismus, welcher aufgrund der Betonung auf das Recht des Stärkeren heute ein Wesensmerkmal des Rechtsextremismus ist (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Sozialdarwinismus#Sozialdarwinismus_als_Kampfbegriff).

Das Recht des Stärkeren wird mit dem Naturrecht – eine Bezeichnung für ein universell gültiges Recht, das rechtsphilosophisch, moralphilosophisch oder theologisch begründet wird – in dem Sinne in Verbindung gebracht, dass gleiche Rechte den Sieg der besseren Leistung über angestammte Berechtigungen ermöglichen sollten. Im Feudalismus wurde mit dem Naturrecht die unantastbare Position des Monarchen und im Faschismus das „angestammte Recht der besseren Leistung“ gerechtfertigt (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Naturrecht#Begriff). Dem gegenüber steht das in der Aufklärung entwickelte Vernunftrecht, welches das Recht aus der Einsicht ableitet, der Mensch trage dieses bereits in sich. Der vernunftbegabte Mensch hat die Möglichkeit, durch Nachdenken, Überlegen und Werten das Recht zu erkennen (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Vernunftrecht). Immanuel Kant schließt daraus den kategorischen Imperativ: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ (vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kategorischer_Imperativ)

Hier stehen sich zwei gleichzeitig existierende, universelle Rechtsphilosophien gegenüber, deren Widersprüche man überall hautnah spüren kann, da sie sich gegenseitig nicht ergänzen. Die Vernunft gebietet uns, dass alle Menschen die gleichen Rechte und Voraussetzungen zur Erlangung ihres Glücks haben sollten. Reichtum ist im Kapitalismus jedoch nur möglich, wenn Andere ausgebeutet werden. Die Rechtfertigung des Reichtums basiert daher auf dem Recht des Stärkeren. Je nach Situation und eigenem Vorteil begründen wir unsere Forderungen mal mit dem Naturrecht und mal mit dem Vernunftrecht – jeder von uns zu jeder Zeit. Wenn wir unserem Auto an der Tankstelle einen vollen Tank gönnen, von dessen Wert ein Großfamilie in Mali ein Monat leben kann, dann berufen wir uns insgeheim auf das Recht des Stärkeren. Wenn unsere Rechte in unserem eigenen Land zugunsten einiger Weniger eingeschränkt werden sollen, dann pochen wir auf das aus der Vernunft abgeleitete Recht der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen.

Unser freie Wille bestimmt, ob wir uns opportunistisch oder moralisch verhalten. Daher ist es auch müßig, einen Determinismus in den Verlauf der Menschheitsgeschichte hinein zu interpretieren. Es gibt keinen roten Faden, der vom Menschenaffen zum Kapitalismus und dem menschengemachten Klimawandel führt. Die Geschichte könnte genauso eine Aneinanderreihung von zufälligen Entscheidungen einzelner Individuen sein, welche je nach Lust und Laune den weiteren Verlauf bestimmt haben. Was wir Geschichte oder Geschichtswissenschaften nennen, ist immer ein Produkt des jeweiligen Zeitgeistes und wird politisch missbraucht, um Forderungen einzelner Interessengruppen durchzusetzen. Das gilt für die Sichtweise, die Menschheitsgeschichte sei

geprägt durch einen stetigen Klassenkampf, genauso wie für einen biologischen Determinismus, welcher den Menschen ausschließlich oder überwiegend von seiner biologischen Natur bestimmt sieht.

Unsere natürliche Veranlagung befähigt uns, unser Territorium mit kriegerischen Mitteln zu verteidigen. Gleichzeitig sind wir in der Lage, zu lieben, Ressourcen zu teilen und kooperativ für unsere Existenz zu sorgen. Es kommt immer darauf an, wen wir als Teil der Sippe und wen wir als Gefahr betrachten. Was in der Steinzeit durch persönliche Erfahrung erfolgte, übernehmen heute in einer komplexen und unübersichtlichen Welt andere für uns. Wir wollen gerne glauben, dass diese Menschen nach den edelsten Motiven Politik und Journalismus betreiben, denn sie entscheiden, wer im weitesten Sinne Teil des Familienverbands ist und wer das Territorium bedroht und folglich bekämpft werden muss.

Unsere Instinkte ermöglichen uns zudem, uns friedlich in eine Rangordnung einzufügen und deren Regeln zu akzeptieren oder Netzwerke und Allianzen zu schmieden, um die bestehende Rangordnung über den Haufen zu werfen und eigene Regeln durchzusetzen. Auch hier sind es wieder Politik und Medien, welche bestehende Regeln stützen, Angriffe dagegen abwehren und neue Regeln vorbereiten und umsetzen bzw. flankierend die Vorbereitung und Umsetzung begleiten. Jeder einzelne von uns hat jederzeit die Wahl, sich opportun zu verhalten, weil er von den bestehenden Regeln profitiert oder Widerstand dagegen zu viele persönliche Nachteile mit sich bringen würde, oder sich moralisch zu verhalten, die bestehenden Regeln zu bekämpfen oder für sich nicht gelten zu lassen, weil er die Ungerechtigkeit und Falschheit dahinter erkannt hat. Das Recht des Stärkeren funktioniert nur so lange, wie sich die eingeschüchterten Schwächeren nicht als gemeinsame Kraft begreifen.

Nur weil die Massenmedien nicht darüber berichten, bedeutet dies nicht, dass eine alternative Kultur bereits mitten unter uns ist. Diese Kultur benötigt kein unendliches Wachstum, begreift alle Menschen als Teil des Familienverbands und baut auf Allgemeineigentum anstatt auf Privatbesitz auf. Dieser Text, der auf zahlreiche Wikipedia-Artikel verweist und Teile davon zitiert, wurde mit LibreOffice Writer auf Ubuntu, einer GNU/Linux-Distribution, erstellt sowie per Firefox in das Content Management System Wordpress eingebunden, welches auf einem GNU/Linux-Betriebssystem mittels Apache-Webserver, dem Skriptspracheninterpreter PHP und einer mysql-Datenbank betrieben wird. Bei allen benannten Betriebssystemen, Anwendungen und Quellen handelt es sich um freie Software bzw. freien Inhalt, welche unentgeltlich genutzt werden dürfen. Die Free Software Foundation unterstützt seit 1985 die Erstellung und Verbreitung freier Software finanziell, personell, technisch und juristisch. Neben dieser Arbeit bemüht sich die FSF gleichzeitig um allgemeine Beratung, Berichterstattung und Aufklärung rund um freie Software (https://de.wikipedia.org/wiki/Free_Software_Foundation).

Weltweit bemühen sich tausende unabhängige Journalisten, alternative Medien und Blogger darum, die Öffentlichkeit über die innen- und außenpolitische Doppelmoral der westlichen Industrienationen hinsichtlich der Ungerechtigkeit des Kapitalismus, des kontinuierlichen Brechens des Völkerrechts und der fahrlässigen Unterlassung von Maßnahmen gegen den Klimawandel aufzuklären. Whistleblower setzen ihr Leben und ihre Freiheit aufs Spiel, um Zahlen und Fakten zu

veröffentlichen, welche die illegalen Machenschaften von Politikern und staatlichen Behörden bloßstellen. Eine andere Kultur ist nicht nur jederzeit möglich, sie lebt sogar mitten unter uns. Man wird sie jedoch nicht im Mainstream finden. Dies ist die einzige, wirklich große Herausforderung unserer Zeit: Zu verstehen, welche Bedeutung wahrhaftige und konstruierte Informationen im Informationszeitalter haben und wo sie zu finden sind.